

Dass der Aufstieg der extremen Rechten – „Rechtspopulisten“ wäre für Bolsonaros Truppe zu verharmlosend – im größten Land Lateinamerikas massive Auswirkungen auf das Gefüge des Subkontinents und darüber hinaus haben wird, ist unbestreitbar. Bei der Schwerpunktlegung sind wir um dieses Ereignis nicht herumgekommen.

Da diese Radikalisierungswelle jedenfalls nicht in Lateinamerika ihren Ausgang nahm, geht *Laurin Blecha* in seinem Überblick mehr der globalen Dimension nach, bevor uns *Ursula Prutsch* die spezifisch brasilianischen Aspekte näherbringt. Ein bedeutender Pfeiler bei der Wahl Bolsonaros waren zweifellos die Evangelikalen. Dem tragen wir mit einem längeren Interview mit einer Kennerin der Materie Rechnung.

Natürlich stellt sich in Südamerika, das noch vor einem Jahrzehnt angesichts der Dominanz „progressiver“ Regierungen als linker Sonderfall gehandelt wurde, die Frage, was ebendiese Parteien und Re-

EDITORIAL

gierungen (unfreiwillig) zum abrupten Lagerwechsel der WählerInnen beigetragen haben. Der nötigen Aufgabe linker Binnenkritik nehmen sich *Alberto Acosta* und *Eduardo Gudynas* an.

Dass Rassismus und Chauvinismus den Nährboden für rechtsextreme Politik bilden, schildern schließlich *Eva Kalny* (Guatemala) und *Kristofer Lengert* (Umgang mit venezolanischen Flüchtlingen).

Die Themen Brasilien und Flüchtlinge begleiten uns auch in den aktuellen Teil. Während *Silvia Jura* Hoffnung in eine Anti-Bolsonaro-Bewegung setzt, die von Frauen angeführt wird, schildert *Jürgen Kreuzroither*, wie Peru dabei ist, aus dem Versagen der politischen Klasse einen konstruktiveren Ausweg zu finden als der große Nachbar Brasilien. *Leo Gabriel* berichtet zu Mexiko über den großen Exodus der HonduranerInnen sowie den präsidentialen Amtsantritt von López Obrador, einer Ausnahme zum Rechtstrend.

In eigener Sache: Unsere neue Homepage ist online (<https://lateinamerika-anders.org>). Besuchen Sie uns! Hoffentlich gefällt ihnen das elegante wie funktionale Design von *Eny Angenvoort*. Rückmeldungen und Anregungen willkommen! **Jürgen Kreuzroither, Kristofer Lengert**

INHALT

THEMA: BOLSONARO UND DER AUFMARSCH DER RECHTEN

Im Netz der globalen Rechten 4
Von Laurin Blecha

Politik als Heilsversprechen. Der Wahlerfolg von Jair Messias Bolsonaro in Brasilien 6
Von Ursula Prutsch

Kreuzzug gegen die Rechte der LGBT 9
Von Carlos Macedo

Die Pfingstkirchen und der Erfolg der Rechten Interview mit Lamia Oualalou 10
Von Eduardo Febbro

Lehren für die Erneuerung der lateinamerikanischen Linken 12
Von Alberto Acosta und Eduardo Gudynas

Die Flucht, die Krise und der Hass 15
Von Kristofer Lengert

Guatemalas struktureller Rassismus 18
Von Eva Kalny

Aus dem Rezeptbuch der Rechtspopulisten 20
Von Ralf Leonhard

AKTUELLES & ANALYSE

Nicaragua: Daniel Ortega hüllt sich in Schweigen 21
Von Leo Gabriel

Mexiko: AMLOs ehrgeizige Pläne 22
Von Leo Gabriel

Exodus im Hinterhof (Reportage) 23
Von Leo Gabriel

El Salvador: „Die FMLN ist sehr wenig kritikresistent“ Interview mit Alina Menjivar 25
Von Ralf Leonhard

Honduras: Gerechtigkeit für Berta? 26
Von Andrea Lammers

Argentinien: Lebensgefährlicher Fischereikrieg 27
Von Jürgen Kreuzroither

Brasilien: Widerstand ist weiblich. 28
Von Silvia Jura

Peru: Phönix aus der Asche? 30
Von Jürgen Kreuzroither

„Wir brauchen noch schrecklichere Katastrophen!“ Interview mit Pablo Solón 32
Von Ralf Leonhard

Dom. Rep.: Sosua – 1938 sicherer Hafen für Juden? 33
Von Gerhard Drekonja-Kornat

Lateinamerika und der Mai 68 34
Von Aldo Marchesi

Kurznachrichten 36
Buchbesprechungen: 38



IM NETZ DER GLOBALEN RECHTEN

Mit dem Sieg von Jair Bolsonaro bei der Wahl zum neuen brasilianischen Präsidenten scheint nicht nur symbolisch, sondern auch machtpolitisch der „progressive“ Zyklus in Lateinamerika zu Ende zu gehen, der die Region mehr als eine Dekade lang prägte. Rechte und teils offen anti-demokratische Bewegungen und AkteurInnen bekommen auch in den lateinamerikanischen Gesellschaften immer mehr an Einfluss und suchen die Nähe und Kooperation zu anderen globalen Rechten. Einige Gedanken zu den daraus resultierenden Herausforderungen, vor allem für die Linke.

Von Laurin Blecha

In seiner gewohnt etwas zynischen Art meinte vor kurzem der slowenische Philosoph Slavoj Žižek, dass es heute schon einfacher wäre, sich mit dem Ende der Welt durch eine Kollision mit einem Asteroiden auseinander zu setzen, als Antworten auf die globalen Erfolge der Rechten zu finden. Fast täglich lassen rechte AkteurInnen von sich hören. Die als unantastbar und universal geltenden Menschenrechte und humanitären Prinzipien, die das 20. Jahrhundert hervorgebracht hatte, werden per Tweet ins Lächerliche gezogen oder überhaupt (zumindest verbal) abgeschafft. Beispiele dafür finden sich genug: Donald Trumps frauenverachtende Äußerungen, Jair Bolsonaros homophobe und rassistische Statements, Victor Orbáns Kreuzzug gegen NGOs, die Menschen auf ihrer Flucht vor Krieg, Armut und Terror beiseite stehen oder Rodrigo Duterte menschenrechtsverachtende Law and Order-Politik auf den Philippinen.

AnalystInnen, WissenschaftlerInnen, JournalistInnen sowie auch AkteurInnen der Zivilgesellschaft sind sich mittlerweile einig, dass rechte Positionen in der „Mitte der Gesellschaften“ angekommen sind, den politischen Diskurs aktiv mitbestimmen und diesen nach ihren Vorstellungen formen. Rechte Bewegungen und AkteurInnen operieren auch nicht mehr nur innerhalb des Nationalstaates, obwohl sie diesen sehnlich wieder herbeiwünschen, sondern auf globaler Ebene. Nicht umsonst gehörten zu den ersten GratulantInnen nach Bolsonaros Sieg im ersten Wahlgang Matteo Salvini und Marine Le Pen.¹

Wenn heute von „den Rechten“ gesprochen wird, impliziert dies stets ein Feld heterogener AkteurInnen, die jedoch gemeinsame Merkmale und Mechanismen für ihren Erfolg bei Wahlen aufweisen. Eines der zentralen Charakteristika ist ihre vermeintliche negative Haltung gegenüber

Phänomenen der Globalisierung und Internationalisierung. Dazu gehören etwa transnationale Vereinbarungen (*bad deals* in den Worten Trumps) oder globale Migrationsbewegungen, verschärft durch die multidimensionalen Konflikte und Kriege, aber auch gefördert durch Verbesserungen der Infrastruktur und technologische Fortschritte in den letzten zwei Dekaden. Bewusst soll von einer vermeintlich negativen Haltung bezüglich der Globalisierung gesprochen werden, da sich rechte AkteurInnen zwar vom kulturellen Multikulturalismus bedroht fühlen und diesen vehement ablehnen, aber gleichzeitig globale Ungleichheiten nicht beseitigen, sondern diese noch verstärken. Paradoxerweise ist die Politik der Rechten oftmals rechenfreundlich, wirtschaftsliberal geprägt und mit Angriffen auf den Sozialstaat verbunden.

Gegen „Systemparteien“

Ein zweites zentrales Merkmal ist ihre Abkoppelung von „traditionellen“ Parteien und deren InteressenvertreterInnen. In Europa ist schon seit längerem ersichtlich, dass traditionelle Parteien – konservative sowie sozialdemokratische –, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den meisten Ländern Westeuropas die politische und institutionelle Hegemonie innehatten, seit einiger Zeit massiv an Einfluss, Macht und WählerInnen verlieren. In Griechenland hält die PASOK seit der Parlamentswahl im September 2015 nur mehr etwas mehr als 6% der Stimmen; dreißig Jahre zuvor waren es noch stattliche 45%. In Frankreich schaffte es Emmanuel Macron, das alte Parteiensystem (vorerst) kräftig aufzumischen und in Italien regieren seit Juni 2018 die „Anti-System-Parteien“ *Movimento 5 Stelle* und *Lega Nord*. Trump, Bolsonaro und auch Argentinien Präsident Mauricio Macri sind eher als anti-systemisch zu betrach-

ten, auch wenn sie starke institutionelle wie finanzielle Unterstützung von traditionellen, konservativen Kräften erhalten. Macri positionierte sich als „Alternative“, versammelte alte wie neue AkteurInnen des Rechtsaußen-Spektrums in seiner Bewegung (*Cambiamos*) und konzentrierte seine Kampagne vor allem auf die Diskreditierung der Vorgängerregierungen der Kirchners. Wichtige Alliierte hierbei waren die Boulevardmedien (wie etwa *Clarín*), die seit Jahren gegen die Kirchners unseriös und polemisch agitierten. Auch in Brasilien, wo diese Rolle *O Globo* übernahm, stand die Delegitimierung der Regierung von Lula und später von Dilma Rousseff ganz oben auf der Agenda.

Das tägliche Berieseln durch sensationelle und reißerische Nachrichten, wie es etwa in Brasilien bei der Absetzung von Rousseff passierte, hat auch zur Folge, dass die StaatsbürgerInnen langsam das Vertrauen in den Staat und seine demokratisch gewachsenen Institutionen verlieren. Die neuen sozialen Medien spielen hier eine entscheidende Rolle. Was auf *Facebook* oder *Twitter* geschrieben und geteilt wird, ist schnell verbreitet und erreicht Millionen von Menschen. Problematisch ist, dass diese Nachrichten und Statements spontan, kurz und ungeprüft in die Öffentlichkeit gelangen, oft nur einen kurzen Moment abbilden, der mit der Realität wenig bis gar nicht zu tun hat. Rechte AkteurInnen verstehen es, auf den unterschiedlichen Medienkanälen mit der Angst und den Emotionen der Menschen zu spielen, vor allem wenn es um die Themen Sicherheit und Migration geht.

Mobilisierte Emotionen

Diese werden je nach Land und Gesellschaft ganz unterschiedlich geschürt. So suchten im Zuge der politischen Krise und gewalttätigen Ausschreitungen im eigenen Land tausende NicaraguanerInnen Zuflucht in Costa Rica. Die Migration aus dem strukturell ärmeren Nicaragua in das politisch wie sozial stabilere Costa Rica hat eine lange Geschichte und ist dementsprechend eigentlich nichts Neues. Tausende NicaraguanerInnen leben und arbeiten in Costa Rica, manche schon seit Generationen. Costa-ricanisch-nicaraguanische Familien sind keine Seltenheit. Im August dieses Jahres kam es jedoch zu xenopho-



Foto: Johannes Schmidt

Protest von Angehörigen der brasilianischen Mittelklasse gegen die PT-Regierung (2015)

ben Protesten in der Hauptstadt San José, bei denen sogar Hakenkreuze zu sehen waren.² Die NicaraguanerInnen würden Kriminalität und Gewalt bringen und den Costa Ricanern die Arbeitsplätze wegnehmen, waren u.a. Argumente der DemonstrantInnen.

Das Gefühl etwas zu verlieren ist nicht zu unterschätzen, denn es manifestiert sich auf unterschiedliche Weise: Sei es der mögliche Verlust der Arbeitsstelle in Costa Rica durch MigrantInnen aus Nicaragua oder die Abstiegsängste der argentinischen Mittelklasse, denn viele erinnern sich nur zu gut an das Krisenjahr 2001. Dazu mischen sich Verlustängste der imaginär konstruierten Identitäten und Mentalitäten. „Wir“, seien es die BrasilianerInnen, die US-AmerikanerInnen oder die ÖsterreicherInnen, würden aufhören zu existieren, und das vor allem durch die unkontrollierte Zuwanderung von „Anderen“, so die gängige Argumentation der globalen Rechten. Das Ergebnis all dieser Szenarien sind unkontrollierte Handlungen und politische Entscheidungen, die weniger durch Vernunft oder Rationalität geleitet als mit Emotion getroffen werden.

Linke Schockstarre

Und was sind die Reaktionen der globalen Linken auf diese Entwicklungen? Viele KommentatorInnen und BeobachterInnen weisen darauf hin, dass die Linken nach ihren rezenten Wahlniederlagen häu-

fig in eine Art Schockzustand verfallen, sich in unterschiedliche Lager, AkteurInnen oder Bewegungen aufspalten und keine gemeinsame Stimme mehr haben. Auch dass es den Linken heute schwerfällt, Alternativen zu entwerfen und zu formulieren, kann als zentrales Problem angesehen werden. Der brasilianische Soziologe Emir Sader spricht hierbei von einer notwendigen „politischen Erneuerung“ auf globaler Ebene.³

Die progressiven Regierungen, die nach den 1990er Jahren die tiefen politischen, sozialen und ökonomischen Probleme der einzelnen Länder übernahmen und die neoliberalen Experimente beendeten, konnten das beschädigte soziale Gefüge häufig wiederherstellen. Die Regierungen unter Luiz Inácio Lula da Silva, Evo Morales, Hugo Chávez, José Mujica, Néstor und Cristina Kirchner oder Rafael Correa förderten das wirtschaftspolitische Modell des Extraktivismus mit all seinen ökologischen Nachteilen, was es ihnen aber ermöglichte, Arbeitsplatzsicherheit herzustellen, die Löhne kontinuierlich anzuheben und die Investitionen in verschiedenen Wirtschaftssektoren zu erhöhen. Damit verbundene Süd-Süd-Kooperationen (etwa innerhalb der ALBA) stärkten die regionale Zusammenarbeit und die Solidarität untereinander, auch auf der internationalen Bühne. Eines der strukturellen Probleme, die Abhängigkeit vom Weltmarkt und den finanzpolitischen Institu-

tionen, konnte zwar nicht überwunden werden, jedoch waren diese Jahre von einer Aufbruchsstimmung, sozialem Zusammenhalt und auch einem neuen progressiven Umgang mit der eigenen Vergangenheit geprägt. Man erinnere sich etwa an Néstor Kirchners emotional starke Rede bei der Eröffnung des Museo de la Memoria in Buenos Aires im März 2004, wo er als Präsident um Verzeihung für die vom Staat verübten Verbrechen während der Militärdiktatur bat.

Diese Rede Kirchners kann stellvertretend als Beispiel für die vielen öffentlichen Diskurse von Lula, Chávez oder Morales stehen, in denen die linken PolitikerInnen ihre verbalen, intellektuellen und moralischen Stärken zeigten. Im Einsatz gegen die nach den 1990er Jahren vorherrschenden Ungerechtigkeiten in Lateinamerika gaben sie der Bevölkerung eine Stimme, die auch gehört wurde. Die heutige Linke muss die Stimmen „von unten“ wieder in den politischen Diskurs einbringen, da die Rechte nicht an den Minderheiten, den sozial Schwachen oder politisch Andersdenkenden interessiert ist. Dies zeigt sich stets, wenn sie Regierungsmacht erhält und ihr Anti-Establishment-Gehabe schnell aufgibt.

Auch müssen sich linke AkteurInnen fragen, ob das Festhalten an bisherigen Parteistrukturen und Persönlichkeiten nicht anachronistisch und letztlich kontraproduktiv ist. Die Leistungen der progressiven Regierungen sind nicht zu leugnen, doch hat das fast messianische Festhalten an ihren ehemaligen Führungspersonlichkeiten bisher vor allem Niederlagen gebracht. Sicher haben die rechten Medien hier erfolgreich agitiert, aber dass der eher unbekannt und zu spät nominierte Kandidat der PT, Fernando Haddad – in vielen Aspekten eher ein Intellektueller als „traditioneller“ Politiker – fast 45% der Stimmen erhielt, lässt den Schluss zu, dass Erneuerung möglich ist und künftig auch durchaus erfolgreich sein kann. ■

Redaktionsmitglied Laurin Blecha ist Doktorand der Geschichte und Lektor an der Universität Wien.

¹ Siehe: <https://www.pagina12.com.ar/147729-festejan-los-ultras-europeos>

² Siehe: <https://www.crhoy.com/nacionales/xenofobia-en-la-merced-insultos-y-canticos-contra-nicaraguenses/>

³ Siehe: <https://www.alainet.org/es/articulo/196526>

POLITIK ALS HEILSPRECHEN

Der Wahlerfolg von Jair Messias Bolsonaro in Brasilien

33 Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur gewann am 28. Oktober 2018 ein Mann die Präsidentschaftswahlen in Brasilien, der offen für Folter, Verfolgung Andersdenkender und Abschaffung der Demokratie eintritt: Jair Messias Bolsonaro. Sein Sieg ist ein warnendes Lehrstück für das rasche Kippen vermeintlich stabiler Demokratien. Er beruht auf einem Zusammenspiel von kollektiver Unzufriedenheit mit der Regierung, von religiöser Indoktrination, verfehlter Geschichtspolitik und aggressiver Wahlkampfhetze über soziale Medien.

Von Ursula Prutsch



Foto: Alamy Stock

gen und konnten sie nur bedingt erfüllen. Beide unterschätzten die Strategien der rechten Opposition und die Nachwirkungen der Weltwirtschaftskrise.

Brasilien's dominant weiße Mittelschicht, die trotz hoher Steuerleistungen schlechte öffentliche Einrichtungen und staatliche Dienstleistungen bekommt, hatte in den Boom-Jahren durch die aufstrebenden Unterschichten Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Durch die Krise drohte auch ihr nun der soziale Abstieg. Auch die elitäre obere Mittelschicht hatte sich durch die gesetzlich angehobenen Mindestlöhne der Lula-Zeit für (meist dunkelhäutige) Hausangestellte provoziert gefühlt. Diese hatten plötzlich exklusive Räume wie Shopping-Center oder Flugzeuge betreten, die den Wohlhabenden lange vorbehalten waren. Rückwärtsgerichtet sehnten sich Mittel- und Oberschicht nach den „guten alten Zeiten natürlicher Hierarchien“ zurück.

Ex-Hauptmann Bolsonaro verstand es, die tiefen Frustrationen aller Schichten zu bündeln. Deshalb gewann er nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den wohlhabenden Südstaaten, die bei weitem nicht so gewaltgeprägt sind wie die Metropolen. Bolsonaro gewann außerdem nicht nur bei jenen, die mangelhaft lesen und schreiben können, sondern auch bei „gebildeten“ Brasilianern, vor allem, wenn sie männlich und weiß sind. Geschickt verkaufte er sich als moralischer Außenseiter gegen das korrupte Establishment, obwohl er seit 27 Jahren Kongressabgeordneter ist, acht Mal die Partei wechselte und illegal von willfährigen Unternehmen WhatsApp-Adressen für seine Wahlkampfkampagne erwarb. Er punktete mit der Botschaft, alle seien korrupt, nur er habe eine weiße Weste.

Alte Ordnungen verspricht der Ex-Hauptmann mit Gewalt wiederherzustellen. In der Vergangenheit war er regelmäßig durch menschenverachtende Aussagen gegenüber Frauen, Schwarzen, Indigenen und Homosexuellen aufgefallen. Drei Themen prägten seine Arbeit im Abgeordnetenhaus über zwei Jahrzehnte: die Angst vor dem Kommunismus, die „Verweichlichung“ der Gesellschaft durch liberale Identitätspolitik und die Ablehnung der Demokratie – er hält sie für die Tyrannei der Mehrheit.

Nach zehn Jahren des Wirtschaftsaufschwungs unter Luiz Inácio Lula da Silva und eines neuen nationalen Selbstbewusstseins bedeuteten die Massenproteste gegen die Fußballweltmeisterschaft 2013 eine Zäsur. Sie mahnten die nachhaltige Finanzierung von Bildungsstätten und Krankenhäusern statt korruptionsgesteuerter Sportevents ein. Die wenig konsensorientierte Dilma Rousseff vermochte durch ihren ökonomischen Zick-Zack-Kurs die Krise nicht abzufedern. Da Brasiliens Wirtschaft zu 30 Prozent von Primärgütern abhängt und die Preise fielen, stürzte das Land in den folgenden Jahren in die schwerste Rezession seit 1929. Dreißig bis vierzig Millionen Menschen, die von der Regierung Lula aus der bittersten Armut geholt worden waren, fielen wieder dorthin zurück. Sie konnten die in Boom-Jahren aufgenommenen und zu leicht gewährten Kredite nicht mehr zurückzahlen. Elend und Arbeitslosigkeit

führten zu neuen Wellen der Gewalt, gerade in den städtischen Armenvierteln. Allein 2017 wurden fast 64.000 Menschen ermordet.

Rassismus als Konstante

Wenn die Demokratie in den USA auch eine unvergleichlich längere Tradition als die in Brasilien hat, kann man die jüngsten Entwicklungen in beiden Staaten gut miteinander vergleichen. Beide waren jahrhundertlang Sklavenhalter-Gesellschaften mit einer weißen Elite und ihrem festgefühten Glauben an eine „natürliche ethnische Ordnung“. Die Vergangenheitsbewältigung zum Thema Sklaverei ist dürftig. Rassismus und Diskriminierung sind tief verankert. Barack Obama und Lula rüttelten durch ihre Lebensgeschichten und ihre Ermächtigungspolitik gegenüber Afro-AmerikanerInnen und anderen Minderheiten an dem überlieferten Gefüge. Beide weckten damit große Erwartun-



Rio de Janeiro, 15. März 2015: eine der ersten großen Demonstrationen gegen die PT

Bolsonaro repräsentiert die überparteiliche Fraktion der *biblia, boi e bala* im Kongress, das heißt die Agrar- und Waffenlobby sowie die evangelikalen Pfingstkirchen, die sich in Brasilien rasant ausbreiten. Er will Brasiliens strenge Waffengesetze lockern, weshalb ihn die Drogenmafia und die rechten Republikaner in den USA unterstützen. Unterstützer Bolsonaros finden sich verstärkt auch in den Streitkräften, den Polizeiapparaten und unter konservativen Richtern. Er will Einsparungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich fortführen, obwohl die Kindersterblichkeit und Krankheiten wie Malaria und Syphilis wieder deutlich angestiegen sind. Den „Chicago Boy“ Paulo Guedes engagierte Bolsonaro als Wirtschaftsberater. Guedes, der künftige Wirtschaftsminister, gehört zum libertären *Instituto Millenium*, einem Think Tank des US-amerikanischen *Atlas Network*, das mittlerweile achtzig neoliberale Denkfabriken in Lateinamerika unterhält.

Machtfaktor Evangelikale Kirchen

„Brasilien über alles und Gott über allen“ hieß der Wahlslogan Bolsonaros. Jahrzehntlang war Bolsonaro Katholik. Vor kurzem verbündete er sich mit Edir Macedo, dem Bischof der *Igreja Universal do Reino de Deus*. Der Milliardär zählt etwa vierzig TV-Kanäle und Radio-Stationen sein Eigen. Die Pfingstkirchen wie die *Igreja Universal do Reino de Deus* und die *Assembleia de Deus* sind medial hochprofessionell aufgestellt und haben längst die sozialen Medien wie *WhatsApp* für sich entdeckt, das in Brasilien sehr verbreitet

ist. Bolsonaro setzte von Beginn an auf soziale Medien, weil der offizielle Wahlkampf in Brasilien kurz und in den traditionellen Medien genau geregelt ist, im Netz allerdings nicht. Er gehört der numerisch bislang unbedeutenden Sozialliberalen Partei (PSL) an. Den Kleinparteien werden im Wahlkampf dreimal pro Woche lediglich acht Sekunden Parteiwerbung in Radio und Fernsehen zugestanden. In dieser Zeit kann man kein Programm erklären. Wie der Wahlkampf von Trump zeigte auch jener von Bolsonaro: Wer die sozialen Medien zu beherrschen weiß und sich dabei an keine ethischen Kriterien hält, hat gute Chancen zu gewinnen.

Fünffzig Millionen evangelikaler BrasilianerInnen erhielten vor dem ersten Wahlgang den Befehl ihrer Kirchen, Jair Messias Bolsonaro zu wählen, weil Lula der Satan und die Apokalypse nah sei. Verknüpft war diese Anweisung mit jenseitigen Behauptungen, die als Fake News in den sozialen Medien verbreitet wurden, etwa, dass Lula 50 Stiere habe opfern lassen, um Satan für seine Wahl gnädig zu stimmen. Solche Botschaften mögen absurd klingen. Sie wurden jedoch von vielen AnhängerInnen der Pfingstkirchen für bare Münze genommen. Das Messerattentat auf Bolsonaro machte ihn für sie zum Märtyrer in einer biblischen Schlacht.

Diktaturnostalgie und Wunsch nach starker Führung

Bolsonaro gewann, weil viele BrasilianerInnen die Demokratie nicht vorbehaltlos verteidigen. Dabei mag bei manchen älteren WählerInnen eine Diktatur-Nostalgie eine Rolle gespielt haben. 21 Jahre lang

war Brasilien eine Militärdiktatur. Da im Vergleich zu Chile und Argentinien „nur“ zwischen 400 und 900 Menschen ermordet wurden, traten die wenigen Bemühungen um Vergangenheitsbewältigung nie ins kollektive Gedächtnis. 2011 war zwar eine Wahrheitskommission zur Aufklärung der Verbrechen während der Militärdiktatur gegründet worden, aber nach heftigen internen Debatten setzte man den Untersuchungszeitraum zwischen 1946 und 1988 fest und verwässerte dabei den Zeitraum der Diktatur.

Viele Menschen tun sich offenbar aus Ignoranz oder politischer Unbildung schwer, zwischen Diktatur und Demokratie zu unterscheiden. BrasilianerInnen halten sich selbst oftmals für undiszipliniert. In Bolsonaro glauben sie eine Führerfigur gefunden zu haben, die sie lenkt, ihnen Entscheidungen abnimmt und das Land „reinigt“. Die Metapher der Reinigung war in den Diskursen des Wahlkampfs oftmals zu hören.

Dass Bolsonaro zum dritten Mal verheiratet ist und während seiner Militärzeit wegen undisziplinierten Verhaltens verurteilt wurde, wird ihm – ähnlich wie bei Trump – großzügig verziehen. Wie sein US-amerikanisches Vorbild versteht er mittels reduzierter und provokanter Sprache zu unterhalten. Via *Facebook*-Live-Stream trat er mit AnhängerInnen in Kontakt und simulierte den direkten Dialog. Er ließ sich in Alltagssituationen filmen und vermittelte seinen UnterstützerInnen, einer von ihnen zu sein. Es gelang ihm, selbst menschenverachtende Positionen hinter verharmlosenden Bemerkungen zu verstecken, um sich davon – wenn nötig – distanzieren zu können. Wie Trump macht er sich über Schwache lustig und rächt sich, wenn die Ironie und der Witz der Anderen ihn selbst treffen.

Unfreiwillige Wahlhilfe der PT

Jair Bolsonaro kam freilich zugute, dass die Arbeiterpartei PT seit zwei Jahren in einer Schockstarre verharrt und nicht einmal in Ansätzen Selbstkritik übte. Einer der größten Korruptionsskandale der letzten Jahrzehnte fand schließlich während ihrer Regierungszeit statt. Fernando Haddad, der ehemalige erfolgreiche Bürgermeister von São Paulo und Lulas Ersatzkandidat, war einer der wenigen, der eine Selbsterneuerung der PT einmahnte. Dafür erntete er bei einigen in der Partei Kritik. Statt längerfristig einen alternativen Kandidaten zu Lula aufzubauen, hoffte die PT

Foto: Johannes Schmidt

➔ von Seite 7: **BOLSONAROS WAHLSIEG IN BRASILIEN**

bis zuletzt auf die erfolgreiche Kandidatur des charismatischen Polit-Stars. Dem intellektuellen und bedächtigen Haddad blieben nur ein paar Wochen Zeit. Er musste Lula sein und sollte sich doch von ihm unterscheiden – ein schwieriges Unterfangen. Dass Fernando Haddad in so kurzer Zeit 45 Prozent der Stimmen erreichte, zeigt, dass er einen guten Wahlkampf führte und über 47 Millionen WählerInnen wussten, was auf dem Spiel stand.

Die Entscheidung Lulas, die Kommunistin Manuela D'Ávila als Vizepräsidentenskandidatin Haddad zur Seite zu stellen, war in ideologischer Hinsicht problematisch und ein strategischer Fehler – noch dazu in einem aggressiven Wahlkampf, in dem die PT von ihren GegnerInnen pauschal und fälschlich als linksextrem verunglimpft wurde. Die Aussagen D'Ávilas, die wie Haddad aus einem südbrasilianischen universitären Umfeld kommt, in der TV-Sendung *Roda Viva* Ende Juni war gerade auch in diesem Kontext kontraproduktiv.

So hatte sie auf Fragen der JournalistInnen, warum sich der stalinistische Flügel der Kommunistischen Partei nie von Staaten wie Nordkorea oder Venezuela distanziert hat, nur ausweichend geantwortet. Sie verwies auf die Fröhlichkeit des brasilianischen Volkes, das Samba und Fußball liebt, und deshalb Sozialismus in Brasilien anders sei.

Bolsonaro nützte hingegen die letzten vier Jahre für einen verleumderischen Kreuzzug, der die Arbeiterpartei insgesamt zur kommunistischen Bedrohung hochspielte und einen Kalten Krieg imaginierte. Dabei gelang es ihm, die Erinnerung an die erfolgreichen Jahre unter Lula zu überlagern und so zu tun, als sei die PT seit 2016 noch immer in der Regierung. Darin wurde er von den Mainstream-Medien, von Unternehmen und der Regierung Temer unterstützt. Die tiefen politischen Gräben, die sich seit 2016 durch Institutionen und Familien ziehen, verstand Bolsonaro noch mehr zu vergrößern. Dabei blieb es nicht bei einer

Feindrhetorik. Die Auseinandersetzungen hatten bereits vor der Wahl Tote und Verletzte zur Folge. In Rio de Janeiro zerbrach ein Abgeordneter der PSL mediengerecht die Gedenkplakette für die im März ermordete lesbische, schwarze Politikerin Marielle Franco.

Rechtsruck auf allen Ebenen

2018 war ein sogenanntes „Superwahljahr“. Alle 27 Gouverneure, das gesamte Abgeordnetenhaus, zwei Drittel des Bundessenats und 1024 Abgeordnete der Einzelstaatsparlamente standen zur Wahl. Die Ergebnisse machen den Rechtsruck deutlich: Bolsonaros Partei PSL gewann in Rondônia und in Roraima, in das seit 2015 etwa 40.000 VenezolanerInnen geflüchtet waren. Im Bundesabgeordnetenhaus ist sie die zweitstärkste Partei. In Rio de Janeiro stellt die christlich-soziale Partei PSC den Gouverneur. Die neoliberale Partei MDB gewann den Gouverneursposten in zwei Nordstaaten und im Bundesdistrikt Brasília, die Mitte-Rechts-Partei PSDB in São Paulo, Mato Grosso do Sul und Rio Grande do Sul. Die Arbeiterpartei PT stellt noch in ihrem traditionellen Einflussbereich, in

dass dies Wahlwerbung sei. PolitikerInnen seiner Partei haben bereits SchülerInnen und Studierende dazu aufgerufen, Vorlesungen aufzunehmen und kritische Äußerungen gegen den designierten Präsidenten an die Behörden weiterzugeben. Dabei soll es nicht bleiben. Bolsonaro plant, die in Brasilien verbreitete kritische Pädagogik von Paulo Freire, die Befreiung von Unterdrückung, zu zerstören und durch ein autoritäres und autoritätsgläubiges System zu ersetzen. Ebenso soll die Evolutionstheorie dem Kreationismus weichen. Damit will er seine evangelikale Wählerschaft belohnen.

Die Linke muss sich neu formieren

Minderheitenrechte, Umweltschutz und soziale Umverteilung werden in den nächsten Jahren keinen Raum in der Politik haben. Indigene Territorien werden bedroht, das fragile ökologische Gleichgewicht des Amazonas-Raums wird wieder massiv verletzt werden. Dass weltanschauliche und soziale Unterschiede noch viel öfter in aggressive Gewalt münden werden, dass die Willkür bei Militär und Sicherheitskräften und der Militarismus insgesamt zunehmen werden, ist anzunehmen.

Für linke Graswurzelbewegungen und Linksparteien wird die Herausforderung groß sein, sich zu konsolidieren und sich als überzeugende, weltanschaulich offene demokratische Gegenkraft wider die Volksverführung zu positionieren. Mit ihren 56 gewonnenen Sitzen im Abgeordnetenhaus kann die PT gemeinsam mit anderen (Mitte)-Linksparteien noch immer ein starkes Gegengewicht gegen den „rechten Block“ sein. Sie muss

freilich die Korruption in den eigenen Reihen bekämpfen, deeskalieren und aus ihren Fehlern der Vergangenheit lernen. Nur dann kann sie den auf Langfristigkeit angelegten Rechtspopulismus rechtsextremer Prägung brechen. ■

Ursula Prutsch studierte in Graz, habilitierte sich in Wien und ist Professorin an der Ludwig-Maximilian-Universität München für US-amerikanische und lateinamerikanische Geschichte.



Foto: Mauro Pimentel

Militärs in einer Favela in Rio: Wird ihre Präsenz zunehmen?

Rio Grande do Norte, Ceará und Piauí sowie in Bahia die Gouverneure.

Bolsonaro wird in den nächsten Jahren kritischen Medien und Intellektuellen das Leben schwer machen. Noch vor dem zweiten Wahlgang führte die Bundespolizei im Auftrag der Wahlaufsichtsbehörde an 15 Universitäten Hausdurchsuchungen durch. Sie ließ Plakate, die etwa die Aufschrift „Gegen Faschismus. Für Demokratie“ trugen, mit dem Argument entfernen,

KREUZZUG GEGEN DIE RECHTE DER LGBT

Mit Jair Bolsonaro hat **Brasilien** einen Mann zum Präsidenten gewählt, der für seinen Frauenhass und seine Homophobie bekannt ist. Seine aggressive Rhetorik gegen Frauen, die LGBT-Gemeinschaft und andere Minderheiten im Land behinderte seine politische Karriere keineswegs, sie hat ihm sogar genutzt.

Von Carlos Macedo

Im Jahr 2017 wurden in Brasilien 445 Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT) ermordet. Gegenüber 2016 haben Hassverbrechen gegen Homosexuelle um 30% zugenommen. Während die brasilianischen *Telenovelas* uns eine fiktive Realität präsentieren, in der Homosexualität natürlicher Bestandteil eines anmutigen, modernen, toleranten und fortschrittlichen Brasilien ist, hat in den letzten Jahren ein von religiösem Eifer begleiteter, konservativer Rollback eingesetzt. Dieser hat die ideologischen Grundpfeiler einer patriarchalen und machistischen Gesellschaft verstärkt.

Bolsonaro im Krieg gegen die LGBT

Dieses Klima begünstigte den Aufstieg Bolsonaros, der die homophoben, rassistischen, machistischen und frauenfeindlichen Teile der brasilianischen Gesellschaft für sich zu gewinnen wusste. Er nutzte die konservative Welle, um sich zum Wortführer einer vermuteten Mehrheit aufzuschwingen.

„Früher gab es nicht so viele Homosexuelle wie heute. Sie wollen nicht gleiche Rechte, sie wollen Privilegien. Sie machen uns zum Vorwurf, dass wir sie schief anschauen (...). Dank meiner parlamentarischen Immunität kann ich offen sagen, dass ich homophob bin, und ich bin stolz darauf.“ Bolsonaro lässt keinen Zweifel daran, dass LGBT mit ihm als Präsident kein ruhiges Leben haben werden. Mehrfach hat er erklärt, er ziehe einen toten homosexuellen Sohn vor. Videos mit Interviews, in denen er seiner hasserfüllten Rhetorik freien Lauf lässt, füllen die sozialen Netzwerke.

Mit solchen Äußerungen in der Öffentlichkeit gelang es Bolsonaro, sich strategisch als Schlüsselfigur im sogenannten

„Krieg gegen die Gender-Ideologie“ zu positionieren. Das verhalf ihm zu Popularität und brachte ihm viele Stimmen in der Präsidentschaftswahl ein. In konservativ-religiösen Kreisen wird der Begriff „Gender-Ideologie“ genutzt, um Aktivitäten herabzusetzen, die Geschlechtergleichheit anstreben und für die Rechte der Frauen und der LGBT-Gemeinschaft eintreten.

Frontalangriff auf die Errungenschaften aus 30 Jahren

Begonnen hatte der Aufstieg Bolsonaros schon vor 27 Jahren, als die Medien wegen seiner radikalen homophoben und rassistischen Positionen auf ihn aufmerksam wurden. Obwohl er als mittelmäßiger Abgeordneter galt, verschaffte ihm das Rückhalt bei den Evangelikalen, der Agrar-Lobby und den Vertretern der Rüstungsindustrie. Eine ideale Konstellation, um einen politischen Anführer hervorzubringen, der die von der brasilianischen Gesellschaft in den letzten 30 Jahren erzielten Fortschritte wieder rückgängig machen soll.

In Brasilien gewann die Hysterie um die „Gender-Ideologie“ nach der rechtlichen Anerkennung homosexueller bzw. gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften durch den Obersten Gerichtshof 2011 zusätzlich an Schwung. Auch Bolsonaros eigene Karriere als „Anti-Gender-Kreuzritter“ intensivierte sich damals.

Schon zwei Jahre zuvor, 2009, hatte der damalige Bildungsminister Fernando Haddad (2018 Bolsonaros Gegenkandidat) die Initiative „Schule ohne Homophobie“ ins Leben gerufen. Sie wollte mit der Verbreitung diaktischer Materialien an Schulen zur sexuellen Aufklärung der SchülerInnen beitragen sowie Homophobie und Diskriminierung entgegenwirken.

Bolsonaro attackierte die Kampagne des Bildungsministeriums massiv. Er betitelte das Material als „Schwulen-Kit“ und erklärte es zu einer direkten Bedrohung für die „natürliche“ Zweigeschlechtlichkeit, die Kinder und die brasilianische Familie. Er brachte die öffentliche Meinung erfolg-



Frauen: an vorderster Front im Widerstand gegen Bolsonaro

reich gegen die Maßnahme auf, bis sich die damalige Präsidentin Dilma Rousseff dazu gezwungen sah, ihr Veto gegen den Einsatz der Materialien einzulegen.

Am 29. Oktober 2018, dem Tag nach den Wahlen, wiederholte Bolsonaro in einem Interview mit *TV Globo* seine Kritik und behauptete, die Materialien würden Kinder indoktrinieren und dazu anleiten, „einander zu lieblosen und zu küssen“. Diese bezweckten aber nichts dergleichen. Das didaktische Material war für Lehrkräfte bestimmt, nicht für Kinder. Die von ihm behauptete „Indoktrinierung“ gab es darin nicht. Es diente der Aufklärung. Eine Broschüre, die sich an SchülerInnen ab dem elften Lebensjahr richtete, erklärte Begriffe wie Geschlecht und Sexualität und hielt sie u.a. dazu an, sexistische und homophobe Ausdrücke in der portugiesischen Sprache zu hinterfragen.

Hass mündet in Gewalt

Bolsonaros Kreuzzug gegen die Rechte und die Gleichstellung der LGBT wirkte sich nicht nur auf die brasilianische Politik aus, sondern entfaltete seine Wirkung auch auf den Straßen, wo die von seinen UnterstützerInnen initiierte Gewalt eskalierte. Während der polarisierten Wahlkampagne wurden dabei über 50 gewalttätige Aktionen registriert, deren Opfer vor allem Frauen, Schwarze und LGBT waren. Eine vereinte Front der demokratischen Kräfte wird nötig sein, um dieser Woge genderbezogener und rassistischer Gewalt Einhalt zu gebieten. ■

Der Autor hat von 1978 bis 2000 in Wien gelebt und war an der Gründung der Gesellschaft für bedrohte Völker Österreich beteiligt. Er lebt und arbeitet heute in Brasilien. Übersetzung aus dem Spanischen und Bearbeitung: Hermann Klosius

Interview mit Lamia Oualalou

Brasilien, einst Zentrum der Befreiungstheologie, wird zunehmend durch den Einfluss der Pfingstkirchen dominiert und beugt sich immer mehr der Logik der evangelikalen „Wohlstandstheologie“. Wir blicken mit Lamia Oualalou hinter die Kulissen eines Landes, das sich einem radikal-konservativen Evangelikalismus zuwandte, als es vom Staat im Stich gelassen wurde und so einer autoritären brasilianischen Regierung den Weg ebnete, mit unabsehbaren Folgen.

Von Eduardo Febbro

Brasilien ist bekanntlich die Wiege der Befreiungstheologie, einer der reinsten und universellsten kirchlichen Bewegungen. Als Hauptvertreter dieser theologischen Strömung sind Leonardo Boff und der katholische Erzbischof Hélder Câmara zu nennen. Boff und Câmara wurden mittlerweile durch eine Reihe von evangelikalen Predigern ersetzt, darunter der Millionär Edir Macedo, Erzbischof der Universalkirche des Königreichs Gottes und Inhaber eines der größten Medienunternehmen Brasiliens.

Die evangelikale Bewegung ist in den vergangenen Jahren zu einem bedeutenden Eckpfeiler in der politischen und moralischen Neuausrichtung Brasiliens herangewachsen. Dies schuf ideale Bedingungen für die Wahl von Jair Bolsonaro zum Präsidenten. Die französisch-marokkanische Journalistin mit Lateinamerika-Schwerpunkt Lamia Oualalou geht in ihrem Buch *Jésus t'aime* (Jesus liebt dich) der Frage nach, wie die evangelikalen Kirchen in den weiten Teilen Brasiliens, vor allem in den ärmsten Regionen, Fuß fassen und in alle gesellschaftlichen Bereiche vordringen konnten, während sich die katholische Kirche und die Linke immer mehr von der Gesellschaft entfremdeten.

Es ist kein Zufall, dass der Pfingstkirchenprediger Marcelo Crivello schon im Jahr 2010 zum Bürgermeister Rio de Janeiro ernannt wurde: In den letzten Jah-

ren haben die evangelikalen Kirchen unter dem Credo der „Theologie des Wohlstands“ Basisarbeit in den Favelas geleistet und konnten dort ihre Präsenz durch die Unterstützung und Strukturierung des täglichen Lebens von Millionen von Armen festigen. Zur selben Zeit gelang es ihnen, ein umfangreiches Netzwerk an Kommunikationsmedien zu etablieren, um ihren Schlachtruf – „Jesus liebt dich“ – und ihre Doktrin und Gebote zu verbreiten.

So wandelte sich das größte katholische Land der Welt, das während der ersten großen Besuchsreise von Papst Franziskus viele Millionen Gläubige mobilisierte, zum gelobten Land eines ultrakonservativen Evangelikalismus. Die evangelikale Bewegung konnte sich aber nicht nur dem Papst gegenüber behaupten, sondern hat sich auch gegenüber der Arbeiterpartei (PT), der brasilianischen Linken des urbanen Raums und in der vernachlässigten Peripherie durchgesetzt, wo Marginalisierung, Armut, Gewalt und soziale Ausgrenzung gedeihen.

i **Bolsonaro wäre ohne die Unterstützung der evangelikalen Kirchen im Präsidentschaftswahlkampf nicht so erfolgreich gewesen. Die evangelikalen Kirchen hatten die Arbeiterpartei (PT) schon lange vor den Wahlen besiegt. Wie sehen Sie diese Entwicklung?**

In Brasilien konnten wir die Auswirkungen des Einflusses der evangelikalen Kirchen auf die Präsidentschaftswahlen durch direkte Wahlaufrufe der wichtigsten Pastoren für Bolsonaro beobachten. Heute hängt ein beträchtlicher Teil der brasilianischen Bevölkerung nicht nur dem evangelikalen Glauben an, sondern ist den Predigern gegenüber hörig. Dieser Umstand ist problematisch, denn die PT weiß nicht, wie sie die Evangelikalen erreichen kann. Das war in der Vergangenheit einer ihrer größten Fehler. Bolsonaro hingegen, dessen Frau selbst Evangelikale ist, hat es sehr gut verstanden die Basis anzusprechen.

Bolsonaro hat die evangelikalen Riten teilweise selbst angenommen: Er bat einen Pastor ihn zu taufen und begann regelmäßig evangelikale Veranstaltungen zu besuchen. Er erscheint in einer angsterfüllten

DIE PFINGSTKIRCHEN UND



Krisenzeit, punktet mit einem Diskurs der Ordnung und verspricht alle Banditen umzubringen. Auch waren die Prediger sehr erfolgreich dabei, die PT zu verteufeln.

In den Freikirchen predigen sie, dass die Krise und die Rezession durch eine Intervention Satans verursacht wurden, und die PT sei dieser Satan. Sie sei für das Ende des wirtschaftlichen Wohlstands verantwortlich. Sie stellen die gemäßigt linke PT als sehr radikale Partei dar. Darüber hinaus bedienen sie sich der Medien. Edir Macedo, Erzbischof der Universalkirche, besitzt den zweitgrößten Fernsehsender des Landes. Er hat sein ganzes Mediennetzwerk in den Dienst von Bolsonaro gestellt. Alle evangelikalen Medien beteiligten sich an dieser medialen Schlacht. Die Leute hören nur evangelikales Radio, sehen evangelikale TV-Sender und beteiligen sich auf *Facebook* und *WhatsApp* an evangelikalen Gruppen. Die Menschen leben isoliert in dieser Welt, wie in einer evangelikalen Blase. Und das ist nicht verwunderlich, denn die progressiven Parteien und Bewegungen, wie zum Beispiel die PT, haben diese Menschen im Stich gelassen, waren unfähig zum Dialog mit den einfachen Leuten.

Ihr Versuch, sich diesem Wählersegment anzunähern, kam zu spät. Nötig wäre es, das positive Bild der Prediger zu zerstören und aufzuzeigen, dass die meisten

DER ERFOLG DER RECHTEN

von ihnen Betrüger sind, die über die größten Vermögen des Landes verfügen. Wichtig wäre es, mit jenen Gruppen wieder das Gespräch zu suchen, aber nicht über die Bibel, wie sie es momentan versuchen, sondern über für das alltägliche Leben der BrasilianerInnen essentielle Themen: Bildung, Zugang zur Gesundheitsversorgung, öffentliche Apotheken und kostenlose Medikamente, Mindestlohn. Das ist, glaube ich, der einzige Weg, wie Teile der evangelikalen Wählerschaft zurückgewonnen werden können.



In Ihrer Analyse wird deutlich, dass die Ausweitung des Evangelikalismus eine Konsequenz der Abwesenheit des Staates, aber auch der Entfremdung der katholischen Kirche und der Linken von den benachteiligten Gruppen ist. Der Evangelikalismus ist in vielen Ländern erfolgreich.

In ganz Lateinamerika ist eine Ausdehnung der evangelikalen Kirchen zu beobachten. In Mexiko spielten sie bei der Wahl von Andrés Manuel López Obrador eine wichtige Rolle. Die politische Organisation der evangelikalen Kirchen ist dort aber nicht so etabliert und die KatholikInnen gehen nach wie vor in die Kirche. Aber auch in Argentinien, in Kolumbien, in Chile und in Zentralamerika ist diese Entwicklung zu beobachten. Um dieses Phänomen zu erklären, müssen unterschiedliche Entwicklungen, die gleichzeitig stattfinden, beleuchtet werden. Einerseits war die katholische Kirche in den marginalisierten Gegenden und neuen Armenvierteln, den Favelas, die in den 70er Jahren mit einer unglaublichen Geschwindigkeit gewachsen sind, nicht mehr ausreichend oder nie präsent. Andererseits fehlt es in der suburbanen, marginalisierten Welt, vor allem im Nordosten, wo viele weder familiäre Unterstützung noch menschenwürdige Arbeit erhalten, an Orten der Gemeinschaft.

Als ich die Leute gefragt habe, warum sie in die evangelikalen Gotteshäuser gehen, haben sie keine religiösen Motive genannt. Die Existenz von evangelikalen Tempeln, wo gemeinsam gesungen wird, Freundschaften geschlossen werden und die Kinder betreut werden, spielt eine weit-

aus größere Rolle für diese Menschen. Die evangelikalen Kirchen decken zumindest teilweise den Bedarf an wichtigen Dienstleistungen – Gesundheitsversorgung, Arbeit, Bildung – ab, die weder vom Staat noch von der katholischen Kirche angeboten werden. Diese Tempel sind für viele ein soziales Auffangnetz. Die Evangelikalen füllen das kulturelle und politische Vakuum, das in Brasilien entstanden ist.

Im Falle Brasiliens, dem Geburtsland der Befreiungstheologie, erscheint diese Entwicklung besonders paradox. Trotzdem ist Brasilien durch die Ausweitung des Evangelikalismus und seinen liberalen Kurs nun zur Wiege der „Theologie des Wohlstands“ geworden.

Es war das Land der Befreiungstheologie, bis es mit Papst Johannes Paul II zu einem Bruch kam. Als Folge davon sind zwei parallele Bewegungen entstanden: Einerseits kam es zu einer ökonomischen Prekarisierung, die mit dem Rückzug des Staates einherging, und andererseits hat sich die katholische Kirche immer weiter von der Basis entfernt. Die Heilsbotschaft der „Wohlstandstheologie“ ist faszinierend, denn es scheint so, als würde der Gläubige ein Recht auf alles haben: ein Recht auf Gesundheit und auf Wohlstand. Und das jetzt und nicht erst im nächsten Leben. Es zeichnet sich auch ein Wandel in der Beziehung zu Gott ab: Gott muss dir all das geben und du musst wissen es einzufordern. Dafür musst du Teil der evangelikalen Gemeinschaft werden, zahlen und beten.

Das Spannende ist, dass es am Ende funktioniert: Sobald die Evangelikalen sagen, wenn du zu trinken aufhörst, dann wirst du eine Arbeit finden, beginnen die Leute mehr und besser zu arbeiten und

sind nicht mehr betrunken. Der Prediger verspricht viel, und die Menschen stellen ihre Bedürfnisse an die oberste Stelle. Die Versprechen des Predigers werden in Ansprüche auf einen Cadillac, eine gute Arbeit oder einen guten Immobilienkredit übersetzt. Sie glauben, dass alles, was sie bekommen, nur das Minimum von dem ist, was ihnen zusteht.

? **Hat die Linke nicht begriffen, worauf die „Theologie des Wohlstands“ abzielt?**

Nein, natürlich nicht, und das ist auch die nächste Tragödie. Die Linke hat eine sehr einfache Interpretation der „Theologie des Wohlstands“ und sieht nur eine Adaption des Neoliberalismus in ihr. Es ist richtig, dass Konsumismus und Geld eine Rolle spielen, aber die Freikirchen funktionieren auch nach einer starken Solidaritätslogik. Gegenwärtig sind die Auswirkungen spürbar: Es begann mit Gott und verwandelte sich in eine sehr moralisierende, staatliche Interventionen ablehnende Anti-PT-Bewegung. Natürlich folgen die Evangelikalen einer kapitalistischen Konsumlogik. Aber dieser Diskurs wurde die letzten Jahre vom ganzen Land getragen und niemand war dagegen. Selbst unter Lula hat es geheißt: „Jetzt können alle Brasilianer Staatsbürger sein, denn sie haben Zugang zu einer Kreditkarte“ (Anm.: Guido Mantega, ehemaliger Finanzminister). Und genau das wird in der Freikirche gepredigt. Die Zeit unter Lula schuf den Nährboden für die „Theologie des Wohlstands“. Dieser Diskurs hat das ganze Land erfasst. Außerdem ist der Evangelikalismus für viele eine Leiter für den sozialen Aufstieg, der den Menschen weder durch die Arbeit, die Politik noch die Gewerkschaften ermöglicht wird.

? **Bolsonaro und die Evangelikalen haben zweifach gesiegt: Sie konnten sich gegenüber der PT und gegenüber dem Papst behaupten.**

Als Papst Franziskus nach Brasilien kam, merkte er schnell, dass er zu spät kam. Das Problem war viel komplexer, als er dachte. Als ich Evangelikale gefragt habe, was sie über Franziskus denken, wussten viele von ihnen nicht einmal, wer Franziskus ist. Und wir sprechen hier vom größten katholischen Land der Welt. Diese Niederlage hat aber noch eine weitere Dimension: Um nicht den Kürzeren zu zie-

weiter Seite 12 ➔

⇒ von Seite 11: BRASILIENS
PFINGSTKIRCHEN

hen, hat die katholische Kirche begonnen, die evangelikalen Kirchen und Prediger zu imitieren. Die charismatische Erneuerung liegt im Trend. Der Papst verabscheut diesen Trend, muss ihn aber akzeptieren. Die einzige Möglichkeit hier gegenzusteuern wäre durch seine Präsenz vor Ort, aber er ist in Rom. Außerdem verbinden viele Menschen Franziskus in negativem Sinn mit den vorhergehenden Päpsten Benedikt XVI und Johannes Paul II. Sein Wort hat de facto keine Bedeutung mehr.



Die Evangelikalen arbeiteten sich innerhalb der Gesellschaft Schritt für Schritt und Sektor für Sektor vor. Sie haben ihre Netzwerke von SportlerInnen über SchauspielerInnen, SurferInnen, PolizistInnen bis hin zur organisierten Kriminalität gespannt. Genauso würde es ein kommerzielles Unternehmen machen.

Die Evangelikalen vertreten ein gesamtgesellschaftliches Marketingkonzept. Es gibt deshalb auch nicht nur eine, sondern unzählige Freikirchen. Wenn du morgen ein Prediger sein möchtest, dann kannst du das auch werden. Das Einzige, was alle diese Kirchen gemeinsam haben, sind starke Persönlichkeiten als Prediger. Sie schaffen eine Kirche, die die Menschen begeistert. Ihre Stärke liegt darin, dass jeder eine Kirche finden kann, die ihn anspricht. Deshalb sind sie im ganzen Land so verbreitet. Sie haben zwei Hauptstrategien: eine Marketingstrategie und die Erschließung von Machtnetzwerken. Sie sind in der Justiz, in der Politik – sie zählen 90 Abgeordnete – und in der Polizei vertreten. Evangelikale Kirchen stellen auch die Mehrheit der Seelsorger in den Gefängnissen. In Rio de Janeiro sind von den 100 vertretenen Glaubensgemeinschaften insgesamt 92 evangelikale Freikirchen. Schlussendlich akzeptiert der Staat diese Präsenz, weil seine Interventionsmöglichkeiten verloren gegangen sind und er im Gegensatz zu den Evangelikalen keinen Zugang mehr zu vielen Orten hat. Das verleiht den Evangelikalen eine unglaubliche Macht. ■

Lamia Oualalou lebte von 2007 bis 2017 in Rio de Janeiro. Sie war unter anderem für *Le Figaro*, *Mediapart*, *Europe 1* und *Le Monde Diplomatique* tätig. Dieser Text wurde auf www.nuso.org erstveröffentlicht. Übersetzung: Judith Kutnjak

LEHREN FÜR DIE ERNEUERUNG

Der Sieg der extremen Rechten und der Absturz der Arbeiterpartei in Brasilien haben tiefgreifende Auswirkungen auf die übrigen Länder Lateinamerikas. Diese dramatischen Ereignisse erfordern eine genaue Analyse durch die Linke, um eine Option für den Wandel zu bleiben und weitere Erfolge der Ultrarechten zu verhindern. Wir möchten mit unseren Überlegungen dazu anregen, Lehren im Sinne einer Erneuerung der Linken zu ziehen, um ähnliche Entwicklungen in anderen Ländern Lateinamerikas zu vermeiden.

Von Alberto Acosta und Eduardo Gudynas

Zwischen „progressiv“ und „links“ unterscheiden

In ganz Lateinamerika versuchen diverse konservative Gruppen aktiv, jede linke Alternative zu diskreditieren. In Brasilien setzten sie schwere demokratische (und nicht nur wirtschaftliche) Krisen wie in Venezuela und Nicaragua mit der Regierungskrise der Arbeiterpartei (PT) gleich. Sie verbreiteten ständig die Botschaft, linke Optionen seien unmöglich, unweigerlich mit Korruption und selbst Blut verbunden.

Die brasilianische Krise selbst zeigt jedoch auf, wie dringend zwischen den Begriffen „progressiv“ und „links“ unterschieden werden muss. Ein zentraler Aspekt progressiver Regime ist eine Entwicklungsstrategie, bei welcher der intensive Einsatz natürlicher Ressourcen den Staat finanziert. Der Staat initiiert dann Sozialprogramme, durch die er der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit mit wirtschaftlicher Unterstützung begegnet, zugleich aber die politische Kontrolle der Zivilgesellschaft verstärkt. Im Unterschied zur Linken wird die Rolle des „Fortschritts“ als einer der politischen Hauptpfeiler betont. Die progressive Regierung der PT bemühte sich um diese Abgrenzung von der Linken, aus der sie stammt. Sie verbarg diesen Kurswechsel nicht, sondern stellte ihn als positiv dar.

Die erste wesentliche Lektion lautet also, dass „links“ und „progressiv“ nicht identisch sind.

Sensibilität für die Stimmung in der Bevölkerung

Lula da Silvas Regierung stellte sich selbst in Lateinamerika und der Welt als Beispiel der sogenannten „Neuen Linken“ dar. Viele Gruppen, vor allem in Ländern des Nordens, sahen sie als Vorbild. Sie erklärten, Wahlsiege wie jener von Dilma Rousseff bewiesen, die Mehrheit der Be-

völkerung sei linksorientiert. Als, in einer raschen Abfolge von Ereignissen, die PT die Kontrolle über die Regierung verlor, Rousseff des Amtes enthoben wurde und mit Michel Temer ein wenig bekannter und korrupter Politiker als Präsident eingesetzt wurde, konnten sie das nicht erklären und gerieten angesichts dieses Umsturzes in eine Schockstarre.

Bolsonaros Sieg hat diese Machtverschiebung dramatisch unterstrichen. Er förderte zutage, dass Brasiliens Gesellschaft viel konservativer ist, als die meisten dachten; die Menschen, die vorher den Progressiven zugejubelt hatten, lehnten jetzt die PT ab. Viele feierten sogar offen einen Kandidaten mit faschistoid anmutenden Reden.

Die zweite Lektion lautet: Wir müssen Kategorien wie „die Bevölkerung“ umsichtig verwenden und sensibel bei der Einschätzung vorherrschender Gedanken und Stimmungen sein.

Eine Rechte ohne Umschweife

Eine weitere wichtige Lektion betrifft den programmatischen Bezug auf rechte Ideen, um so Wahlen zu gewinnen. Das bezieht sich auf Strategien, die darauf setzen, zuerst die Wahlen zu gewinnen, um nach der Machtübernahme Staat und Gesellschaft zu transformieren. Zu dieser Taktik griff die PT, als sie zwecks „Regierungsfähigkeit“ mit der Mitte-rechts-Partei PMDB koalierte und eine auf Extraktivismus setzende Entwicklungsstrategie unterstützte. Das ist einer der Aspekte, in denen sich progressive und linke Politik unterscheiden.

Brasilien geriet in eine Falle: Die progressive Regierung versuchte sich als links darzustellen, während die neue Rechte sich nicht versteckte oder verstellte. Bolsonaro wettete offen gegen Schwarze und Indigene, zeigt sich stolz auf Homophobie und Frauenhass.

DER LATEINAMERIKANISCHEN LINKEN

Überholtes Entwicklungskonzept

Lulas und Dilmars „neue Entwicklungsstrategie“ stützte sich auf den Rohstoffexport, für den – als zentrale wirtschaftliche Strategie – die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ausgeweitet wurde, begleitet vom Versuch, ausländische Investitionen anzuziehen. Alle progressiven Regierungen, von Argentinien bis Venezuela, folgten diesem Muster.

Brasilien entwickelte sich auf diese Weise zur Nummer eins in Sachen Bergbau und landwirtschaftlichem Extraktivismus auf dem Kontinent. Dazu akzeptierte es seine untergeordnete Eingliederung in den Weltmarkt und einen begrenzten staatlichen Handlungsspielraum etwa im industriellen Bereich. Ganz im Gegensatz dazu hat die Linke stets versucht, die Staaten aus der Abhängigkeit vom Rohstoffexport zu befreien. Der Extraktivismus hat außerdem zur Orientierung auf kurzfristige Profite beigetragen und klientelistische Praktiken, autoritäre Tendenzen und Korruption begünstigt.

Die Schwächen dieser Strategie wurden nicht nur in Brasilien durch die saftigen Mehreinnahmen überdeckt, die in der Zeit hoher Rohstoffpreise erzielt wurden. Zwar wurden die Sozialprogramme besonders herausgestrichen, doch der Großteil der erzielten Einnahmen wurde in anderen Bereichen ausgegeben: Subventionen für extraktive Industrien und Unterstützung einiger Großunternehmen. Das erklärt, warum diese Entwicklungsstrategie sowohl durch die Arbeiterschaft, die Zugang zu Krediten erhielt, als auch durch die Elite der UnternehmerInnen unterstützt wurde, die mit staatlichen Geldern international expandieren konnte. Lula erhielt, aus unterschiedlichen Motiven, Applaus sowohl in den Armenvierteln wie auch beim Weltwirtschaftsforum in Davos.

Der weltweite Verfall der Rohstoffpreise machte deutlich, dass die monatlichen Zuwendungen an den ärmsten Teil der Bevölkerung Brasiliens, so wichtig sie waren, die Armut nicht wirklich überwinden konnten. Die Regierung bekämpfte die strukturelle Ungleichheit nicht, die extreme Konzentration des Reichtums blieb bestehen und ein Teil der an die Unternehmen bezahlten Gelder ging durch Korruption verloren.

Zugleich verstärkte die ständige Betonung des Wirtschaftswachstums als Grundlage für Entwicklung den Wachstumsfetischismus, was Bolsonaro ausnutzte, um sich als der diesbezüglich kompetenteste Mann zu präsentieren. Eine Linke des 21. Jahrhunderts sollte den Mut aufbringen, die Idee vom Wirtschaftswachstum als Schlüssel für Entwicklung in Frage zu stellen. Die Lehre liegt in der Erkenntnis, dass Brasilien wie der Rest Lateinamerikas unter einer grundlegenden Unfähigkeit litt, seine zentralen Entwicklungsstrategien zu verändern. Seine Rohstoff-Abhängigkeit nahm zu, mit ernstesten Auswirkungen in Form von Deindustrialisierung, was zu wirtschaftlicher und finanzieller Instabilität führte. Die „neue Entwicklungsstrategie“ ist alles andere als neu. Sie ist so alt wie der Kolonialismus, der den Extraktivismus hervorbrachte.

Klientelismus oder soziale Gerechtigkeit?

Die „neue Entwicklungspolitik“ bedient sich wirtschaftlicher, sozialer und politischer Instrumente, die nicht neutral sind, ja den zentralen Grundsätzen der Linken widersprechen. Die bekanntesten Beispiele sind wohl die Expansion von Monokulturen und Bergbau. Diese wirken sich nachteilig auf Demokratie und Rechtsstaat aus. Sozialpolitische Maßnahmen können einige Aspekte dieses Problems mildern, doch sie tragen nicht zur Stärkung einer Zivilgesellschaft bei, die ihre Grundrechte zu verteidigen weiß.

In Brasilien nützte die PT günstige Umstände, um die Armut zu reduzieren und andere Verbesserungen umzusetzen, wie eine Erhöhung des Mindestlohns, eine Ausweitung von Stellen im formalen Bereich, die Ausweitung der Gesundheitsversorgung usw. Viele dieser Bemühungen stützten sich aber auf soziale Wohlfahrtsprogramme sowie die Kommerzialisierung von Gesellschaft und Natur. Die stärkere



Die brasilianische Mittelklasse demonstrierte schon 2015 für den Sturz der PT.

Die Linke im Rest des Kontinents muss die Herausforderung annehmen, echte Alternativen zur Fixierung auf Entwicklung zu suchen. Ein radikaler Diskurs reicht nicht. Wenn in der entwicklungspolitischen Praxis alte Muster wiederholt werden, wird das Ergebnis, ob gewollt oder nicht, eine konventionelle staatliche Politik sein. Aber gerade dadurch zeichnet sich progressive Politik aus und lässt sich von linker Politik unterscheiden.

Konsumorientierung ließ den Besitz von Dingen vielen als reale Verbesserung der Lebensqualität erscheinen. Eines der grundlegenden Prinzipien der Linken, das die Proteste gegen den Neoliberalismus im 20. Jahrhundert charakterisiert hat, die Entkommerzialisierung des Lebens, geriet in Vergessenheit.

Gerechtigkeit reduzierte sich auf bestimmte Formen wirtschaftlicher Umverteilung, während die Rechte der Mitglie-

➔ von Seite 13: LEHREN FÜR DIE LINKE

der verschiedener Gemeinschaften, besonders von indigenen Völkern, prekär bleiben. Laut der Organisation *Global Witness* ist Brasilien weltweit führend, was Morde an UmweltschützerInnen betrifft. Es ist für die Linke an der Zeit zu akzeptieren, dass soziale Gerechtigkeit mehr erfordert als Umverteilung und dass Lebensqualität sich nicht nur wirtschaftlichem Wachstum verdankt. Eine erneuerte Linke sollte die Schwächung oder gar Kriminalisierung von Basisbewegungen nicht tolerieren. Sie sollte vielmehr die autonome Organisation der Bevölkerung für Menschenrechte und die Rechte der Natur überall und jederzeit fördern. Das ist dort umso nötiger, wo die Linke an der Macht ist.

Wichtigkeit von Stabilität und breitem Rückhalt bei Wahlen öffnen progressive Regierungen konservativen PolitikerInnen die Tür.

Ein Grund für die Niederlage der „Progressiven“ verdankt sich auch ihrer Unfähigkeit, eine wirkliche Agrarreform durchzuführen und ländliche Entwicklung neu zu denken. So hat Lulas erste Regierung genetisch modifizierte Soja, Monokulturen und die Expansion der exportorientierten Agrarindustrie stark gefördert, kleine oder mittlere ProduzentInnen aber kaum geschützt. Andere progressive Regierungen, besonders die von Argentinien und Uruguay, agierten ähnlich.

Die progressive Politik konnte ländlichen Gemeinschaften somit keine alternativen Optionen bieten, indem sie auf dem Irrweg der Unterstützung von Export-

Radikale Demokratie

Brasiliens politisches Debakel ruft die von der Linken lange geforderte (und von den Progressiven vernachlässigte) Aufgabe einer Radikalisierung der Demokratie in Erinnerung. Sie erfordert z.B. die intensive politische Teilnahme der BürgerInnen und die Verbesserung der Parteistrukturen. Stattdessen konzentrierte sich die PT auf die Zentralregierung, griff zu Methoden wie der Bestechung von Abgeordneten und behielt ihre hierarchische Parteistruktur bei. Positive Experimente wie unter Beteiligung der Bevölkerung erstellte Budgets zerfielen allmählich, während sich mit öffentlichen Aufträgen verknüpfte korrupte Netzwerke ausbreiteten.

Eine Erneuerung der Linken muss sich auf ein klares Verständnis dieser Dynamik stützen. Sie darf das Bemühen um die Demokratisierung der Gesellschaft und ihrer eigenen Parteistrukturen nicht aufgeben. Letztere sollten die Basis repräsentieren und nicht bloße Sprungbretter für den Aufstieg einzelner Figuren zur Macht sein. Die Erneuerung der Linken sollte, koste es, was es wolle, auf Selbstkritik beruhen. Sie sollte immer wieder neu aus Erfahrungen lernen. Lateinamerikas Linke sollte auch an Alternativen zur Entwicklung arbeiten. Indem sie sich für harmonische Beziehungen zur Natur einsetzt, sollte sie ökologisch und feministisch durch die Bekämpfung des Patriarchats sein. Sie muss ihre sozialistische Ausrichtung beibehalten, um soziale Ungerechtigkeit zu überwinden, ebenso wie Rassismus, Ausschluss und Marginalisierung. Vor allem sollte sie eine antikapitalistische und antisystemische Linke sein. All dies erfordert mehr, niemals weniger, Demokratie. ■



Foto: David Fernández

Buenos Aires, Dezember 2017: Linker Massenprotest gegen die Pensionsreform der Regierung Macri

Neue Formen der Landwirtschaft nötig

Auch aus den Erfahrungen mit landwirtschaftlichen Entwicklungsstrategien lassen sich Lehren ziehen. Bolsonaro gewann die Wahl mit Unterstützung des ultrakonservativen Agrarsektors, auch dank seiner Reden gegen Indígenas, Landlose und Kleinbauern. Dieser Sektor war allerdings bereits unter Dilma Rousseff (mit Katia Abreu) in der Regierung vertreten. Mit der Betonung von Pluralismus, der

monokulturen bestand, während sie, wenn dafür Geld übrig blieb, Kleinbauern und –bäuerinnen finanzielle Sozialprogramme anbot.

Die Linke sollte eine neue Vision des Lebens auf dem Land vorschlagen, die sowohl Landbesitz als auch Landnutzung ins Visier nimmt, und die Rolle der NahrungsmittelproduzentInnen in erster Linie für das eigene Land und erst danach für den Weltmarkt anerkennen.

Ausschluss und Marginalisierung. Vor allem sollte sie eine antikapitalistische und antisystemische Linke sein. All dies erfordert mehr, niemals weniger, Demokratie. ■

Alberto Acosta war Minister für Energie und Bergbau und Präsident der Verfassunggebenden Versammlung Ecuadors. Eduardo Gudynas ist Forscher im Lateinamerikanischen Zentrum für Soziale Ökologie in Uruguay. Übersetzung aus dem Englischen: Hermann Klosius

DIE FLUCHT, DIE KRISE UND DER HASS

Drei Millionen Menschen sind in den vergangenen Jahren aus **Venezuela** geflohen. Ein Teil der MigrantInnen bleibt in Kolumbien, viele andere zieht es nach Peru. Die vielbeschworene Solidarität in Südamerika, sie gerät in Schieflage. In den Aufnahmeländern sind die Geflüchteten häufig sich selbst überlassen – zwischen existentieller Not, der Gefahr extremer Ausbeutung und ihnen entgegenschlagendem Hass.

Von Kristofer Lengert



Foto: UNICEF/ECU/2018/Arcos

Hunderte venezolanische MigrantInnen warten vor dem Grenzübergang zwischen Kolumbien und Ecuador auf die Passkontrolle.

Im Sommer war der vorläufige Höhepunkt der südamerikanischen Flüchtlingskrise erreicht: Seit einem Jahr hatten die Zahlen der venezolanischen EmigrantInnen ständig zugenommen. Täglich waren es in diesen Tagen viele Tausend Menschen, die die Grenzübergänge nach Kolumbien passierten. Die noch im August aktualisierten Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) wurden Anfang November 2018 noch einmal nach oben korrigiert: Mittlerweile drei Millionen VenezolanerInnen sollen aus ihrer Heimat geflohen sein. Der Großteil von ihnen verbleibt in der Region: In Kolumbien haben mehr als eine Million Menschen Zuflucht gesucht, in Peru sind es etwa 500.000, in Ecuador 220.000 Men-

schen. Es folgen Argentinien (130.000), Chile (100.000), Panama (94.000) und Brasilien (85.000).

Erwartete Überforderung der Staaten

Die südamerikanischen Staaten hatten hinsichtlich der interamerikanischen Migration lange eine Politik der offenen Grenzen verfolgt. Die staatlich-offizielle Rhetorik bemühte sich angesichts der neuen Krise um demonstrative Gelassenheit und Solidarität. Lobend wurde noch im Sommer seitens des UNHCR betont, dass man die Haltung der Länder Südamerikas in Bezug auf die Migrationsbewegungen aus Venezuela im Vergleich zur Reaktion auf Migrationsströme in anderen Regionen der Welt positiv bewerte. Doch

die Realität zeigte sich – insbesondere entlang der Hauptroute der Geflüchteten und an den jeweiligen Grenzstationen der Haupttransit- und Zielländer – bald ganz anders.

Vor allem in der kolumbianischen Stadt Cúcuta, im Norte de Santander, an den Grenzübergängen zu Ecuador (Rumichaca) und Peru (Tumbes), in der nordbrasilianischen Kleinstadt Pacaraima in der Provinz Roraima sowie in der brasilianischen Provinzhauptstadt Boa Vista entstanden vollends chaotische Situationen angesichts überforderter Posten der Migrationsbehörden und mangelnder Aufnahme- und Notversorgungsstrukturen. Es fehlte an Allem, insbesondere an Trinkwasser, Essen, Schlafplätzen und Toiletten.

➔ von Seite 15: DIE FLUCHT, DIE KRISE UND DER HASS

Die Bilder der Fernsehstationen, die in den Augusttagen rund um die Uhr über das Thema berichteten, waren überall die gleichen: unzählige Menschen, die an vollkommen überlaufenen Grenzübergängen verharren oder nachts in Parks, auf Sportplätzen oder auf der Straße vor den Geschäften ihre Lager aufschlugen.

Mangelhafte Abstimmung und fehlende Unterstützung

Diese Situation zeichnete sich seit mehr als einem Jahr ab. Sie kam nicht unerwartet und ihre Eskalation war vorhersehbar. Dabei hatten alle betroffenen Staaten es verabsäumt, sich angemessen vorzubereiten, oder ein gemeinsames Agieren abzustimmen.

Im September 2018 wurde zum Migrationsgipfel nach Quito geladen. Immerhin konnte eine vom Großteil der teilnehmenden Länder unterschriebene Absichtserklärung und der Aufruf an die internationale Gemeinschaft, in der Krise zu helfen, verabschiedet werden. Diese interessierte sich indes wenig für die südamerikanischen Probleme, und es ist nicht davon auszugehen, dass die dringend benötigten finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

Auch gibt es keinen Anlass anzunehmen, dass die beschworene gemeinsame Koordinierung zu einer Lösung zugunsten der MigrantInnen führen wird. Eine überregionale Koordinierung ist sicherlich für die Ordnung von Migrationsbewegungen und die Notversorgung der Menschen wichtig, selten aber im Sinne einer humanitären und offenen Migrationspolitik nützlich gewesen.

Verschärfung der Einreisebestimmungen schafft Illegalität

Lange gab es für VenezolanerInnen die Möglichkeit, nach Kolumbien, Peru und Ecuador auch ohne Pass, nur mit dem Personalausweis, einzureisen.

Zu den ersten Verschärfungen der Einreisebestimmungen, die in nationalen Alleingängen verabschiedet wurden, gehörten etwa in Kolumbien die Einführung der Passpflicht und die Abschaffung der Grenzgänger-Vereinbarung. Peru hat mittlerweile ähnliche Maßnahmen ergriffen und auch das Aufenthalts- und Arbeitsrecht für MigrantInnen eingeschränkt. Und von Brasilien wurde ein Dekret erlassen, das das kürzlich erst verabschiedete

Gesetz für ein humanitäres Bleiberecht wieder einschränkte und die vereinfachte Abschiebung von MigrantInnen ohne gültige Aufenthaltspapiere ermöglichte.

Viele venezolanische MigrantInnen besitzen keinen Reisepass. Aufgrund der weitgehend zusammengebrochenen venezolanischen Verwaltungsstrukturen ist es derzeit auch schlichtweg unmöglich, diesen auf regulärem Weg zu beschaffen. Viele Geflüchtete berichteten, nur wer in der Lage sei, extrem hohe Schmiergeldzahlungen von bis zu 1.000 US-Dollar zu zahlen, würde derzeit noch einen Pass erhalten. Eine Summe, die viele VenezolanerInnen nicht in Jahren aufbringen könnten.

Die gleichzeitige Beschränkung von Grenzgänger-Regelungen bedeutet gerade für die vielen venezolanischen HändlerInnen und ArbeiterInnen, dass auch sie keine legale Möglichkeit mehr haben, die Grenze nach Kolumbien oder Brasilien zu überqueren, selbst wenn sie nur als Pendler unterwegs sind, um im Nachbarland ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Es ist zu befürchten, dass weitere Verschärfungen der Migrationsbestimmungen, Grenzsicherungen oder Ausweisungen von VenezolanerInnen folgen werden. Solche Maßnahmen lösen selbstredend keine Migrationsprobleme. Sie drängen Menschen in die Illegalität und nehmen ihnen die Möglichkeit, eigene Rechte durchzusetzen oder nötigen Schutz einzufordern.

Wer sind die Geflüchteten?

Die öffentliche Ordnung ist in Venezuela aufgrund der schweren ökonomischen und politischen Krise weitgehend zusammengebrochen, die Administration funktioniert nicht und ist hochgradig von Korruption befallen. Das Land leidet unter einem wirtschaftlichen Kollaps, der einerseits zu einer Hyperinflation geführt hat, andererseits ist die Versorgung mit überlebenswichtigen Gütern in vielen Regionen nicht mehr garantiert. Die Strom- und Wasserversorgung ist in weiten Landesteilen rationiert. Es fehlen Medikamente. Waren, die importiert werden müssen oder knapp sind, sind unerschwinglich.

Waren es in Zeiten von Chávez noch viele Angehörige der wohlhabenden Mittel- und Oberschicht, die unter anderem in die USA oder nach Spanien migrierten, haben wir es heute mit einem ganz anderen Phänomen zu tun: Unter den Geflüchteten sind ehemalige Mitglieder des Staatsapparates, UniversitätslehrerInnen, Studierende, einfache Angestellte und ArbeiterInnen sowie Menschen in prekären Arbeitssituationen. Sie sind Angehörige der verarmten Mittelschicht und der Unterschicht, die keinen anderen Ausweg mehr wissen. Es sind keinesfalls nur Männer: Circa 40% der MigrantInnen sind nach Zahlen der IOM weiblich. Auch viele Kinder sind darunter.

Entsprechend haben sich auch die Routen und Reisewege geändert: Statt mit Flugzeug, Überlandbussen oder Schiffen macht sich eine immer größere Zahl der MigrantInnen zu Fuß auf den Weg – nach Kolumbien und von dort weiter durch Ecuador Richtung Peru oder Chile. Eine deutlich geringere Zahl der Flüchtlinge ist nach Brasilien und weiter nach Argentinien unterwegs.

In Kolumbien bleibt ein Großteil der MigrantInnen eine Zeit lang in der Grenzregion bei Cúcuta, mit dem Ziel, so bald sich die Möglichkeit bietet, weiterzukommen. Die nächste Etappe sind die großen Städte, wie Bogotá oder Medellín, die den Geflüchteten bessere Chancen für das Überleben bieten. Doch in den kolumbianischen Großstädten ist aufgrund des zurückliegenden jahrzehntelangen Bürgerkriegs und seiner Millionen Binnenvertriebenen die Arbeitslosigkeit hoch. Vor allem die Bereiche unqualifizierter Arbeit sind von extremer Konkurrenz und schlechten Löhnen geprägt und der informelle Arbeitssektor ist vollkommen übersättigt. Viele VenezolanerInnen stranden bereits hier auf unbestimmte Zeit.

Ecuador ist ein wichtiges Transitland. Die Regierung hatte einen humanitären Korridor eingerichtet, um die Durchreise zu vereinfachen. Spätestens am Grenzübergang nach Peru gab es allerdings einen extremen Rückstau. 3.400 Geflüchtete erreichten hier in den Sommermonaten täglich den Grenzposten, der eigentlich auf eine Kapazität von 1.300 Menschen eingestellt war.

Ecuador ist ein wichtiges Transitland. Die Regierung hatte einen humanitären Korridor eingerichtet, um die Durchreise zu vereinfachen. Spätestens am Grenzübergang nach Peru gab es allerdings einen extremen Rückstau. 3.400 Geflüchtete erreichten hier in den Sommermonaten täglich den Grenzposten, der eigentlich auf eine Kapazität von 1.300 Menschen eingestellt war.

Erniedrigung und Stigmatisierung

Um die Einwanderung zu erschweren und den Neuankommenden eindrücklich zu vermitteln, dass sie nicht willkommen sind, braucht es keine Gesetzesänderungen. Verzögerte behördliche Abläufe, extrem lange Wartezeiten, erniedrigende Prozeduren durch Befragungen, anlasslose Polizeikontrollen und fehlende Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten machten das Leben der MigrantInnen noch schwerer und führten zu weiterer Stigmatisierung.

In den Wahlkämpfen in Kolumbien und Brasilien waren die Geflüchteten den konservativen und rechten Kandidaten willkommener Anlass, um den Beweis für die Misswirtschaft und das Scheitern des lateinamerikanischen Sozialismus führen zu können. Gleichzeitig aber dienten sie dazu, die große Gefahr zu beschwören, die von unkontrollierter Migration ausgehe, und radikale Forderungen auszusprechen, die zur Wiederherstellung einer mutmaßlich gefährdeten öffentlichen Ordnung notwendig seien.

Die Tragödie der Massenflucht ist gut dazu geeignet, von hausgemachten Fehlern abzulenken, oder jedenfalls den Geflüchteten die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben.

Mit den VenezolanerInnen kam bald auch die Welle des Hasses: In den sozialen Medien, flankiert von den Nachrichtenmagazinen der privaten Fernsehsender und der Boulevardpresse, verbreiteten sich Horrorgeschichten wie ein Lauffeuer und waren auch noch begleitet mit einer sich selbst verstärkenden Stimmungsmache eines radikalen Anti-MigrantInnen-Diskurses, wie wir ihn auch hierzulande nur allzu gut kennen: VenezolanerInnen stehen, sind schmutzig, haben Krankheiten und nehmen den anderen die Arbeitsplätze weg. Männer seien Schuld an Gewaltverbrechen, Frauen würden sich prostituieren, die Untreue fördern und Familien zerstören und Kinder zum Betteln eingesetzt.

Die Propagandamaschine entfaltet ihre Wirkung

Die öffentliche Stimmung heizte sich immer weiter auf. Die sozialen Medien – allen voran *Facebook* und *Youtube* – wurden zur massiven Verbreitung des Hasses genutzt. Perfide ist dabei die Rezeptur, die die Verbreitung sensationsheischender Berichte der Boulevardmedien über das Elend der Geflüchteten und die Gewalt krimineller Banden mischt mit einer skurrilen Angstmache, welche auf Übertreibungen, Verallgemeinerungen, Entmenschlichung und Gleichstellung von MigrantInnen mit Naturkatastrophen (Orte, die „überschwemmt“ werden von Menschen) oder militärischen Metaphern (eine „Invasion“, gegen die man sich zur Wehr setzen müsse) beruht.

Dabei schwimmt die Grenze zwischen Wahrheit und Lüge immer mehr. So verbreitete sich in Peru im Kontext der im Oktober stattfindenden Regionalwahlen



Venezolanische Flüchtlinge in Kolumbien

das Gerücht, die venezolanischen Geflüchteten würden bei den Wahlen mit abstimmen dürfen (und dass man sie ins Land lasse, sei Teil einer Verschwörung zur Verhinderung bestimmter KandidatInnen). Ebenso erfolgreich war eine Nachricht, die behauptete, die venezolanischen MigrantInnen erhielten vom peruanischen Staat einen Aufschlag auf den Mindestlohn. Natürlich waren beide Meldungen falsch. Doch auch reale Geschichten, wie die Zerschlagung der äußerst gewalttätigen venezolanischen Bande *El Tren de Aragua*, die in Peru brutale Raubüberfälle und Morde beging, waren ein willkommener Anlass, die Stimmung gegen die venezolanischen MigrantInnen weiter anzuheizen.

Die Stimmung kippt und schlägt um in Gewalt

Solche Rhetorik forderte ihre Konsequenzen: Fremdenfeindliche Proteste und gewalttätige Übergriffe folgten auf dem Fuß. Sie reichten von alltäglichen Anfeindungen und Beschimpfungen von VenezolanerInnen auf der Straße über organisierte flüchtlingsfeindliche Proteste und fanden ihre vorläufigen Höhepunkte in gewalttätigen Übergriffen, pogromartigen Ausschreitungen und Mordanschlägen.

In Kolumbien machte seit Anfang des Jahres eine anonyme Audionachricht die Runde, die stark an die Morddrohungen der paramilitärischen Banden erinnerte: Eine roboterhafte Stimme erklärte hierbei: „Dies ist ein Ultimatum für die Venezolaner. Ihr habt zwei Wochen Zeit euch zurückzuziehen. Wir werden jeden von euch töten, der sich dann noch in Subachoque aufhält. Egal, ob er arbeitet oder nicht, ob er ein Dieb ist oder nicht. Wir wollen euch hier nicht. Verschwindet von

hier.“ Die Nachricht tauchte auf kurz nachdem in den Medien über einen Beziehungsmord in Subachoque, Cundinamarca, berichtet worden war: Ein Venezolaner hatte erst seine Partnerin und dann sich selbst getötet. In Villavivencio kam es zu einem Lynchmord an einem venezolanischen Migrant; die Polizei bestätigte in diesem Fall, dass sie von einem Hassverbrechen ausgehe. Und in Cúcuta schleuderten Unbekannte einen Molotov-Cocktail in eine Gruppe schlafender MigrantInnen.

Im nordbrasilianischen Bundesstaat Roraima kam es in der Grenzstadt Pacaraima im August zu einem Gewaltausbruch der lokalen Bevölkerung. Hunderte BewohnerInnen der Kleinstadt hatten sich nach einem Überfall auf einen lokalen Händler durch mutmaßliche venezolanische Täter bewaffnet und zwei Flüchtlingslager überfallen. Sie attackierten die Geflüchteten, verwüsteten die Lager und trieben die Menschen zurück über die Grenze nach Venezuela.

Was bleibt?

In Lateinamerika baut sich eine Krise auf, wie Europa sie erlebt hat, und es gibt keine Anzeichen, dass sich die Situation in der Region in nächster Zeit verbessern könnte. Die Flüchtlingskrise zeigt sich im Elend und der Entrechtung unzähliger MigrantInnen sowie im Versuch der Regierungen, die Migrationsbewegungen durch Verschärfungen der Einreisebestimmungen, restriktive Grenzpolitiken und Push-Backs zu verhindern. Es ist die Rede von „Grenzen der Belastbarkeit“ und „überstrapazierter Hilfsbereitschaft“. Xenophobie und Hass nehmen zu und verändern die Haltung der Menschen. Und dennoch: Es gibt auch Anzeichen dafür, dass die lateinamerikanischen Gemeinschaften es am Ende doch besser hinkriegen könnten als wir hierzulande: Bei der jüngsten Kommunalwahl im Oktober in Lima erhielt der rechtsradikale Kandidat Ricardo Belmont, der im Wahlkampf aufgrund seiner hass erfüllten Reden und extremen Positionen zur Flüchtlingskrise große Aufmerksamkeit in sozialen Medien und Nachrichtenshows des Landes generierte, nicht einmal vier Prozent der Stimmen. Seine Kampagne hatte nicht gezündet. ■

Redaktionsmitglied Kristofer Lengert ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter einer entwicklungspolitischen NGO in Wien. Zuletzt war er zwischen Oktober 2017 und Februar 2018 in Kuba, Peru, Bolivien und Chile unterwegs.

Foto: SOS-kinderdorf.de

GUATEMALAS STRUKTURELLER RASSISMUS

Guatemalas Geschichte und Gegenwart sind geprägt vom Rassismus gegen die mehrheitlich indigene Bevölkerung und kleine afroamerikanische Bevölkerungsgruppen. Dies ist kolonial begründet, setzte sich nach Erlangung der Unabhängigkeit fort und drückte sich im überwiegend indigen bewohnten Hochland unter anderem in den Landenteignungen im Rahmen der sogenannten „liberalen“ Reformen der 1870er Jahre und den Zwangsarbeitsgesetzen bis 1944 aus.

Von Eva Kalny

Die kolonial geprägten rassistischen Strukturen in Guatemala sind bis heute auf mehreren Ebenen wirkmächtig. Von Rassismus wird in den Sozialwissenschaften in der Regel dann gesprochen, wenn Ausgrenzungsmechanismen und diskriminierende gesellschaftliche Strukturen vorherrschen bzw. diese in den Macht- und Herrschaftsverhältnissen verankert sind. Rassistische Machtverhältnisse – so wie auch sexistische oder klassistische – entscheiden unter anderem über den Zugang zu Bildung, zu Arbeit, gerechter Bezahlung oder Gesundheit. Sie bestimmen, wessen Leben geschützt wird und wer früher stirbt.

Ausgrenzende und diskriminierende Strukturen betreffen dabei immer mehr als eine soziale Dimension. So wirkt Rassismus unterschiedlich je nach Geschlecht, den wirtschaftlichen Möglichkeiten einer Person, ihrem Wohnort in der Stadt oder auf dem Land, etc.

Im Fall der indigenen Bevölkerung Guatemalas bedeuten diese Strukturen der Mehrfachdiskriminierung Jahrhunderte lange rechtliche Schlechterstellung, Landraub und Vertreibungen, Zwangsarbeit, schlechteren Zugang zu Bildungsmöglichkeiten und dem Gesundheitswesen. Dies betrifft verarmte indigene Frauen in ländlichen Regionen in besonderem Ausmaß. Im Bürgerkrieg zeigte sich Mehrfachdiskriminierung in den Macht- und Befehlsstrukturen des Militärs und der Guerilla. Die staatliche Politik der Verbrannten Erde führte zur Vernichtung hunderter indigener Gemeinden.

Strukturelle Verbesserungen...

Die Beteiligung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen an den Friedensverhandlungen der 1990er Jahre, die im Dezember 1996 im „Abkommen über den Starken und Dauerhaften Frieden“ kulminierten, war im Vergleich zu den Prozessen nach bewaffneten Konflikten in anderen Regionen der Welt einzigartig. Auch die Unterzeichnung des Abkommens 169 der ILO über die Rechte der indigenen Bevölkerung ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Die überaus aktive Beteiligung von VertreterInnen von Frauenbewegungen und indigenen Organisationen führte unter anderem zur Verankerung der *Defensoría de la Mujer Indígena* (DEMI) im Rechtssystem Guatemalas. Hierbei handelt es sich um eine staatliche Institution, die als Anlaufstelle für indigene Frauen unter anderem in Fällen von häuslicher Gewalt dient und mit ihren Büros in zahlreichen Regionen des Landes auch außerhalb der Hauptstadt tatsächlich erreichbar ist. Damit wurde erstmals ein aktiver Schritt gesetzt, auch indigenen Frauen den Zugang zum staatlichen Rechtssystem zu ermöglichen.

Am 11. September 2002 definierte Guatemala erstmals im Strafgesetzbuch¹ das Delikt des Rassismus als „jede Unterscheidung, jeder Ausschluss, jede Einschränkung oder Bevorzugung auf Grund von Geschlecht, Rasse, Ethnizität, Sprache, Alter, Religion, wirtschaftlicher Situation, Krankheit, Behinderung, zivilem Status oder irgendeines anderen Motivs, Grundes oder Umstandes, die es einer Person, Gruppe von Personen oder Vereinen unmöglich oder schwierig macht, ein von Gesetz wegen zustehendes Recht zu genießen, einschließlich das Gewohnheitsrecht oder indigene Bräuche, in Übereinstimmung mit der politischen Verfassung der Republik und internationalen Menschenrechtsabkommen“.

Während der Regierungszeit von Präsident Alfonso Portillo (2002 – 2006) wurde sowohl die DEMI gestärkt, als auch die „Kommission des Friedens und der Einigkeit“, die „Kommission zur Bestimmung Heiliger Orte“ und die „Präsidentielle Kommission gegen die Diskriminierung und den Rassismus gegen die indigenen Völker Guatemalas“ (CODRISA) gegründet. Bekannte AkteurInnen für indigene Rechte erhielten hohe Positionen in der Regierung. So wurde Demetrio Cojtí Cuxil Vizeminister für bilinguale und interkulturelle Erziehung, Otilia Lux de Cotí



Indigene BewohnerInnen von San Miguel

Kulturministerin und Raxche² Demetrio Rodríguez Generaldirektor für bilinguale Erziehung.

Solche strukturelle Verankerungen sind insbesondere nach einer vor allem gegen die indigene Bevölkerung gerichteten Politik der Massaker ganzer Gemeinden der 1970er und 1980er Jahre von größter Wichtigkeit und verweisen auf tatsächliche Transformationen.

...mit Einschränkungen

Gleichzeitig ist ein anderes Phänomen zu beobachten, das der Anthropologe Charles Hale als *indio permitido* bezeichnet², also den „erlaubten“ oder „autorisierten Indio“: Die Transformation bleibt auf die Ebene der Anerkennung von „Multikulturalismus“ beschränkt, eine tatsächliche politische und ökonomische Selbstermächtigung hingegen wird weiterhin verweigert. Hale leiht den Begriff aus einer bolivianischen Debatte – in Guatemala gilt *indio* in der Regel weiterhin als Schimpf-



Empörung, wenn weiße Allmacht beschränkt wird: Der inzwischen verstorbene Bürgermeister Álvaro Arzú dringt am 5. 10. 2017 wütend in die Pressekonferenz von Generalstaatsanwaltschaft und CICIG ein, die sein korruptes Netzwerk im Fall Caja la Pandora aufdeckt.

wort und wurde, anders als z.B. in Bolivien, nie als Begriff der Selbstermächtigung gewählt. Indigene Bewegungen in Guatemala bevorzugen das Konzept *Maya* als kollektive Selbstzuschreibung.

Tatsächlich wurden nach Ende des Bürgerkrieges zeitgleich mit der Entwicklung erster demokratischer Strukturen und den Verhandlungen der Friedensverträge auf staatlicher Ebene die Weichen gestellt für die Errichtung von Megaprojekten wie Staudämmen, Minen oder den Aufbau der Plantagenwirtschaft für die Agrospritproduktion. Genau diese Wirtschaftsaktivitäten sollten in der Folge zu weiterer Gewalt und Vertreibungen führen und halten bis heute an. Landenteignungen und Vertreibungen treffen überwiegend indigene Kleinbauern und -bäuerinnen in marginalisierten Regionen des Landes und nicht die Fincas oder Luxusbauten der Angehörigen der weißen Elite. Sie veranschaulichen damit den strukturell verankerten Rassismus im Land und finden auch häufig in jenen Gebieten statt, die bereits von den Landenteignungen der „liberalen“ Reformen der 1870er und der Politik der Verbrannten Erde des Bürgerkriegs betroffen waren.

Investitionen

Auch der Bericht des UN Entwicklungsprogramms³ aus dem Jahr 2016 verweist auf strukturelle Probleme und führt in zahlreichen Statistiken an, dass die indigene Bevölkerung über weniger Einkommen, weniger Besitz, schlechteren Zugang zu Bildung und Gesundheit, etc. verfügt. Einen wichtigen Grund für die an-

haltenden wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Indigenen und MestizInnen berechnet das *Instituto Centroamericano de Estudios Fiscales*: Vom gesamten zur Verfügung stehenden Budget, das der Staat in die Bevölkerung investierte, floss nur ein Viertel in Leistungen für Indigene. In Provinzen mit mehr als 90% indigener Bevölkerung stellte der Staat pro Person täglich 4,40 Q zur Verfügung. In Provinzen mit weniger als 10% indigener Bevölkerung waren es bis zu 21,90 Q⁴. Das soeben für das Jahr 2019 beschlossene Budget verspricht eine Verschlechterung dieser Situation.

Strukturelle und individuelle Ebene

Der Fokus auf die strukturellen Aspekte von Rassismus bedeutet natürlich nicht, dass rassistische Vorurteile und Hass nicht auch auf persönlicher Ebene geäußert werden. So posteten NutzerInnen sozialer Medien nach dem Vulkanausbruch vom 3. Juni 2018 zum Beispiel gehässig: „Ein Indio weniger – ein Brot mehr“. Solche Hassbotschaften sind deshalb besonders wirksam, weil sie im Kontext rassistischer Strukturen gemacht werden. Der Vulkanausbruch und seine Folgen – seriöse Schätzungen gehen von ca. 3.000 Toten aus – machten die unterschiedlichen zur Verfügung stehenden Ressourcen und die historisch bedingte Aufteilung des Landes besonders drastisch sichtbar: Als der Vulkan *El Fuego* kurz nach 13 Uhr Ortszeit ausbrach, waren die BesucherInnen und MitarbeiterInnen des nahegelegenen Golfplatzes und Luxusresorts *La Reunión* längst in

Sicherheit gebracht. Die Hotelanlage hatte die Informationen über den drohenden Vulkanausbruch erhalten und verfügte über Evakuierungspläne.

Die größtenteils indigene Bevölkerung, die an den Abhängen des Vulkans lebte, wurde erst gewarnt, als es bereits zu spät war. Zahlreiche Dörfer verfügen nicht einmal über taugliche Zugangsstraßen, geschweige denn Evakuierungspläne. Die gezielte Besiedlung eines der gefährlichsten Vulkane Lateinamerikas begann mit der Forcierung des Kaffeeanbaus im 19. Jahrhundert, also jener Zeit, in der Indigene zur Arbeit auf den Plantagen gezwungen wurden.

Ausblendungen

Der Fokus auf den zweifellos bestehenden Rassismus von MestizInnen gegenüber der indigenen Bevölkerung führt meist dazu, dass andere rassistische Verhältnisse übersehen werden. Dazu zählen einerseits der von allen anderen Gruppen geteilte Rassismus gegenüber den afroamerikanischen Minderheiten und andererseits die Vorherrschaft der weißen Elite über die nicht-weiße Bevölkerungsmehrheit. Die Selbstverständlichkeit, mit der diese weiße Elite Staatsstrukturen für ihre eigenen Interessen nutzt und Privilegien in Anspruch nimmt, wird im aktuellen Vorgehen seitens der Regierung gegen die Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit CICIG und gegen die Rechtsstaatlichkeit an sich deutlich sichtbar. ■

Eva Kalny arbeitet im Institut der Didaktik der Demokratie an der Universität Hannover. Sie dissertierte am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien und habilitierte am Institut für Soziologie in Hannover. Ein Schwerpunkt ihrer inhaltlichen Interessen sind unterschiedliche Aspekte von Menschenrechten, ihre regionale Spezialisierung Guatemala.

¹ República de Guatemala, 2002: Decreto Número 57-2002: *Reforma al Código Penal*. Guatemala

² Hale, Charles R., 2004: *Rethinking Indigenous Politics in the Era of the „Indio Permitted“*. NACLA Report of the Americas 38 (2):16-21

³ Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo, 2016: *Más allá del conflicto, luchas por el bienestar. Informe Nacional de Desarrollo Humano 2015/2016*. Guatemala

⁴ ICEFI, 2017: *Inversión pública en pueblos indígenas según el presupuesto ejecutado en 2015*. Guatemala

AUS DEM REZEPTBUCH DER RECHTSPOPULISTEN

Im Wahlkampf hatte der rechts-populistische Newcomer und neue Präsident Kolumbiens Iván Duque mit radikalen Tönen und im autoritären Stil für eine Politik der Stärke geworben. Pünktlich zur Bilanz der ersten hundert Tage im Amt sind die Zustimmungswerte des Ziehsohns von Ex-Präsidenten Uribe auf ein historisches Tief von 33 Prozent gesunken.

Foto: Leonardo Muñoz

Von Ralf Leonhard

Der Absturz in der Wählermeinung des im August vereidigten Präsidenten dürfte vor allem zwei Vorhaben geschuldet sein. Zum einen hat er angekündigt, dass auch die bisher von der Umsatzsteuer ausgenommenen Grundnahrungsmittel besteuert werden sollen. Das hätte die Ärmsten und die untere Mittelschicht getroffen. Im Gegenzug sollten Unternehmen steuerlich entlastet werden. Dieses von Finanzminister Alberto Carrasquilla verschriebene Rezept aus der neoliberalen Apotheke soll Investitionen beflügeln und Arbeitsplätze schaffen. Ein überzeugender empirischer Beweis für sein Funktionieren ist bisher kaum gelungen.

„Als Ökonom weiß der Minister, dass in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation ein Schlag gegen den Massenkonsum zur Rezession führen kann“, schreibt Senator Gustavo Petro, der Duque in der Stichwahl um die Präsidentschaft unterlegen war: „Er weiß, dass Millionen Menschen und hunderttausende Kleinunternehmer Schaden nehmen werden“.

Der zweite Sündenfall Duques ist seine Phantasielosigkeit bei der Finanzierung der staatlichen Hochschulen. Sie basiert auf einem Gesetz von 1993 und ist seither nicht angepasst worden, obwohl sich die Anzahl der Studierenden vervielfacht hat. Davon profitieren die privaten Universitäten, die wegen ihrer hohen Gebühren den Eliten vorbehalten sind. Seit Oktober sind die Studierenden im Ausstand. Immer wieder schreitet die Polizei mit überschüssender Härte gegen Demonstrationen ein. Zumindest in der Frage der Umsatzsteuer für Grundnahrungsmittel trat die Regierung vorerst den Rückzug an.

Ausgeblieben ist bisher das von Duque im Wahlkampf wiederholt angekündigte

„Zerfetzen“ des Friedensabkommens mit der FARC-Guerilla. Bei seinen Auslandsreisen habe der Präsident erfahren, wie hoch die internationale Gemeinschaft den Frieden in Kolumbien schätze, meinte der ehemalige Innenminister Juan Fernando Cristo in einer TV-Diskussion. Unverändert festhalten will Duque an seiner Drogenpolitik. Er sieht die Lösung in der Kriminalisierung des bisher straffreien Konsums kleiner Mengen illegaler Drogen und der Wiederaufnahme von chemischen Entlaubungsaktionen gegen Koka-Plantagen.

„Duques Programm ist nicht mehr als eine Kopie hunderter Programme der populistischen Rechten, die heute weltweit Wahlerfolge einbringen“, urteilt Gustavo Petro, „aber mit ärgerlichem Anachronismus und vorprogrammiertem Scheitern“.

Tod aus der Wasserflasche

Wenig zu Duques Glaubwürdigkeit dürfte auch seine Haltung in der Affäre beitragen, die im November sämtliche Medien Kolumbiens beschäftigte. Der *Odebrecht*-Skandal, der schon in Brasilien und Peru prominente Opfer gefordert hat, darunter den peruanischen Staatschef Kuczynski, holt jetzt Kolumbien ein. Der brasilianische Mega-Baukonzern, der in ganz Lateinamerika PolitikerInnen jedweder Couleur mit Millionenbeträgen schmierte, hat seine Schleimspur auch in Kolumbien hinterlassen. Allerdings wurden dort bisher nur die kleinen Fische zur Verantwortung gezogen. Dass das so ist, liegt nicht zuletzt an Generalstaatsanwalt Néstor Humberto Martínez Neira. Seine Anwaltskanzlei arbeitet für verschiedene multinationale Konzerne und beriet den prominentesten Banker des Landes, Luis Carlos Sarmiento Angulo, der mit seiner Firma *Corficolombiana* beim Bau einer Straße, die Bogotá mit der Karibikküste verbindet, mit *Odebrecht* in einem Bieterkonsortium vereinigt war.

Jetzt wird er von seiner Vergangenheit eingeholt. Martínez war Anwalt von *Corficolombiana*, als der Buchprüfer des Pro-



Ausdauernder und origineller studentischer Protest

jekts Jorge Enrique Pizano Callejas im August 2015 an ihn herantrat und über Unregelmäßigkeiten informierte. Martínez wiegelte ab und tat nichts, obwohl ihm Pizano Dokumente überreicht hatte, die über Scheingeschäfte generierte Schwarzgelder von mindestens acht Millionen US-Dollar belegten. Das deckt sich mit den Aussagen von *Odebrecht*-Anwälten, die in den USA die Zahlung von 11,2 Millionen Dollar für den Zuschlag des lukrativen Projekts *Ruta del Sol II* gestanden haben. Das Schmiergeld soll in die Wahlkämpfe von Álvaro Uribe Vélez 2010 und Juan Manuel Santos 2014 sowie dessen Gegenspieler Óscar Iván Zuluaga geflossen sein. Das weiß man, weil Pizano einen Mitschnitt des Gesprächs und eine Kopie der Dokumente bei einem Fernsehsender hinterlegte. Mit der Auflage, dies erst zu veröffentlichen, wenn er tot oder in Sicherheit außer Landes sei. Pizano ist am 8. November plötzlich gestorben. Die Ärzte konstatierten zunächst Herzversagen. Diese Diagnose könnte sich aber nach einer Exhumierung ändern. Denn Alejandro, der 30jährige Sohn des Kronzeugen, der zum Begräbnis nach Bogotá gereist war, starb genauso plötzlich. Vergiftet. Er hatte aus einer mit Zyankali versetzten Mineralwasserflasche auf dem Schreibtisch seines Vaters getrunken.

Generalstaatsanwalt Martínez, dem eine hohe Gefängnisstrafe droht, wenn sich die Vorwürfe erhärten, sieht keinen Anlass für einen Rücktritt und Duque hält ihm die Stange. Allerdings hat der Oberste Gerichtshof Ende November entschieden, dass für die *Odebrecht*-Causen ein Sonderstaatsanwalt eingesetzt werden soll. Duque hat bis 20. Dezember Zeit, dafür einen Dreivorschlag zu machen. ■

DANIEL ORTEGA HÜLLT SICH IN SCHWEIGEN

Begegnung mit einem dem Untergang geweihten Patriarchen

Dass es in Österreich bereits zum zweiten Mal einen Regierungschef gibt, den der Volksmund als „Schweigekanzler“ bezeichnet, ist nicht sonderlich verwunderlich. Dass sich allerdings im politisch wie klimatisch heißen Nicaragua gerade der Staatspräsident Daniel Ortega inmitten des schwersten Konflikts seit der Revolution vor 40 Jahren in Schweigen hüllt, ist doch einigermaßen verwunderlich. Der Schreiber dieser Zeilen ist diesem eigenartigen Phänomen nachgegangen und fündig geworden: In einem in dessen Residenz im Barrio del Carmen geführten Gespräch, das zweieinhalb Stunden gedauert hat, wurden die Licht- und Schattenseiten eines Mannes deutlich, von dem das Schicksal des Landes abhängt.

Von Leo Gabriel

Dabei handelte es sich nicht um ein klassisches journalistisches Interview, sondern um eine Begegnung, die den Zweck verfolgte, Möglichkeiten eines Dialogs mit den RepräsentantInnen jener Bewegung auszuloten, die am 19. April dieses Jahres erstmals auf die Barrikaden gestiegen sind. Die Bilanz ist ernüchternd.

Es war Mitte Oktober, als die Regenzeit gerade zu Ende ging, aber doch noch nicht aufhören wollte, als im Haus einer Bekannten, die mir Unterschlupf gewährte, das Telefon läutete: „Der Comandante will Sie sprechen. Sie müssen in einer halben Stunde beim Eingang gegenüber dem Fernsehkanal 5 sein, wo ein motorisierter Offizier auf Sie warten wird. Sehen Sie zu, dass Sie allein kommen und dass Sie niemand beobachtet!“

Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, die gleichen Worte schon einmal gehört zu haben; nämlich vor fast genau 40 Jahren, als ich über einen Kontaktmann der *Frente Sandinista* versucht hatte herauszufinden, wann die mit Spannung erwartete „Endoffensive“ der FSLN losgehen würde. Der einzige Unterschied bestand darin, dass sich an fast jeder zweiten Straßenecke eine Gruppe von Polizisten befand, die sofort ihr Walkie-Talkie zückten, als sie meinen kleinen Suzuki sahen, der hinter einer Polizeipatrouille durch die Labyrinth-artigen Gassen des Wohnviertels zuckelte.

Selbstschutz oder Verfolgungswahn?

Als wir dann endlich den leer stehenden Garagenhof des Privathauses von Daniel Ortega erreichten – er hatte es abgelehnt, den Präsidentenpalast zu beziehen,



Daniel Ortega und Leo Gabriel

weil dieser angeblich von bösen Geistern beseelt war –, bat mich der Kommandeur seiner Leibgarde, meinen Wagen umzudrehen, „damit Sie rasch wegfahren können, sollte irgendetwas passieren...“ Ich hatte keine Zeit, darüber nachzudenken, was dieses „etwas“ sein könnte, da kam Daniel auch schon einher gelatscht, um mich zu begrüßen.

„Über Nicaragua werden wir ja noch reden; aber jetzt sag mir, wie du die Lage in Europa einschätzt“, begann er das Gespräch. Ich war nicht unvorbereitet und sagte ihm, dass im Unterschied zu früher die Sozialdemokratie ziemlich abgebaut habe und daher Protestmärsche und Volksversammlungen, aber nicht mehr politische Parteien das einzige Mittel seien, um sich gegen die Übergriffe der extremen Rechten, die vor allem in Mittel- und Osteuro-

pa auf Grund der Flüchtlingswelle starken Zulauf hätten, zu verteidigen.

Die Rückkehr der Hexer

Daniel griff dieses Thema sofort auf, drehte es aber um, indem er sagte: „Auch hier in Nicaragua hat es vor ca. zwei Jahren eine Offensive der Drogenbosse gegeben, welche die Polizei- und Armeeposten in Jinotega und Matagalpa – bis hin zur Atlantikküste in der Bucht von Sundibay militärisch attackierten. Wie zu Somozas Zeiten waren auch sie mit dem konservativen Flügel der Liberalen Partei im Bunde.“

„Aber das waren doch nicht Protestierer wie der Bauernführer Mairena, den ihr jetzt eingesperrt habt, und die Studentführer, die jetzt alle ins Ausland gegangen sind“, warf ich ein. „Denn die waren ja unbewaffnet.“

„Nein, die haben alle Waffen gehabt“, kam es wie aus der Pistole geschossen zurück.

„Also ich habe außer den *morteros*, diesen selbstgefertigten Platzpatronen, wie es sie auch bei den Festen gibt, keine Waffen gesehen.“

„Die hast du auch nicht sehen können, denn diese haben sie ja erst in der Nacht ausgepackt. Bis zum 30. Mai, dem Muttertag, waren alle Toten, die es gegeben hat, in der Nacht“, echauffierte sich Daniel und fügte unter vorgehaltener Hand hinzu: „Und auch Mairena ist von der rechtsextremen Fraktion der Liberalen Partei.“

Jetzt ging mir ein Licht auf: Anscheinend glaubte Daniel tatsächlich, dass die Bewegung der StudentInnen, die auf den Barrikaden teilweise sogar die gleichen Slogans wie die *Frente Sandinista* vor 40 Jahren verwendet hatten (zum Beispiel *Patria Libre para Vivir* anstelle von *Patria Libre o Morir!*), eine lineare Fortsetzung der aus der Liberalen Partei Somozas hervorgegangenen *Contras* wäre.

Fehler der Vergangenheit

In diesem Augenblick fasste ich Mut und schaute dem Präsidenten ganz tief in die Augen: „Lieber Daniel, die meisten von uns, die damals den Befreiungskampf der *Frente* unterstützt haben, möchten nicht, dass ihr den gleichen Fehler, den ihr

⇒ von Seite 21: NICARAGUA

AMLOS EHRGEIZIGE PLÄNE

damals im Jahr 1989 begangen habt, wiederholt. Damals habt ihr auch eure Gegner militärisch besiegt, aber den politischen Kampf bei den Wahlen verloren“, sagte ich.

Kaum hatte ich diesen Satz ausgesprochen, vergingen die Sekunden wie Minuten. Ortega wurde abwechselnd rot und bleich im Gesicht und es breitete sich ein betretenes Schweigen im Raum aus.

Ich spürte, dass jetzt der Moment war, um zur Sache zu kommen. Ich unterbreitete dem Präsidenten ein zweiseitiges Papier mit dem Vorschlag, eine *Asamblea Constituyente* (Verfassungsgebende Versammlung, siehe LAA Nr. 3, S. 23) einzu-berufen, zu der etwa 250 Delegierte aus den unterschiedlichen Sektoren der nicaraguanischen Gesellschaft (StudentInnen, Campesinos, öffentliche Bedienstete, ArbeiterInnen, Indígenas, etc.) unter Aufsicht einer internationalen Kommission von Notablen (wie z.B. dem Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel oder der Menschenrechtsanwältin Piedad Córdoba) gewählt werden sollten. Diese Versammlung, bestehend aus VertreterInnen der oppositionellen wie der regierungsfreundlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, könnte dann jene Reformen beschließen, die notwendig sind, um den nach acht Monaten noch immer schwelenden Konflikt einer politischen Lösung zuzuführen.

„Lo voy a pensar“ (Ich werde darüber nachdenken), war die nicht unfreundliche Antwort Daniel Ortegas. Allerdings sind seither fast zwei Monate vergangen, ohne dass es irgendwelche Anzeichen gibt, dass er diesem oder einem anderen Format eines Nationalen Dialogs nähertreten würde.

Anstelle dessen werden fast täglich Menschen verhaftet, denen vorgeworfen wird, sich an den Straßenkämpfen aktiv beteiligt zu haben. Die Familienangehörigen der Opfer, deren Zahl je nach Quelle zwischen 250 und 500 schwankt, fordern Gerechtigkeit. Proteste bleiben nach wie vor polizeilich untersagt, obwohl sie ordnungsgemäß angemeldet waren.

Angesichts des Schweigens des Präsidenten bleibt nur mehr die Hoffnung, dass im Neuen Jahr der Druck von außen die Einsicht wachsen lässt, dass zur Wiederversöhnung (*reconciliación*) der Dialog aller am Konflikt Beteiligten nötig ist. ■

M
E
X
I
K
O

Als am 1. Dezember an die 100.000 Menschen am Hauptplatz von Mexiko-Stadt den schon während des Wahlkampfes gängigen Spruch: „*Es un honor estar con López Obrador*“ (Es ist eine Ehre, mit López Obrador zu sein) skandierten, war das mehr als eine Geste der Höflichkeit.

Es war der Ausdruck einer tief empfundenen Hoffnung, dass mit der Amtsübernahme des 65jährigen Staatspräsidenten der Jahrzehnte lange Albtraum zu Ende geht, den er bereits bei seiner Antrittsrede im Parlament so zusammengefasst hatte: Korruption, Repression und Straflosigkeit. Ob es ihm allerdings gelingen wird, sein in 100 Punkten gegliedertes ehrgeiziges Programm in die Tat umzusetzen, wird vor allem von seiner Fähigkeit abhängen, die Kommunikation zwischen Regierenden und Regierten aufrecht zu erhalten, die sich an diesem Tag wie selten zuvor gezeigt hat.

In seiner Parlamentsrede zog Andrés Manuel López Obrador (AMLO), der die Wahlen am 1. Juli mit 53 Prozent der Stimmen gewonnen hatte, zunächst eine vernichtende Bilanz über die letzten 36 Jahre neoliberaler Wirtschaftspolitik: „Der zu Zeiten von Ortiz Mena im Jahr 1982 noch relativ ausgeglichene, schulden- und inflationsfreie Staatshaushalt sackte in den letzten Regierungsperioden auf einen Schuldenstand von 1,7 Mrd. USD unter Vicente Fox auf 5,2 Mrd. unter Felipe Calderón bis hin zu 10 Mrd. unter Peña Nieto so sehr ab, dass wir jetzt 800 Millionen jährlich brauchen, um den Schuldendienst zu leisten. Gleichzeitig fiel das Wachstum von 6 auf 2 Prozent und wir mussten die Hälfte unserer Nahrungsmittel (auch Mais und Bohnen) importieren.“

Aus diesem Grund forderte AMLO eine scharfe Trennung zwischen Politik und Wirtschaft und kündigte ein Gesetz an, das Korruption als Kapitalverbrechen ahnden würde, bei gleichzeitiger Abschaffung der Immunität für die Träger öffentlicher Ämter. Weitaus weniger scharf ging der neue Präsident allerdings mit den Korruptionsfällen der Vergangenheit ins Gericht, über die er zwar schonungslose Aufklärung verlangte, aber keine Rachege-lüste aufkommen lassen wollte, „denn dies

würde zu einer Spaltung der Gesellschaft führen.“

Gerechtigkeit und Sicherheit

Letzteres trug dem Mandatar im Parlament den Protest von Abgeordneten aus seiner eigenen Partei ein, welche „*justicia – justicia – justicia!*“ schrien, worauf AMLO auf sein Versprechen verwies, den Mord an den 43 Pädagogikstudenten von Ayotzinapa ohne Rücksicht auf Verluste aufzuklären. Das wird insbesondere die mexikanische Armee treffen, der von einer unabhängigen Kommission vorgeworfen wird, an der Ermordung beteiligt gewesen zu sein.

Überhaupt stellt sich das Problem der Sicherheit für eine Bevölkerung, die in den letzten beiden Amtsperioden über 300.000 Tote zu verzeichnen hatte. Der Vorschlag Obradors, die durch und durch korrupte Polizei durch eine Nationalgarde zu ersetzen, die auch von speziell auszubildenden Armee- und Marinesoldaten bestückt werden soll, sorgte bereits im Vorfeld der Amtseinführung für heftige Diskussionen.

Großprojekte und Demokratie

Am besten kam beim Publikum auf dem Hauptplatz von Mexiko-Stadt die Ankündigung verschiedener Großprojekte an, von denen der *tren Maya*, eine Eisenbahnlinie vom Isthmus von Tehuantepec bis Mérida, und eine 25 km breite Freihandelszone entlang der Grenze von Mexiko zu den USA besonders spektakulär sind. Hingegen wurde der Bau eines neuen Flughafens für die mexikanische Hauptstadt in Texcoco, eines der Lieblingsprojekte der neoliberalen Regierungen von Vicente Fox und Peña Nieto, von AMLO nach der Abhaltung einer sogenannten *consulta* (Volksbefragung) gestoppt.

Überhaupt soll das plebiszitäre Mittel der Volksabstimmung, dessen Einführung eine Verfassungsänderung notwendig machen würde, von der neuen Regierung eingesetzt werden. AMLO hat auch angekündigt, seine eigene Amtsführung (wie in Venezuela unter Hugo Chávez) einem so genannten *referendum revocatorio* zu unterziehen, wodurch er vorzeitig abgewählt werden könnte. Er betonte aber mehrmals, nach dem Ablauf seiner sechsjährigen Amtszeit auf keinen Fall wieder zu kandidieren.

Leo Gabriel

EXODUS IM HINTERHOF

Der beschwerliche Marsch von Tausenden zentralamerikanischen Flüchtlingen zur US-Grenze

Von Leo Gabriel

Als Mitte Oktober Hunderte von Honduranerinnen und Honduranern aus San Pedro Sula, der mit durchschnittlich 90 Ermordeten pro 100.000 Einwohnern wohl gewaltträchtigsten Metropole Lateinamerikas, beschlossen, den langen und bis vor kurzem unheimlich gefährlichen Weg via Guatemala und Mexiko zur US-Grenze anzutreten, ahnte noch niemand, dass sie einen auf dem amerikanischen Kontinent einzigartigen Paradigmenwechsel in der MigrantInnenszene herbeiführen würden. Denn im Unterschied zu den Tausenden, die vor ihnen mit wechselndem Erfolg versucht hatten, sich als EinzelgängerInnen ins „gelobte Land“ durchzuschlagen, handelte es sich hier um eine weithin sichtbare Massenflucht – oft von ganzen Familien, die versuchten, öffentlichen Druck gegenüber den hoffnungslos überforderten Migrationsbehörden aufzubauen.

Trotzdem wäre es ungenau, diese Massenflucht als „Karawane“ zu bezeichnen, weil darunter im Allgemeinen eine in sich organisierte Menschenmenge verstanden wird, wie das etwa bei den zentralamerikanischen Müttern der Verschwundenen oder den Kolonnen der Familienangehörigen der Ermordeten unter der Leitung des bekannten mexikanischen Dichters Javier Sicilia vor zwei Jahren der Fall war. „Man kann das nur mehr als einen EXODUS bezeichnen, der Teil einer seit Jahrzehnten in Gang befindlichen Völkerwanderung ist“, meint der weit über Mexiko hinaus bekannte Priester Alejandro Solalinde, der an der Gründung Dutzender sogenannter *Casas de Migrantes* beteiligt war. Es sind Raststätten für jene, die in ihrer Heimat keine Überlebenschancen mehr sehen.

Menschliche Tragödien

Die Tragödie dieser Menschen spiegelt sich in fast jedem einzelnen Schicksal wider, dem wir im Laufe unserer Reise durch den südwestlichen Bundesstaat Oaxaca begegneten. In San Pedro Tapanatepec trafen wir unter den etwa 5.000 Flüchtlingen Frauen mit Kindern, die davon erzählten, wie ihre Schwestern ver-



Fotos: Leo Gabriel

Weder durch Hitze noch durch Regen ließen sich die Flüchtlinge aufhalten.

gewaltigt und ihre Brüder von den *pandillas* (Banden, die oft mit der Polizei unter einer Decke stecken) ermordet worden sind.

„Vor ein paar Jahren, als ich noch in einem Frauenfußballteam spielte, kamen plötzlich ein paar junge Fanatiker auf uns zu, packten ihre Pumpguns aus und begannen wild um sich zu schießen. Das war ein richtiges Massaker, über das die Medien damals berichteten“, sagte die etwa 40jährige Bewohnerin eines Armenviertels der Hauptstadt Tegucigalpa. Die meisten MigrantInnen sind jedoch jünger; viele von ihnen haben ihre Kleinkinder mitgebracht, „damit sie einmal ein menschenwürdiges Leben führen können, das es in Honduras schon lange nicht mehr gibt“.

Für sie alle ist das Wichtigste, in die USA zu gelangen, um ihren daheim gebliebenen Familienangehörigen die sogenannten *remesas* schicken zu können, ohne die die Wirtschaften von Honduras und El Salvador längst zusammengebrochen wären. Politisch argumentierten die wenigsten – außer, dass sie sich von ihren Regierungen im Stich gelassen fühlen, weil sie keine Arbeit bekommen.

Warum ausgerechnet jetzt in die USA?

Padre Solalinde und viele andere Helferinnen und Helfer verschiedener Religionsgemeinschaften und NGOs organisier-

ten mit Unterstützung ihrer Gemeinden relativ spontan die manchmal heiß umkämpften Massenausspeisungen oder behandelten die von den langen Märschen wundenen Füße in provisorisch errichteten Gesundheitsposten.

Einige von ihnen versuchen die Flüchtlinge davon zu überzeugen, dass es für sie besser wäre, einige Zeit in Mexiko zu bleiben, sollten sie nicht von den mexikanischen Migrationsbehörden vorher abgefangen und deportiert werden. Denn sie wissen, dass sie gerade jetzt, da Präsident Trump entlang der Grenze zu Mexiko an die 6.000 Armee- und Marinesoldaten aufmarschieren hat lassen, von den USA nichts Gutes erwarten können. Sie wissen auch, dass die mexikanische Bevölkerung, die sich im Süden des Landes und in der Hauptstadt den Flüchtlingen gegenüber fast immer solidarisch verhielt, weniger gastfreundlich und aggressiver wird, je mehr sich der Tross der US-Grenze nähert.

„Da gibt es ein Geheimnis“, sagt Padre Solalinde in Bezug auf den Exodus: „Diese Menschen folgen einem inneren Gesetz, das sie wie einen Chip im Kopf haben. Und dieses Gesetz sagt ihnen: „Wenn die Reichen schon unsere Heimatorte zerstört haben, dann gehen wir dorthin, wo sie zu Hause sind“. Und dieses Zuhause haben die MigrantInnen in der Werbung, in den Nachrichten, im Fernsehen und in den Fil-

⇒ von Seite 23: EXODUS IM HINTERHOF

men gesehen. Also sagen sie: „Dieses Leben wollen wir auch“ und ziehen los.

So kam es, dass etwa die Hälfte der 15.000 Flüchtlinge, die seit Mitte Oktober den Suchiate-Fluss an der guatemaltekischen Grenze zu Mexiko durchquert hatten, letztendlich doch an die US-Grenze gelangte. Dabei hätte schon in Puebla und Veracruz nach dem Willen der rechtskonservativen Gouverneure der PAN Endstation sein sollen.

Aber auch Donald Trump tobte. Er bezeichnete die MigrantInnen, die oft hungrig wochenlang Fußmärsche auf sich nahmen, als „Invasoren“ und drohte im Vorfeld der *midterm elections* mit der Einstellung sämtlicher Hilfsgelder an Honduras, El Salvador und Guatemala. Gleichzeitig verkündete er lautstark, dass die entlang der Grenze stationierten Soldaten zwar nicht mit scharfer Munition auf die Flüchtenden schießen würden, aber trotzdem jedes „legale Mittel“ einzusetzen hätten, um sie davon abzuhalten, sein ach so gelobtes Land zu betreten.

Endstation Tijuana

Das Säbelrasseln Trumps verfehlte auch in Mexiko seine Wirkung nicht – besonders in der nordwestlichen Grenzstadt Tijuana, wo die MigrantInnen aus Honduras, zu denen sich in der Zwischenzeit auch ein paar tausend Flüchtlinge aus Guatemala und El Salvador gesellt hatten, letztendlich gestrandet waren. Als Reaktion wurde das Personal am Grenzübergang Benito Juárez reduziert und die Grenze fallweise überhaupt gesperrt, was – von der lokalen PRI politisch gewollt – den Unmut der PendlerInnen auslöste. Es kam zu Protesten der „Einheimischen“ (die meisten selbst mexikanische MigrantInnen), die lautstark „*México primero*“ skandierten.

Immer wieder versuchten Hunderte unter der Brücke das zubetonierte Flussbett des Tijuana-rivers zu durchqueren. Dabei nahmen sie den Hagel von Tränengasbomben in Kauf, die die National Guard auf sie und ihre Frauen und Kinder abfeuert. „Es ist schon sehr schwierig geworden, mit der Mauer und den Einwanderungs- und Asylgesetzen. Das Beste ist, wir bleiben in Mexiko oder kehren in unsere Länder zurück“, sagte Luis Cifuentes, ein Migrant aus Guatemala, der sich – spät, aber doch – des Ernstes der Lage bewusst geworden war.

Tatsächlich gab es heuer in Tijuana, das vor 25 Jahren noch als Kleinstadt galt und heute 1,6 Millionen Menschen beherbergt, 2.300 Tötungsdelikte. Die verfeindeten Drogenkartelle *Sinaloa* und *Jalisco Nueva Generación* kämpfen hier um einen der lukrativsten Märkte des Landes, denn die Stadt ist nur 30 km Luftlinie vom kalifornischen San Diego entfernt. Am betonierten Kanal des Tijuanaflusses, den die MigrantInnen in ihrer Verzweiflung zu durchqueren suchen, machen die Verbrechersyndikate ihre Geschäfte, und in den Rotlichtvierteln von Tijuana floriert die Zwangsprostitution.

Angesichts dieser Umstände erhebt sich die von vielen Beobachtern gestellte Frage, wer hinter der in ganz Zentralamerika vertretenen Nichtregierungsorganisation *Migrantes sin Fronteras* steckt, die den Exodus von Anfang an begleitet hat. Sie hat sich in aller Öffentlichkeit gegen jene gestellt, die wie Padre Alejandro Solalinde den Flüchtlingen davon abgeraten haben, zu diesem Zeitpunkt an die US-Grenze zu marschieren. Denn sogar, wenn sie es schaffen, auf die andere Seite zu gelangen, um dort für sich oder ihre Familienangehörigen einen Asylantrag zu stellen, sind ihre Chancen zu bleiben, sehr gering. Laut Aussagen eines US-Rechtsanwalts werden 98 Prozent der Asylanträge abgewiesen.

Hochgesteckte Ziele der neuen mexikanischen Regierung

Dass die zentralamerikanischen MigrantInnen besser in Mexiko bleiben, ist auch die Position des neuen mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (AMLO), der in seiner Antrittsrede am 1. Dezember erstmals Pläne für die MigrantInnen aus Zentralamerika vorgestellt hat.

Einerseits soll entlang der gesamten, über 3.000 km langen Grenze zu den USA eine 25 km breite Freihandelszone entstehen, in der von Firmen der US-amerikanischen Leichtindustrie, von Textilunternehmen aus Südostasien oder von Elektronik-

firmen aus der EU Fabriken errichtet werden sollen. In der Zone sollen Betriebssteuern gesenkt, Arbeitslöhne jedoch angehoben werden. „Es wird die größte Freihandelszone der Welt dort entstehen, damit die mexikanischen StaatsbürgerInnen und die ZentralamerikanerInnen nicht mehr in die USA emigrieren müssen“, verkündete López Obrador.

Andererseits soll mit den USA ein gigantisches Kooperationsprojekt im Rahmen der von Trump inszenierten NAFTA neu ausverhandelt werden, das den Süden Mexikos und den Norden Zentralamerikas zu einer Entwicklungsregion verbindet.



Die mexikanische Bevölkerung übte praktische Solidarität.

Und drittens hat sich auch die neu gewählte Bürgermeisterin der Hauptstadt, Gloria Sheinbaum, im Anschluss an das „Weltsozialforum der Migrationen“, das vom 2. bis 4. November in den Räumen des mexikanischen Außenministeriums am *Tlatelolco*, dem Platz der drei Kulturen, stattgefunden hat, bereit erklärt, México City zu einer *ciudad santuario* (Zufluchtsstadt) zu erheben, die sich im Rahmen eines weltumspannenden Städtebundes ganz besonders für MigrantInnen einsetzen wird.

Der Exodus der ursprünglich von Honduras ausgehenden Migrationsbewegung, der weltweite Aufmerksamkeit nach sich gezogen hat, hat zwar den TeilnehmerInnen selbst wenig gebracht; er bildet jedoch einen historischen Wendepunkt in der Auseinandersetzung um die Migrationsproblematik, der gerade im Kontext der Diskussion um die im Rahmen der UNO initiierten Migrations- und Flüchtlingspakete eine besondere Rolle spielen könnte. ■

„DIE FMLN IST SEHR WENIG KRITIKRESISTENT“

Interview mit
Alina Menjívar

Eine Karawane von ZentralamerikanerInnen bedroht die Sicherheit der USA, wenn man Präsident Donald Trump glauben darf. Warum wollen so viele SalvadorianerInnen emigrieren?

Alina Menjívar: Die meisten kommen aus ländlichen Gegenden, wo es kaum Arbeitsplätze gibt. Außerdem fühlen sich viele unsicher.

Also fliehen sie nicht in erster Linie vor der Gewalt der Banden?

Nicht nur. In Honduras geht die Gewalt auch vom Staat aus. Sie richtet sich gegen die sozialen Bewegungen, die nach dem umstrittenen Wahlsieg von Präsident Juan Orlando Hernández mobilisiert haben.

Die Banden, die bisher ein Phänomen der städtischen Randbezirke waren, treten jetzt in El Salvador auch auf dem Land auf?

Das ist richtig. Vor einigen Jahren gab es sie nur in der Stadt. Dort hat sie die Politik der „harten Hand“, also die Polizeirepression, vertrieben. Es wird jetzt wieder mehr auf Repression gesetzt und weniger auf Resozialisierung.

Woran liegt es, dass sie in manchen Gemeinden aktiv sind und in anderen gar nicht?

Das liegt meist an persönlichen Beziehungen, die sie zu bestimmten Dörfern haben.

Und was treibt die jungen Frauen an, sich in Banden zu engagieren?

Viele werden gezwungen. Viele sind mit Bandenmitgliedern liiert und müssen dann mitmachen. Aber manche erhoffen sich auch wirtschaftliche Vorteile.

Sind die Gewalt und deren Bekämpfung ein großes Thema im Wahlkampf? Im kommenden Februar wird ja der Präsident gewählt.

Keiner der vier Bewerber stellt das in den Vordergrund. Sie sprechen eher allgemein von „Sicherheit und Entwicklung“.

Die drei aussichtsreichsten Kandidaten sind der ehemalige Außenminister Hugo Martínez von der FMLN, der Unternehmer Carlos Callejas für die Rechtsallianz um ARENA und der FMLN-Dissident Nayib Bukele in einer Allianz mit GANA. Wer hat die besten Chancen?

Bukele, der ja von der FMLN ausgeschlossen wurde, führt in allen Umfragen. Er dürfte mit Callejas in eine Stichwahl kommen. Die Unzufriedenheit mit den traditionellen Parteien und der traditionellen Politik ist groß.

Bukele war als Bürgermeister von San Salvador sehr populär. Weswegen wurde er verstoßen?

Offiziell wegen Gewalt gegen Frauen. Er soll bei einer Sitzung des Stadtrats mit einem Apfel nach einer Gemeinderatsabgeordneten geworfen haben. Ob das der wirkliche Grund ist, kann ich nicht sagen.

Die FMLN hat eine lange Geschichte der Vertreibung ihrer aussichtsreichsten Kandidaten.

Ja, sie ist sehr wenig kritikresistent. Das trifft wohl auf die meisten Parteien zu.

Es haben immer noch die Veteranen das Sagen. Gibt es Hoffnungsträger in der neuen Generation, die den bewaffneten Konflikt nicht mitgemacht hat?

Da fällt mit in erster Linie Karina Sosa ein, sie ist 42 und Kandidatin für die Vizepräsidentschaft. Sie könnte bei der innerparteilichen Erneuerung eine Rolle spielen.

Ihre Organisation La Colectiva ist sehr aktiv in der Kampagne gegen das Abtreibungsverbot.

Wir fordern eine Reform des Strafgesetzes. Der Schwangerschaftsabbruch soll

zumindest bei einigen Indikatoren straffrei sein. Etwa wenn das Leben der Mutter gefährdet ist, wenn der Fötus nicht lebensfähig ist, bei Vergewaltigung oder Inzest. Derzeit steht auf Abtreibung eine Freiheitsstrafe von acht Jahren. Aber bei vielen Frauen wurde während des Prozesses auf Mord plädiert, und dann können sie zu 40 Jahren verurteilt werden. Es gibt da mehrere Fälle. Meist gibt es keine oder nur unzureichende Beweise. Da gibt es die 20jährige Imelda, die seit zwei Jahren sitzt. Sie wurde jahrelang von ihrem Stiefvater missbraucht und schließlich geschwängert. Er behauptet, dass er gar nicht zeugungsfähig ist, deswegen glaubte sie nicht, dass sie schwanger sein könnte, und erlitt zu Hause eine Fehlgeburt.

Muss das Gesundheitspersonal eine Frau anzeigen, die mit Unterleibsblutungen ins Spital kommt?

In erster Linie haben sie medizinischen Beistand zu leisten. Aber das Gesetz bestraft auch jene, die eine Abtreibung unterstützen. Deswegen haben viele Angst. Der letzte Fall eines Erfolgs war der von Teodora Vásquez, die mehr als zehn Jahre abgessen hatte. Sie war nach einer Fehlgeburt zu 30 Jahren verurteilt worden. Jetzt wurde die Strafe nachträglich herabgesetzt. Aber Freispruch gab es keinen. Vor zwei Jahren wurde eine 40jährige Haftstrafe gegen María Teresa Rivera nach fast fünf Jahren aufgehoben. Sie hat dann das Land verlassen, weil sie fürchtet, der Fall könnte neuerlich aufgegriffen werden. Das ist Sonia Táborá passiert, die zu 30 Jahren verurteilt wurde. Nach sieben Jahren hat die Berufungsinstanz das Urteil wegen Verfahrensfehlern aufgehoben. Aber dann kam sie nochmals vor Gericht. Ganz selten gibt es Freisprüche.

Interview: Ralf Leonhard

Alina Menjívar, 34 ist Projektkoordinatorin der salvadorianischen feministischen Organisation La Colectiva, die Frauen bei agroökologischen Projekten ausbildet und berät. Sie ist auch gegen das 1998 beschlossene absolute Abtreibungsverbot aktiv. Menjívar war im November auf Einladung der Katholischen Frauenbewegung (kfb), die diese Projekte unterstützt, in Wien.

GERECHTIGKEIT FÜR BERTA?

HONDURAS

Mit Schuldsprüchen gegen sieben der acht Angeklagten endete am 29. November die mündliche Hauptverhandlung zum Mord an der honduranischen Menschenrechtsverteidigerin Berta Cáceres. Vier von ihnen wurden zusätzlich wegen versuchten Mordes an Bertas Begleiter Gustavo Castro verurteilt. Das Strafmaß wird am 10. Januar 2019 verkündet. In Honduras beträgt es für Mord üblicherweise 30 Jahre Gefängnis.

Von Andrea Lammers

Bertha Zúniga Cáceres, Bertas Tochter und heutige Koordinatorin der COPINH, betonte in einem kurzen Statement: „Das Urteil richtet sich gegen die Gruppe von Auftragsmördern und Mittelsmännern, die direkt mit dem Unternehmen DESA verbunden sind. Es bedeutet aber nicht, dass bereits Gerechtigkeit eingeleitet ist. Die Strukturen und die Personen, die diese Kriminellen bezahlt haben, um Berta Cáceres zu ermorden, befinden sich in Freiheit, und sie können weiter straflos Verbrechen begehen.“

Der Prozess hatte am 19. Oktober, gut zweieinhalb Jahre nach der Tat, unter denkbar problematischen Vorzeichen begonnen: Der Rat der indigenen und Volksorganisationen COPINH war als Nebenkläger gar nicht erst zugelassen worden, dann schloss das zuständige Gericht in Tegucigalpa auch die Anwälte von Bertas Familie und des überlebenden Augenzeugen Gustavo Castro von dem Verfahren aus.

Vorangegangen war ein wochenlanges juristisches Tauziehen: Die Nebenkläger hatten mehrfach Rechtsmittel gegen die amtierenden Richter wegen Amtsmissbrauch, Verweigerung und Verzögerung eines rechtsstaatlichen Verfahrens und Pflichtverletzung eingelegt. Eine Klage beim Verfassungsgericht lief am 19. Oktober noch, deshalb teilte man schriftlich mit, die Hauptverhandlung dürfe nicht beginnen. Das Gericht sah das anders und verfügte flugs den Ausschluss aller Anwälte der Nebenklage. Die Staatsanwaltschaft übernehme nun allein die Vertretung der Opfer. Diese erklärten, sie fühlten sich durch eine Instanz in keiner Weise vertreten, die beharrlich auf eine Engführung des

Prozesses hinarbeite, den politischen Kontext der Verfolgung von Berta außer Acht lasse, den Betroffenen zweieinhalb Jahre lang ihre legitimen Rechte verweigert habe und über 30 Eingaben der Nebenklage auf Akteneinsicht nur unzureichend nachgekommen sei.

Auch Vertreter der internationalen juristischen Prozessbeobachtungsmission aus 17 Organisationen äußerten sich entsetzt: „Es ist gravierend, dass die Familie von Berta Cáceres und COPINH in diesem ersten Prozess keine rechtliche Vertretung haben. Es handelt sich um eine willkürliche Entscheidung des Gerichts als Reaktion darauf, dass die Familie Cáceres darauf beharrte, der Prozess müsse auch die intellektuellen Urheber erreichen“, sagte der kolumbianische Anwalt Reinaldo Villalba.

Auf der Anklagebank saßen acht mutmaßliche Täter. Zwei von ihnen sind eng mit dem Wasserkraftunternehmen *Desarrollos Energéticos* (DESA) verbunden, dessen Projekt *Agua Zarca* Berta, COPINH und die betroffenen *Lenca*-Gemeinden verhindern wollten: Sergio Rodríguez war bei der DESA als Manager zuständig für Soziales und Umwelt. Douglas Bustillo war bis Mitte 2015 Sicherheitschef der DESA und ein wichtiges Bindeglied zu den ebenfalls angeklagten Militärs: Mariano Díaz, zum Tatzeitpunkt Ausbilder der honduranischen Militärpolizei im Majorsrang, und Henry Hernández, ein ehemaliger Scharfschütze und Untergebener von Díaz. Die weiteren Angeklagten, Elvin Rápalo und Oscar Torres sowie die Zwillingbrüder Edilson und Emerson Duarte gelten als professionelle Auftragsmörder.

Unter Emersons Matratze wurde die Tatwaffe gefunden, es liegen aber offensichtlich keine Beweise vor, dass er selbst an den Verbrechen vom 2. auf den 3. März 2016 beteiligt war. Für die bei ihm gefundene Pistole lief die Beweissicherung nicht ordnungsgemäß ab. Eine weitere, bei einer Durchsuchung von Major Díaz' Privathaus beschlagnahmte Pistole gleichen Kalibers wurde bisher gar nicht untersucht.

Bei der Beweisaufnahme im August 2018 hatte sich ohnehin herausgestellt,



Berta Cáceres zeigt auf den Río Gualcarque

dass umfangreiche Beweismittel (USB, Tablets, Handys etc.) zweieinhalb Jahre lang in der Asservatenkammer herumlagen und einfach nicht ausgewertet wurden. Was davon nun doch noch begutachtet wurde und in den Prozess einfluss, war selbst für regelmäßige Beobachter kaum zu überblicken. Das lag nicht zuletzt an der mangelnden Öffentlichkeit der Verhandlung: Radio- oder Video-Übertragungen wurden nicht zugelassen, indigene *Lenca* aus bäuerlichen Gemeinden mehrfach nicht in den Gerichtssaal gelassen, Bertas Töchter Bertha und Laura Zúniga regelrecht ausgesperrt. Als am 13. November Chatprotokolle von Bustillos und Major Díaz verlesen wurden, waren die Besucherreihen fast leer. Familienangehörige, internationale Beobachter, Diplomaten und Presse fühlten sich dupiert: Das Gericht hatte die Verhandlung offiziell für den 14. angesetzt und die Änderung nur kurz vor Verhandlungsbeginn mitgeteilt.

Bertas Angehörige und COPINH sind sich sicher: Der Mord war die Ultima Ratio in einem von DESA langfristig eingefädelt Komplot, das die lästige Organisation COPINH und die Gegner von Wasserkraft- und ähnlichen Projekten in Honduras ein für alle Mal zum Schweigen bringen sollte. Anteilseigner der DESA hätten, so die These, ab 2010 eine kriminelle Vereinigung gebildet, die illegale Genehmigungen für das Kraftwerk *Agua Zarca* bekam, Polizei und Militär vor Ort für eigene Zwecke einsetzte (und bezahlte) sowie Justizangestellte korrumpierte, um Haftbefehle gegen Berta und weitere Leitungspersonen von COPINH zu erwirken. Auch ein lokaler Auftragsmörder sei mit Schmiergeldern vor Strafverfolgung geschützt worden. Das Kapital der DESA

sei in erster Linie politischer Natur gewesen. Die Anteilseigner und Aufsichtsräte des Unternehmens gehören nämlich der mächtigen Unternehmerfamilie Atala an, die sich bisher der Protektion durch höchste politische Amtsträger und staatliche Strukturen sicher sein kann.

Diese Sichtweise wird durch den im November 2017 veröffentlichten Bericht der internationalen Expertenkommission GAIFE gestützt. Die GAIFE hatte Zugang zu den Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft und konnte aus unzähligen Telefon- und Chatprotokollen große Teile des Kontextes und des Mordkomplotts rekonstruieren. Die im Expertenbericht anonymisierten Daten bekamen nun durch den Prozess zumindest teilweise Namen, und trotz der Versuche, möglichst viel unter der Decke des Schweigens zu halten, deuten etliche Indizien auf eine Urheberchaft der DESA-Eigentümer und Komplizen in Militär und Politik hin.

DESA selbst bestreitet weiterhin jegliche Verstrickung in das Verbrechen und hat *Amsterdam & Partners LLP*, eine mächtige Anwaltskanzlei mit Sitz in London und Washington, engagiert, um mit Gegengutachten und einem „Weißbuch“ gezielte Desinformation zu betreiben und posthum eine Schmutzkampagne gegen Berta anzuzetteln.

Sie sei in enger Verbindung mit DESA- Geschäftsführer David Castillo gestanden und habe von ihm privat Geld erhalten. Castillo, ein früherer Geheimdienstoffizier, wurde erst am 2. März 2018 verhaftet. Er soll im Mai 2019 als bisher einziger mutmaßlicher Auftraggeber des Mordes vor Gericht gestellt werden.

Vier Wochen nach seinem irregulären Beginn beeilte sich das Gericht, das Verfahren rasch zu Ende zu bringen, war doch die weitere Verlängerung der teils schon über zweieinhalb Jahre dauernden U-Haft von fünf der acht Angeklagten kaum mehr durchsetzbar. Das Urteil wird jedenfalls anfechtbar sein und der Prozess hat die Wahrheit über die Hintergründe des Mordes an Berta nicht ans Licht gebracht.

Die Bauarbeiten für *Agua Zarca* wurden zwar eingestellt, die DESA hält aber weiter die Konzession für den Flussabschnitt des Rio Gualcarque. In COPINH organisierte KraftwerksgegnerInnen wurden in den letzten Wochen erneut massiv bedroht und auch wieder kriminalisiert. ■

Die Autorin ist Mitarbeiterin des Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit e.V. in München; sie hat diesen redaktionell aktualisierten Beitrag vor Urteilsverkündung verfasst.

LEBENSGEFÄHRLICHER FISCHEREIKRIEG

Vor einem Jahr sank das einzige betriebsfähige U-Boot Argentiniens, die ARA San Juan, mit 44-köpfiger Besatzung an Bord. Einen Tag nach dem traurigen Jubiläum wurde das Fahrzeug endlich in 900 Metern Tiefe geortet. Während solche Ereignisse international Schlagzeilen produzieren, wurde dem Umfeld der Tragödie weit weniger Aufmerksamkeit gewidmet.

Von Jürgen Kreuzroither

Mit Umfeld meine ich nicht so sehr den, ob staatlichen Sparzwangs, desolaten Zustand der argentinischen Marine und den nach dem Unfall aufgetauchten und inzwischen gerichtsanhängigen Verdacht, bei der letzten Überholung des 34 Jahre alten Tauchbootes durch eine deutsche Firma seien Schmiergelder geflossen und darob gepfuscht worden, sondern die Umstände von dessen letztem Einsatz. Die San Juan war nämlich trotz ihres aktenkundig schlechten technischen Zustands auf Patrouillenfahrt geschickt worden, um illegale Umtriebe an der 200-Meilen-Wirtschaftszonengrenze auf hoher See zu beobachten.

57 kg). Im Ergebnis beherbergt das Land mit seiner Meereswirtschaftszone einen der letzten noch nicht leergefegten Fischfanggründe. Das weckt internationale Begehrlichkeiten.

In der Vergangenheit nutzten die Politiker die „Pampa azul“ vor ihren Küsten für trübe Deals. Sie verschachtelten seit den 1980ern Lizenzen in den Hoheitsgewässern an das Ausland. Damit ist seit 2010 zwar Schluss, aber die Folge ist ein vermehrtes illegales Eindringen von ausländischen Fangflotten.

Vor allem in den Monaten des südlichen Sommers zwischen Jänner und April versammelt sich eine internationale



Die ARA San Juan: Opfer einer radikalen Sparpolitik?

Gefährdeter Reichtum vor der Küste

Argentinien verfügt mit 230.000 km² über eines der größten Schelfgebiete weltweit. Diese Flachwassermeeresgebiete sind biologisch besonders aktiv und daher im Fokus der Fischereiindustrie. Hinzu kommt, dass sich die fleischvernarrten ArgentinierInnen eher wenig aus Meeresfrüchten machen: 7,2 kg werden im Jahr pro Kopf verspeist (Rindfleisch: mehr als

Fischereiarmada vor der 200-Meilen-See-grenze. Bevorzugt nachts dringen diese Fabrikschiffe organisiert und mit ausgeschalteten Positionsmeldern in argentinische Hoheitsgewässer ein. Fachleute schätzen, dass die Piraten jährlich Fische und Kalmare im Wert von mindestens einer Milliarde US-Dollar rauben.

Das wäre die Hälfte (sic!) des gesamten argentinischen Exportwerts an Fischen und Schalentieren. Überraschendes Detail:

weiter Seite 28 ➔

⇒ von Seite 27: ARGENTINIEN/ FISCHEREIKRIEG

Dieser (offizielle) marine Export übertrifft wertmäßig die emblematischen Rindfleisch-Ausfuhren schon das dritte Jahr in Folge.

Auf verlorenem Posten

Wohl wurde seit 2016 die Gangart von argentinischer Seite verschärft – ein auf der Flucht befindlicher, nicht beidrehender chinesischer Schwarzfischer wurde damals versenkt (die Besatzung anschließend gerettet) –, doch die Küstenwache und die ausgezehrte Marine haben den Eindringlingen insgesamt wenig entgegenzusetzen: Für 5.000 Kilometer Seegrenze stehen sechs hochseetaugliche Patrouillenboote und vier Flugzeuge zur Verfügung.

Ein weiteres Erschwernis stellt der anhaltende Konflikt zwischen Argentinien und Großbritannien um die Malvinas/Falkland-Inseln dar. Gemeinsame Überwachungsaktivitäten sind nach wie vor nicht möglich. Dazu kommt noch, dass Nachbar Uruguay mit dem Freihafen Montevideo die Anlandung der Fänge zu sehr niedrigen Kosten anbietet.

Dennoch gelang Anfang 2018 mit der Stellung eines spanischen Schiffes ein seltener Erfolg. Schiff und Besatzung blieben bis zur Bezahlung einer Millionstrafe festgesetzt. Der Fall war typisch: Der Spanier hatte beim Verfolgen eines Kalmarschwarms die internationale Seegrenze um wenige hundert Meter überschritten. Ziemlich genau an dieser ökonomischen Trennlinie endet nämlich auch das Schelfgebiet mit einer durchschnittlichen Tiefe von 200 Metern und fällt in die Tiefsee ab. Entlang dieser topografischen Grenze sorgt der Malvinasstrom für steten Nachschub an krillreichem Polarwasser. Die kleinen Krebstiere dienen unter anderem den Kalmaren als Nahrungsgrundlage. Tintenfische sind wiederum ein beliebter, aber rarer werdender Bestandteil auf dem menschlichen Speisezettel – sie finden sich auch in den Gefrierschränken hiesiger Supermärkte. Das heißt, ein Fang verheißt eine ordentliche Gewinnspanne, da geht man schon einmal sprichwörtlich über die Grenze des Erlaubten.

Schizophrene Staatengemeinschaft und tödliches Sparen

Allerdings stellt die subventionierte EU-Fischerei mittlerweile nur mehr 15 Prozent der an der Seegrenze massiert auf-

tretenden Fangflotte. Den Großteil stellen China, Taiwan und Südkorea. Argentinien drängt auf eine internationale Reaktion. Beim Treffen der Welthandelsorganisation im Dezember 2017 in Buenos Aires wurde bereits an einem Subventionsverbot für Fangflotten gebastelt, die sich illegaler Praktiken bedienen, doch ein Abkommen wurde im letzten Moment auf 2019 verschoben.

Abgesehen von den Grenzübertretungen wird der Wettlauf der Fischereindustrie in den internationalen Gewässern ökologische Folgen zeitigen. Untersuchungen, welche Fangquoten die Bestände nicht gefährden, existieren in diesem Teil der Welt nicht. Argentinien hat den Niedergang seiner Fischbestände schon in den 1990ern erlebt, als es noch internationale Fanglizenzen in großem Stil für seine Hoheitsgewässer vergab. Die Situation hat sich nach der Regulierung teilweise wieder gebessert, aber der Raubbau auf Hochsee gefährdet diese Erholung, denn Nahrungsketten kennen keine Seegrenzen.

Es ist ein schizophrenes Bild, das die Staatenwelt abgibt: An der Suche nach dem verschollenen U-Boot San Juan waren 18 Staaten mit 30 Schiffen und 4.000 Spezialisten beteiligt*). Dagegen wurde aus einer Gerichtsverhandlung nach dem Untergang der San Juan bekannt, dass das U-Boot schon zuvor nur knapp einer Katastrophe entgangen war: Bei der Verfolgung einer ausländischen Fangflotte konnte es nur durch schnelles Tauchen einer beabsichtigten Kollision entgehen.

Letztendlich dürfte der Besatzung der ARA San Juan jedoch der marode argentinische Staat zum Verhängnis geworden sein: Aus einem anhängigen Gerichtsverfahren wurde bekannt, dass bereits drei Monate vor dem Schiffbruch ein undichtes Ventil im Belüftungssystem der vorderen Akkumulatorkammer mehrfach Probleme verursacht hatte und – trotz Warnungen des Kapitäns – nicht ausgetauscht wurde, da dies nur im Trockendock möglich gewesen wäre. Die Regierung Macri hatte aufgrund von Sparmaßnahmen die halbjährlichen Wartungsarbeiten in der staatlichen Werft eingestellt und die Werft selbst weitgehend stillgelegt. ■

*) Gefunden wurde es, wie gesagt, erst ein Jahr danach und nach zweieinhalb Monaten Suche von einer privaten Gesellschaft, die auf eigenes Risiko operierte. Sie kassiert jetzt eine Erfolgsprämie von 7,5 Millionen US-Dollar.

WIDERSTAND

Brasilien blutet. Sozialer und gesellschaftlicher Rückschritt sind die aktuellen Perspektiven, aber Frauen organisieren sich an vorderster Front.

Von Silvia Jura

#EleNão, „Er nicht“, hieß es am 29. September in ganz Brasilien – und in über 90 Städten weltweit. Millionen von Frauen gingen auf die Straße, um ihrer Empörung über den misogynen, homophoben und gewaltbereiten Präsidentschaftskandidaten Jair Bolsonaro Ausdruck zu verleihen. Es waren die größten, spontan und horizontal organisierten Demonstrationen, die Brasilien seit dem Ende der Diktatur erlebt hatte.

Die Bewegung *EleNão!* hatte sich wie ein Lauffeuer über Facebook ausgebreitet, innerhalb weniger Wochen waren über vier Millionen Frauen der Gruppe gegen den Kandidaten beigetreten und mobilisierten zum Widerstand.

Bolsonaro hat trotzdem gewonnen. Die Gegner der Frauen sagen, gerade wegen der Bewegung. Das ist zu bezweifeln, auch wenn die Evangelikalen mit ihrem christlich-konservativen, patriarchalen Weltbild den Wertediskurs dominierten und dabei die Angst vor Homosexualität und Feminismus als Wahlargument einsetzten.

Die Bewegung *#EleNão*, die sich jetzt größtenteils in *Mulheres na Resistência* (Frauen im Widerstand) umbenannt hat, ist als Aufbruch zu werten. Selbstverständlich waren es vor allem Frauen des linken politischen Spektrums, die an vorderster Front standen – unter ihnen viele gebildete Angehörige der Mittelklasse und Frauen aus den sozialen Bewegungen.

#EleNão spiegelt das neue Selbstbewusstsein der Frauen in einem von Machismus und Misogynie geprägten Land. Brasilien zählt mit seinen dreizehn Femi-ziden pro Tag und den alle zehn Minuten stattfindenden Vergewaltigungen zu den frauenfeindlichsten Ländern weltweit. Schon Präsidentin Dilma Rousseff wurde mit einer widerlichen, sexistischen Kampagne angegriffen, Tankaufkleber mit ihrem Gesicht und gespreizten Beinen waren da nur einer von vielen Tiefschlägen. Der parlamentarische Putsch 2016 war von entsprechenden Hassreden der Abgeordneten geprägt, und nicht zuletzt

IST WEIBLICH

profilierte sich Jair Bolsonaro durch einen Vergewaltigungssager gegenüber einer Mitparlamentarierin, der mediale Wellen schlug

Marielle presente

Immerhin konnte durch die aktuelle Wahl der beschämend niedrige Frauenanteil im Kongress von 10% auf 15% erhöht werden. Vor allem die sozialen Bewegungen haben mit horizontalen Kampagnen neue Sitze erobert. Vielen Feministinnen aus der Linkspartei PSOL gelang der Einzug in den nationalen Kongress und in die regionalen Kammern: So ist Sâmia Bonfim aus São Paulo mit 27 Jahren die jüngste Kongressabgeordnete, die afro-deszendente Geschichtspräsidentin Talíria Petrone aus Rio de Janeiro steht für Feminismus und Sozialismus. Straffreie Abtreibung, das Recht auf Bildung und eine menschliche Drogenpolitik stehen im Vordergrund. Erica Malunguinho wurde als erste schwarze Transgender-Abgeordnete in São Paulo gewählt.

Sie sind die vielen „Marielles“, sie führen den Kampf der im März dieses Jahres durch die Staatsgewalt ermordeten Marielle Franco weiter. Wie Marielle selbst sagte: „Ihr könnt mich nicht aufhalten – ich bin, weil wir sind! – und mehr schwarze Frauen wie ich werden in die Politik gehen“.

„Wir sind nicht allein, wir sind viele. Rebellier' gegen den Machismus!“, sagt auch Manuela d'Ávila, Vizepräsidentenskandidatin und kommunistische Parteichefin. Gezwungenermaßen das patriarchale Bild des Vaters der Nation hinter sich lassend, präsentierte sich die vereinte Linke (PT und PCdoB) im Duo Fernando Haddad (PT) und Manuela d'Ávila (PCdoB). Manuela, Abgeordnete aus Rio Grande do Sul, ist mit ihren 37 Jahren (und 20 Jahren Aktivismus) eine eloquente, ideologisch starke Kämpferin für soziale Gerechtigkeit – und Feminismus. Auf den Wahlveranstaltungen trat sie mit ihrem Kind im Arm auf und unterstrich, dass „wir Frauen für das Recht auf unseren Körper und unseren Geist kämpfen müssen“.

„Der Kampf um Mutter Erde ist die Mutter aller Kämpfe“, sagt die Vertreterin der indigenen Völker, Sonia Guajajara, Co-Präsidentenskandidatin von Guil-



Frauendemo gegen Bolsonaro

lerme Boulos für die linkssozialistische PSOL. Sie kämpfte beispielhaft für soziale Gerechtigkeit und den Schutz des Amazonas und seiner BewohnerInnen. Die Umweltfrage erhielt somit große Sichtbarkeit, was ihr den uneingeschränkten Hass der Ruralisten und ihrer Anhänger eingebracht hat.

Kämpf' wie ein Mädchen!

Der autonome Kampf der OberstufenschülerInnen in São Paulo 2015 brachte einen Bildungssekretär zum Sturz und den Staat zur Aufgabe seiner rückwärtsgewandten Bildungsreform. Es waren die Mädchen, die an vorderster Front den Widerstand organisierten. Feminismus, hori-

zontale Strukturen, Gleichberechtigung: Mit diesen Anliegen wurde der Bildungskampf geführt – und gewonnen. Die Mädchen knüpften mit ihrer Einstellung an den Widerstand gegen die chilenische Diktatur an: „Demokratie im Land, zu Hause und im Bett“.

Brasilien stehen schwere Jahre bevor. Nur wenn er eine radikale Veränderung der Gesellschaftsstruktur bewirkt, die die Reflektion der patriarchal-kolonialen Sklavenhaltergesellschaft beinhaltet, wird der Widerstand erfolgreich sein. Die Initiative liegt in Frauenhand.■

Silvia Jura ist Kultur- und Sozialanthropologin. Sie lebt als freie Journalistin, Moderatorin und Coach zwischen Brasilien und Österreich. www.silvias.net

AUFKLÄRUNG IM MORDFALL MARIELLE ANGEKÜNDIGT

Sieben Monate nach dem Mord an der Stadträtin Marielle Franco und ihrem Fahrer Anderson Gomes gab General Richard Nunes, Minister für Öffentliche Sicherheit des Bundesstaats Rio de Janeiro, bekannt, dass die Zivilpolizei einige der Täter identifizieren konnte. Minister Nunes erklärte dies am 22. November in einem Interview gegenüber dem Sender *Globo News*. Marielle und Anderson wurden am 14. März dieses Jahres im Zentrum von Rio erschossen.

General Nunes bestätigte den Verdacht, dass paramilitärische Gruppen in den Mord an der Stadträtin verwickelt sind: „Es handelt sich nicht um ein Hassverbrechen. Dieses Verbrechen steht im Zusammenhang mit politischen Interessenkonflikten. Paramilitärs waren mit Sicherheit nicht die Drahtzieher, sondern

der ausführende Part“, so der General. Auf die Frage, ob auch PolitikerInnen in die Straftat verwickelt sein könnten, antwortete der General mit „wahrscheinlich“.

Er gab an, die Aufklärung des Falls am 31. Dezember zu verkünden. Bis dahin sollen weitere stichhaltige Beweise gesammelt werden. Am selben Tag endet die Militärintervention Rio, die vom aktuellen Präsidenten Michel Temer per Dekret erlassen wurde: Die brasilianische Armee ist seit Februar dieses Jahres in Rio im Einsatz, um vermeintlich für Sicherheit zu sorgen und die lokalen Polizeibehörden zu unterstützen. Marielle Franco wurde einige Tage vor ihrer Ermordung zur Sprecherin eines Komitees ernannt, das den Einsatz des Militärs im Bundesstaat Rio de Janeiro beobachtet.

Jaqueline Deister, *amerika21*

PHÖNIX AUS DER ASCHE?

Kein Land außerhalb Brasiliens scheint vom kombinierten Lava Jato-Odebrecht-Schmiergeldskandal dermaßen betroffen zu sein wie Peru. Ja, es lässt sich sogar behaupten, dass der aufgeflogene lateinamerikaweite Korruptionssumpf Perus politische Klasse noch mehr aufmischt, als dies im Ursprungsland der Fall ist, denn alle vier gewählten Präsidenten seit dem Ende des Fujimori-Regimes 2001 scheinen darin verwickelt zu sein. Und auch die wichtigste Oppositionsführerin sitzt wegen diesbezüglicher Vorwürfe aktuell in U-Haft. Warum das Land – im Gegensatz zu seinem großen östlichen Nachbarn – dennoch nicht in einem autoritären Albtraum zu versinken droht, gehört zu den wenigen, Hoffnung gebenden Aspekten dieser Causa.

Von Jürgen Kreuzroither

Zur Einordnung: Der „Autowäsche“-Skandal (*Lava Jato*) ist das bis dato größte Korruptionsnetzwerk in der Geschichte Lateinamerikas. Im Kern geht es um per Geldwäsche verdeckte Zahlungen an Parteien und Politiker seitens brasilianischer Konzerne, die sich damit Projekte und Gesetzgebung zu ihren Gunsten erkaufen haben. Benannt ist er nach dem Übergabeort für die Schmiergeldzahlungen, einer Autowaschanlage in Brasiliens Hauptstadt. Erste Hinweise gab es schon 2008. Ganze sechs Jahre später gewann die Aufdeckung an Fahrt. Zunächst wurden verdächtige Geschäftsleute verfolgt. Über sie kam man mittels Kronzeugenregelungen an die politischen Größen heran. Heute ist klar, dass *Lava Jato* mindestens elf lateinamerikanische Länder tangiert und dem brasilianischen Baukonzern *Odebrecht* darin eine herausragende Bedeutung zukommt.

Präsidentieller Korruptionsreigen

In Peru wurde *Lava Jato* während des Präsidentschaftswahlkampfes 2016 zum geflügelten Wort. In einem Bericht der brasilianischen Bundespolizei wurden Schmiergeldzahlungen an den scheidenden Präsidenten Ollanta Humala (2011-2016) durch Odebrecht in den Raum gestellt. Sich verdichtende Hinweise führten im Juli 2017 zur Verhängung der U-Haft über Humala und seine schillernde Frau Nadine Heredia für 18 Monate (!). Zwar wurde das Ausmaß mehrfach als überschießend kritisiert und schließlich vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben, doch laufen die Ermittlungen weiter.

Praktisch zeitgleich geriet Alejandro Toledo, der erste gewählte Präsident

(2001-2006) nach der Fujimori-Autokratie, ins Visier der Justiz. Ihm wird die Annahme von Bestechungsgeldern von gleich zwei brasilianischen Baukonzernen (*Odebrecht*, *Camargo Corrêa*) in besonders hohem Ausmaß (USD 20 Millionen) zur Last gelegt. Die Beträge wurden im Zusammenhang mit dem Bau der *Interoceánica* (2006-2010), einer Ost-West-Verbindungsstraße, geleistet. Nach der Zuteilung der Bauleise an die Schmiergeldzahler pochten diese auffällig oft auf Nachverhandlungen von Preisen mit den peruanischen Behörden. Das Ergebnis war stets eine Erhöhung der Auftragssumme.

Schon im Februar 2017 wurde über Toledo die Untersuchungshaft verkündet. Da dieser sich in den USA aufhielt, versucht der peruanische Staat – bisher vergeblich – dessen Auslieferung per internationalem Haftbefehl zu erreichen. Besonders schmerzt in diesem Zusammenhang, dass sich Toledo noch in der Fujimori-Zeit als Oppositionskandidat gegen die zunehmende Korrumpierung der politischen Sphäre wandte und mit diesem Wahlkampfeschlager auch letztlich die Präsidentschaft gewann. Zahlreiche Weggefährten haben sich in der Zwischenzeit tief enttäuscht von ihm abgewandt.

Der Reigen setzte sich mit Pedro Pablo Kuczynski (gemeinhin mit „PPK“ bezeichnet), fort. Kuczynski wurde im Juni 2016 in einer dramatischen Stichwahl zum Präsidenten gewählt. Die knapp unterlegene Mitbewerberin Keiko Fujimori, Tochter des Ex-Autokraten Alberto, machte ihm seither mit der absoluten Parlamentsmehrheit ihrer Partei *Fuerza Popular* (FP) das Regieren schwer. Im Dezember 2017 nahm die FP Gerüchte um eine Verwicklung PPKs in den Odebrecht-Skandal zum

Anlass für ein parlamentarisches Absetzungsverfahren. Konkret wurden Kuczynskis Zeit als Wirtschaftsminister in der Regierung Toledo und seine Rolle beim Vertragsabschluss zum Bau der *Interoceánica* hinterfragt. PPK überstand die Abstimmung dank eines höchst umstrittenen Kuhhandels. Eine Gruppe von FP-Parlamentariern stimmte überraschend gegen die eigene Fraktion. Wenige Tage darauf wurde der Preis offenkundig: Alberto Fujimori verließ aus humanitären Gründen das Gefängnis. Der darauf folgende öffentliche Proteststurm ließ PPKs Präsidentschaft noch mehr wackeln, und als sich im März 2018 Hinweise über unsaubere Geschäftsbeziehungen mit Odebrecht verdichteten, trat Kuczynski zurück.

Erneuerungskräfte formieren sich

Die Stimmung schwankte zu diesem Zeitpunkt zwischen „*que se vayan todos*“ und tiefer Resignation: Drei von vier Präsidenten der Nach-Fujimori-Ära wurden zu diesem Zeitpunkt als Beschuldigte im Odebrecht-Bestechungsnetzwerk geführt. Gegen Alan García Pérez (AGP) und Oppositionsführerin Keiko Fujimori lag zwar offiziell nichts vor, doch hartnäckige Gerüchte besagten, dies sei nur ihrem politischen Zweckbündnis und ihrer außerordentlich guten Vernetzung geschuldet.

Tatsächlich formierte sich im Hintergrund eine Kräftekonstellation, die vermutlich wesentlichen Anteil daran hat, dass Peru im Gegensatz zum großen Nachbarn Brasilien in einer gefühlten Situation der Ausweglosigkeit nicht der autoritären Versuchung erliegt. Die sich aufbauende Front bildete sich aus einem unbeirrten Häuflein an Investigativjournalisten, einigen Vertretern des Justizapparates und einem Ersatzpräsidenten, der die Flucht nach vorn antreten sollte.

Einschlägig bekannt ist Peru für seine *prensa amarilla*, eine Anzahl von Boulevardtiteln, die unter Fujimori in den 1990er Jahren regelrecht angefütert wurden, herrschaftsdienliche Ablenkung boten, sich bei Bedarf auch zur konzertierten Verleumdung von Oppositionellen einsetzen ließen. Im Schatten dieser Krawallpresse blieben eine Handvoll Medien ihrem journalistischen Ethos verbunden (z.B. Tageszeitung *La Republica*, Medien des *Instituto de De-*

fensa Legal, IDL), und neue kamen dank Internetrevolution hinzu (*Convoca.pe*). Ihre Recherchen legten wiederholt neue Spuren, trugen aber noch grundsätzlicher dazu bei, dass sich die Justiz allmählich aus der politischen Umklammerung lösen konnte.

Schon im September 2017 wurde José Domingo Pérez als Staatsanwalt mit der Untersuchung vermuteter Verwicklungen von Keiko Fujimori in das Odebrecht-Netzwerk betraut. Die Ermittlungen gewannen an Dynamik, und schon bald konnte Pérez einen Notizbucheintrag des Ex-Vorstandsvorsitzenden und nunmehrigen Kronzeugen Marcelo Odebrecht mit Keiko in Verbindung bringen. Eine erste Aussage des ehemaligen Chefs von Odebrecht Peru, Jorge Barata, im Februar 2018 gab dem Verdacht zusätzliche Nahrung, dass *Fuerza Popular* verdeckte Gelder für den Wahlkampf 2011 erhalten hatte. Es würde durchaus in die schon aus anderen Ländern bekannte Strategie von *Odebrecht* passen: Schmierer der aktuellen Amtsträger sowie vorsorgliches Anfütern der wichtigsten Oppositionsfiguren.

Schließlich trat nach dem Abtritt von PPK mit Martín Vizcarra ein Mann an die Spitze der Republik, der weithin als angezählter Kandidat galt. Zwar wurde ihm als Gouverneur einer südlichen Provinz gute Arbeit bescheinigt, doch als Transportminister (und Vizepräsident) war er wegen eines umstrittenen Flughafenprojekts dermaßen unter Druck der Fujimoristas geraten, dass ihn Kuczynski aus der Schusslinie genommen und als Botschafter nach Kanada geschickt hatte. Dass dahinter weniger ein handfester Skandal, sondern ein politisches Manöver der Opposition stand, war nichts Neues: PPK hat wiederholt Minister geopfert, um seine schwache Regierung zu retten.

Das Blatt wendet sich

Vizcarra stand unverändert vor dem Problem, mit einem Kongress in oppositioneller Hand regieren zu müssen. Er tat dies bis zum Sommer 2018 ähnlich handzahm wie sein Vorgänger, doch die Lunte brannte spätestens seit den Enthüllungen des Ex-Chefs von *Odebrecht Peru* im Februar. Zur Explosion kam es im Juli: Der NGO *Instituto de Defensa Legal* wurden Tonbänder zugespielt, die ein Korruptionsnetzwerk in der Justiz offenlegten, das bis in höchste Kreise reichte. Schnell wurde auch klar, dass sich das inoffizielle Oppositionsbündnis aus Keikos *Fuerza*



Keikos Ambitionen, ihrem Vater als Präsidentin nachzufolgen, sind wohl Geschichte.

Popular und Alan Garcías APRA dieses Netzwerks bediente. Nicht nur die Odebrecht-Causa rückte deren Parteispitzen langsam näher, auch zahlreiche Verfahren gegen Abgeordnete galt es niederzuschlagen. Der profane Hintergrund: Gerade die Fujimori-Fraktion gilt als Ansammlung von Opportunisten und Glücksrittern, deren Aufnahme in das Immunitätsgewährende Abgeordnetendasein in erster Linie vom Beitrag zur Parteikasse bestimmt wurde.

Angesichts dessen war die Zustimmung zur oppositionellen Obstruktionspolitik im Sinkflug begriffen. Vizcarra nutzte den Umschwung, verkündete Ende Juli weitreichende, Justiz und Politik betreffende Reformpläne und forderte die Opposition heraus, indem er seine Absicht bekundete, diese Reformen einer Volksabstimmung zu unterziehen.

Jetzt war Feuer am Dach der Opposition, denn Vizcarra verband die Genehmigung der Volksabstimmung durch den Kongress mit der Vertrauensfrage. Hätte die Oppositionsmehrheit dem Kabinett das Misstrauen ausgesprochen, wären Neuwahlen die Folge gewesen, die aber vor allem die Fujimoristas angesichts der Umfragewerte fürchten mussten. So wurde die Volksabstimmung mit teilweise abgeänderten Fragen letztlich für den 9. Dezember 2018 angesetzt.

Schwarzer Oktober

Auch von juristischer Seite kamen die Einschläge immer näher. Das Oppositionsbündnis stemmte sich mit immer radikaleren Mitteln dagegen: Ein frisch ins Amt gehievt Generalstaatsanwalt, dessen

Abhängigkeit vom Fujimori-Machtapparat schnell offenkundig wurde, drohte dem geschäftigen Korruptionsstaatsanwalt Pérez mit Entlassung und ließ die Flughafen-geschichte gegen Präsident Vizcarra wieder aufkochen. Die parlamentarische *Lava Jato*-Untersuchungskommission lieferte einen tendenziösen Abschlussbericht unter Auslassung der Verstrickungen von Keiko Fujimori und Alan García. Sogar ein Versuch, die Medien ans finanzielle Gängelband zu nehmen und so von der nun großteils unvoreilhaftigen Berichterstattung über die Opposition abzubringen, wurde gestartet.

Es half nichts: Pérez ließ sich nicht einschüchtern. Anfang Oktober waren seine Untersuchungen so weit fortgeschritten, dass er erfolgreich Untersuchungshaft gegen Keiko beantragen konnte. Ihr waren die berühmten „Cocktailpartys“ im Wahlkampf 2011 zum Verhängnis geworden. Mit diesen Spendenevents erklärte *Fuerza Popular* die Herkunft wesentlicher Teile ihrer Wahlkampfmittel. Es stellte sich jedoch heraus, dass etliche Spender nur vorgeschoben waren und tatsächlich Gelder von *Odebrecht* so eingewaschen werden sollten.

Zwar folgte ihre Enthaftung nur Tage später, aber Ende Oktober wurde sie erneut in U-Haft genommen – diesmal für die maximale Periode von 36 Monaten. Ebenfalls schon Anfang Oktober hob der Oberste Gerichtshof die humanitär begründete Begnadigung von Alberto Fujimori auf. Damit muss er nach neun Monaten wieder zurück in die Haftzelle, um die 25jährige Freiheitsstrafe wegen zwei genehmigten

Interview mit
Pablo Solón

In Katowice, Polen, fand im Dezember die Klimakonferenz COP24 statt. Dort sollten die Klimaziele von Paris konkretisiert werden. Das Gespräch mit dem bolivianischen Ökonomen führte **Ralf Leonhard** im November in Wien.

Sind denn die Vereinbarungen von Paris ausreichend, um die Wende zu schaffen und den Klimawandel auf ein erträgliches Maß zu begrenzen?

P.S.: Keinesfalls. Das Pariser Abkommen ist unzureichend. Das Ziel von zwei Grad und womöglich 1,5 Grad Erwärmung ist durch keine Selbstverpflichtungen gedeckt. Ich würde von einer schizophrenen Situation sprechen. Die Lage wird immer schlimmer. Trumps Politik führt dazu, dass die Emissionen weiter ansteigen. Bolsonaro wird den Amazonas attackieren. Wir könnten das Amazonasgebiet in diesen kommenden fünf Jahren verlieren. Bisher sind schon 17 Prozent abgeholzt. Man muss nicht den letzten Baum fällen, dass das Ökosystem dort kollabiert. Wenn nur drei bis fünf Prozent mehr entwaldet werden, beginnt der Urwald zu degenerieren. Das haben viele Wissenschaftler vorhergesagt. Ein Bolsonaro kann also zu unmittelbar spürbaren Konsequenzen führen.

Woran krankt es?

Es geht um die strukturellen Probleme. Das Pariser Abkommen bekämpft nur die Symptome, nicht die Ursachen. Die meisten Emissionen entstehen durch das Verbrennen fossiler Brennstoffe. Es gibt keine Debatte über die Wirtschaft, die auf diesen Brennstoffen fußt. Die produktivistische Wirtschaft wird nicht in Frage gestellt. Im Süden von Mexiko wurden Windparks errichtet. Sie entsprechen aber derselben produktivistischen Logik. Es geht nicht bloß darum, fossile Energie durch erneuerbare Energie zu ersetzen, sondern die systemi-

„WIR BRAUCHEN NOCH SCHRECKLICHERE KATASTROPHEN!“

schen Probleme hinter der Krise anzugehen. Ich habe zwei Jahre lang für Bolivien den Klimawandel verhandelt. Fast alle anderen, die an den Verhandlungen beteiligt waren, sind sich bewusst, dass wir nur Symptome bekämpfen. Das ist nicht logisch, aber so sind die Verhandlungen. Das wird sich erst ändern, wenn der Klimawandel richtig große Katastrophen auslöst.

Es muss also wehtun?

Leider ist es so, dass erst die wirklich Mächtigen in den Zentren der Macht betroffen sein müssen. Erst dann ist eine Wende vorstellbar. Die Wissenschaftler fürchten, dass mehr Katastrophen notwendig sind. Die Bevölkerung kehrt nach einer Katastrophe schnell wieder zur Tagesordnung zurück. In Bolivien gab es 2016 eine große Dürre. In meiner Stadt gab es in 100 Bezirken kein Wasser. Alle drei Tage gab es acht Stunden Wasser. Das führte dazu, dass die Menschen den Zusammenhang des Problems mit der Entwaldung verstanden. Im Hochland war das nie wahrgenommen worden. Aber kaum war die Krise vorbei, kehrte alles wieder zur Normalität zurück. Was wir erleben werden, sind gleichzeitige Krisen, die einander in noch nie gekanntem Ausmaß verstärken. Deswegen müssen wir schnell handeln.

Wie es aussieht, geschieht aber nichts oder viel zu wenig.

Der Weltklimarat IPCC sagt, wenn es zehn oder 15 Jahre so weitergeht, dann erreichen wir diese 1,5 Grad und die Auswirkungen werden verheerend sein. Schon ein Grad ist ziemlich übel, zwei Grad sind schrecklich. Aber wenn sich der gegenwärtige Trend fortsetzt, müssen wir mit drei oder vier Grad Erwärmung rechnen.

Donald Trump und Jair Bolsonaro sind Ignoranten, die sagen, was sie anrichten wollen. Doch die meisten reden schön, aber tun nichts. Und wer will einer Milliarde Chinesen, die gern ein Auto hätten, diesen Wunsch ausreden?

Das ist die Frage. Es gibt eine neue Mittelklasse in den Schwellenländern, die

leben will wie die Mittelklasse im Norden. Sie haben ein Recht auf Entwicklung. Aber das erzeugt einen unheimlichen Druck auf den Planeten. Wir brauchen machbare Lösungen, aber andere Konsummuster. Es gibt keine schlechtere Investition als den Kauf eines Autos. Mehr als 90 Prozent der Zeit steht es nur herum. Trotzdem träumen die meisten davon, eines oder gar zwei oder drei zu besitzen. Und die Automobilindustrie nährt diesen Traum fleißig. Was wir brauchen, ist ein Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel. Und wenn weniger Autos unterwegs sind, dann kommt man auch schneller ans Ziel.

Das predigen die Grünen seit vielen Jahren.

Und sie sind in Österreich aus dem Parlament geflogen ...

Du hast gerade ein Buch herausgegeben, das jetzt auf Deutsch erschienen ist. Werden da auch konkrete Lösungsvorschläge präsentiert?

Die Buchautoren gehen davon aus, dass wir vor einer systemischen Krise stehen, die nicht nur wirtschaftliche, ökologische oder soziale Ursachen hat, sondern dass alle zusammenwirken. Deswegen müssen wir systemische Alternativen finden. Wir können vereinzelt kleine Siege auf lokaler Ebene oder in einzelnen Sektoren feiern, aber was wir brauchen, sind holistische Lösungen. Immer wieder verteilen die bestehenden Systeme die Krisenlösungen. Das Buch regt an, nicht nur den Kapitalismus in Frage zu stellen, sondern auch die produktivistische Wirtschaftsform an sich. Es geht um patriarchale Strukturen, Anthropozentrismus, zunehmende autoritäre Machtstrukturen. Wenn wir fossile Energie durch Solarenergie ersetzen, ist das gut, aber nicht systemisch. Es verändert nichts an den Besitz- und Machtverhältnissen. Wer kontrolliert die Energiewirtschaft? Ein systemischer Wandel macht EnergiekonsumentInnen zu Energieproduzenten, das stärkt die lokalen Gemeinschaften und ermächtigt die Frauen. Da geht es auch um Demokratie. ■

SOSUA – 1938 SICHERER HAFEN FÜR JUDEN?

Es ist schon 80 Jahre her, dass im luxuriösen Hotel Royal des Badeortes Evian-les-Bains diplomatische Vertreter von 32 Staaten nach Lösungen für die von den Nazis gepeinigten Juden suchten. Geredet wurde viel, gehandelt gar nicht – wie die damals blutjunge Beobachterin Golda Meir, später Premier von Israel, deprimiert feststellen musste. Denn „keiner will sie“, jubelten die Nazi-Blätter.

Von Gerhard Drekonja-Kornat

Lateinamerikaner, voran Bolivien und Costa Rica, zeigten zumindest Sympathie. Aber nur ein Latino-Land, die Dominikanische Republik, schlug mit der Faust auf den Tisch und erklärte sich bereit, 100.000 europäische Juden hereinzulassen. Daraus wurde das „Projekt Sosua“ mit seinen bizarren, auf einem umgestülpten Rassismus basierenden Begleiterscheinungen.

La República Dominicana auf der Karibikinsel Hispaniola: Unabhängigkeit erst seit 1865. Historisch tief traumatisiert, weil das schwarze, Créole sprechende und dem Voodoo verhaftete Haiti – 1804 Ort der ersten antikolonialen Befreiung – vier Dekaden lang das Territorium der spanischsprachigen, katholischen und „weißen“ Republik besetzt hielt. Surreale Rassentheorien wucherten daher hier besonders intensiv: Wie sich gegen die haitianische *négritude* wehren? Wie die Überlegenheit der eigenen mestizischen Hautfarbe dokumentieren? Wie das eigene Blut „*blanquear*“, aufweißen?

Turbulente Jahrzehnte führten hierorts zur Tyrannei des Caudillo Rafael Leonidas Trujillo, dessen bluttriefende Herrschaft von 1930 bis zu seiner – von der CIA gebilligten – Ermordung 1961 dauerte. Trujillo, so die Anekdote, ließ sich schminken, um seine olivenfarbene Haut aufzuhellen. Seine „Politik des Verbrechens“ (so der Titel einer frühen Trujillo-Biografie von Hans Magnus Enzensberger) krönte er, indem er im Oktober 1937, in Hysterie vor haitianischer Überfremdung, die zumeist als Zuckerrohrschneider schuftenden Gastarbeiter aus dem Nachbarland von Polizei, Militär und gemeinen Bürgern abschlachten ließ. Je nach Schätzung kamen damals an die 34.000 HaitianerInnen ums Leben.

Bei der US-Roosevelt-Regierung, gerade am Beginn der „Politik der guten Nachbarschaft“, machte das böse Blut. Daher kommt jetzt die Evian-Konferenz ins Spiel: Um sich als Menschenfreund zu

rehabilitieren, bot ein Trujillo-Bruder als Delegationsleiter in Evian offene Türen für 100.000 europäische Juden an – natürlich in der toxischen Annahme, alle jüdischen Männer – Bauern hoffentlich – würden Mestizo-Frauen ehelichen und damit die eigene Rasse verbessern.

Was ist aus diesem Angebot geworden? Zunächst einmal machte Caudillo Trujillo ein hervorragendes Geschäft, indem er das damals unbewohnte, völlig wertlose Land im Norden der Insel an jüdische Hilfsorganisationen aus New York gegen bare Dollar verschacherte. Diese konnten somit die DORSA (*Dominican Republic Settlement Association*) auf die Beine stellen und jüdische Siedler einladen. Immerhin, eine Werbekampagne lief zögerlich in französischen Internierungslagern an. Allein, bei Kriegsbeginn musste das Werben aufhören. So trafen maximal 850 junge Juden und Jüdinnen, vornehmlich deutschsprachig und aus Mitteleuropa stammend, im DORSA-Projekt, genannt „Sosua“, ein.

Erfolg trotz Fehlschlag

Nun beginnt ein ganz anderer Erzählstrang: Gemeldet haben sich keine „Bauern“, sondern zumeist deutschsprachige Männer und Frauen, die traditionell kleinstädtische Tätigkeiten ausgeübt hatten, also für das Roden und Kultivieren eines unwirtlichen Geländes unter tropischer Hitze völlig ungeeignet waren und deshalb von DORSA bis Kriegsende durchgefüttert werden mussten.

Andererseits, während in Europa die jüdische Welt unterging, pulste in Sosua das pralle Leben einer jüdischen Agrarsiedlung, die Erfolge und Misserfolge, Chaos und Gewinn, Tugend und Eifersucht verzeichnete. Sosuas junge Männer wetteiferten um die raren jüdischen Frauen, während Ehen mit lokalen Frauen selten blieben.

Einen wirtschaftlichen Durchbruch gab es erst nach dem Krieg, dank israelischer Berater, welche zum Wechsel vom Gemüseanbau zur Viehzucht rieten. Die als Kooperative organisierten Sosuaner reüssierten schließlich mit den verarbeiteten Produkten Milch, Joghurt, Käse, Fleisch und Würsten, alles Artikel, die bald in Supermärkten der Hauptstadt Santo Domingo als Spitzenprodukte auf-lagen.

Von Sosua hörte ich im Rahmen meiner eigenen lateinamerikanischen Wanderungen um 1970. Neugierig geworden, besuchte ich Sosua 1974 – und fand eine kleine blühende Siedlung direkt an einer idyllischen Karibik-Bucht, gruppiert um ein Restaurant, dessen Wiener Küche koschere Akzente trug. Freundlich aufgenommen, hörte ich mir hier die schier unglaublichen Erzählungen der Sosuaner an, aus Verzweiflung geboren und dann doch erlöst.

In der Folge kehrte ich zweimal zurück, um Dokumentarisches aufzunehmen und dann auch der Eröffnung der neuen Synagoge beizuwohnen.

Unterkunft fand ich in einer der bescheidenen Kabanen des aus Wien gebürtigen Felix Koch. Einmal, unterwegs zum jüdischen Friedhof, erzählte er mir mehr als nur seine Geschichte: „1938 war ich Soldat in der Meidlinger Kaserne. Dass ich ein Jud’ war, habe ich gar nicht gewusst. Das hat mir erst der Hitler beigebracht.“

Tourismus frisst Geschichte

Heute bleibt nur der Name Sosua. Söhne und Töchter wanderten ab, in die USA oder nach Israel. Ab den späten 1990ern begann über die gesamte Nordküste ein Tourismus-Tsunami einzuschlagen, zuerst teuer, dann immer billiger. Gerade der idyllische Rundstrand von Sosua wurde bald eingedeckt mit Souvenir-Kitsch, Imbissbuden, plärrenden Combos, strohgedeckten Nachtclubs oder Pornodiskos. Für österreichische Billig-Touristen mutierte die Region zur geschichtslosen „Domrep“. Im Internet firmiert Sosua heute auch als Destination für Sextouristen. Auch so lässt sich Erinnerung löschen. ■

Gerhard Drekonja-Kornat, Jahrgang 1939, ist Emeritus der Universität Wien.

LATEINAMERIKA UND DER MAI 68

Obwohl der Mai 1968 in Frankreich als herausragendes politisches Ereignis der sechziger Jahre in Erinnerung geblieben ist, hat es in diesem Jahrzehnt auch in Lateinamerika eine Vielzahl von Bewegungen und Prozessen von enormer Bedeutung für die Linke gegeben. Die Kubanische Revolution, die Dependenztheorie, die Befreiungstheologie, der von Salvador Allende verfolgte friedliche Übergang zum Sozialismus waren ebenfalls Bewegungen und Ideen von globaler Tragweite, die politische und Jugendorganisationen in aller Welt beeinflusst haben.

Von Aldo Marchesi

Der Begriff *global sixties* hat es im 21. Jahrhundert einer Vielzahl an Ansätzen ermöglicht, die zeitliche und geographische Verortung der globalen Mobilisierungen der 1960er-Dekade auszuweiten. Diversen Fachleuten zufolge war, was 1968 in einigen Ländern geschah, Teil eines darüber hinausreichenden Zyklus. Andere wiederum betonen, dass sich diese Mobilisierungen nicht geographisch auf die Länder des Nordens eingrenzen lassen. Dennoch wird in Europa und Amerika bei der Diskussion über diesen Abschnitt der Geschichte vom Mai 68 als Ausgangspunkt gesprochen.

Doch paradoxerweise bemühen sich lateinamerikanische AktivistInnen, wenn sie diese Zeit in Erinnerung rufen, vielfach darum, sich davon rasch abzugrenzen. Sie sehen den französischen Mai als ein Ereignis unter vielen, das aber sicher nicht der wichtigste Bezugspunkt für die Bewegungen des Jahres 1968 in Ländern wie Mexiko, Uruguay und Brasilien war, und auch nicht jener von Argentinien, Kolumbien, Chile und Peru in den folgenden Jahren. Es ist unklar, warum der Mai 68 in der globalen geschichtlichen Erinnerung einen Prozess repräsentiert, der darüber hinausgeht und dessen Zentrum er nicht einmal war. Sicher hat Frankreich in den revolutionären Prozessen des 18. und 19. Jahrhunderts in Europa eine wichtige Rolle gespielt. Doch die Bedeutung dessen, was in den 60er Jahren in Frankreich geschah, lässt sich mit dem Geschehen in früheren Jahrhunderten nicht vergleichen.

Vielfältige Aufbrüche

In diesem Jahrzehnt erlebte Lateinamerika eine enorme soziale, politische und kulturelle Mobilisierung, von der mehrere bis in unsere Gegenwart reichende historische Prozesse ausgingen. In diesen Bewegungen waren die StudentInnen ein

bedeutender sozialer Akteur. Die Modernisierungsprozesse betrafen u.a. die höhere und universitäre Bildung und gaben der studentischen Mobilisierung Auftrieb – nicht zum ersten Mal in der Geschichte Lateinamerikas. Die Mobilisierung erfolgte im Dialog mit den LandarbeiterInnen, mit denen die StudentInnen durch soziale Entwicklungsprojekte ihrer Universitäten oder auch katholischer Bewegungen bereits in Kontakt waren.

Bei ihren Demonstrationen trafen die Studierenden auch auf städtische ArbeiterInnen, die gegen den Verlust sozialer Rechte protestierten, welche sie im Kontext populistischer und sozialreformerischer Regierungen in den 50er Jahren errungen hatten. Im Dialog zwischen diesen Sektoren und in einem Spannungsverhältnis mit Reformisten, Populisten und der traditionellen Linken bildeten sich im Bereich Kultur und Politik Ideen heraus, wie sie die neue globale Linke charakterisierten.

Die Begegnung zwischen StudentInnen, Teilen der Mittelklasse und ArbeiterInnen in den Mobilisierungen der späten 60er Jahre verlieh diesen Bewegungen eine hohe Originalität, die sich nicht auf die Einflüsse der Entwicklungen in Europa oder den USA reduzieren lässt. Einigen der damaligen Prozesse wird die heutige Erinnerung an diese Periode nicht gerecht.

Die Jahre 1966 und 1967 stehen für drei Ereignisse, die an die Kubanische Revolution anknüpften und weltweiten Einfluss hatten: Die Trikontinentale Konferenz mit ihrer Verbindung des Konzepts Dritte Welt mit jenem der revolutionären nationalen Befreiung und des Sozialismus; die Konferenz der Lateinamerikanischen Solidaritätsorganisation (OLAS) und ihre Erklärung der Unvermeidlichkeit des bewaffneten Kampfes in ganz Lateinamerika sowie Ernesto Che Guevaras Kampagne in Bolivien.

In der Botschaft, die Che Guevara vor seinem Tod an die Trikontinentale sandte, kommt diese Vision zum Ausdruck. Dieses politische Testament umreißt eine Geopolitik globaler Konflikte, in der die Spannung zwischen Westen und Osten dem Nord-Süd-Konflikt untergeordnet ist. In diesem globalen Konflikt (mit dem zentralen Ziel der Niederlage des US-Imperialismus) sollten die Revolutionäre des Nordens für den Süden Partei ergreifen. Das Zusammentreffen dieses Dokuments mit Che Guevaras Tod trug dazu bei, ein in vielen Teilen der Welt einflussreiches Konzept linker Militanz zu entwickeln, das mit den Begriffen Krieg, Opfer und Volutarismus verbunden war. Es ist nicht verwunderlich, dass 1968 Che Guevaras Bild eines der weltweit in den Straßen am stärksten präsenten war. Die Gründe für diese enorme Verehrung zu verstehen, würde dabei helfen, Lateinamerika in der politischen Ideenwelt der 60er Jahre besser einzuordnen.

Aufbruch in Theologie und Sozialwissenschaften

In Medellín trafen 1968 Lateinamerikas Bischöfe zusammen. Auch wenn kirchliche Ereignisse nichts mit der Grundhaltung der sechziger Jahre zu tun zu haben scheinen, war, was dort geschah, sehr wohl mit dem damals in Lateinamerika herrschenden Zeitgeist verbunden. Im Kontext der Erneuerung in der katholischen Kirche als Folge des Zweiten Vatikanischen Konzils stellte die Konferenz von Medellín einen Wendepunkt im katholischen Denken der Region dar. Sie entschied sich zugunsten der „Option für die Armen“, woraus der Theologe Gustavo Gutiérrez 1972 die Befreiungstheologie entwickelte. Diese religiöse Strömung schloss sich dem sozialen und politischen Radikalisierungsprozess der KatholikInnen an.

Diesem Prozess war schon das Bekenntnis einiger Priester zum Sozialismus und zum bewaffneten Kampf vorausgegangen. Camilo Torres, Priester und Begründer der kolumbianischen Soziologie, wandte sich vom Konzept Entwicklung ab und dem revolutionären Programm des ELN (Heer der Nationalen Befreiung) zu. Er starb 1966 im Kampf und wurde zu einer Symbolfigur katholischer Aktivi-

stInnen der Region. Das blieb nicht ohne Einfluss auf das theologische Denken. Es nahm Gesichtspunkte der Sozialwissenschaften in sich auf und definierte die Aufgabe der Kirche in Bezug auf ihren Einsatz für die Armen und den Willen zur sozialen Transformation neu. Diese Theologie – für manche die erste in der Geschichte des Katho-



Foto: Max Rossi

Gustavo Gutiérrez, Vater der Befreiungstheologie (2015)

lizismus, die außerhalb Europas formuliert wurde – war maßgeblich für die Entwicklung einer ökumenischen Bewegung der Dritten Welt. Sie trug zur Erneuerung theologischer Konzepte in so unterschiedlichen Gegenden wie Indien, Südkorea und Afrika bei und hatte auch starken Einfluss auf europäische Bewegungen.

Ende der sechziger Jahre war Santiago de Chile ein Zentrum für die Erneuerung der lateinamerikanischen Sozialwissenschaften. Die Prozesse der Universitätsreform, die Gründung regionaler Forschungszentren wie der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (*Cepal*) und der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (*Flacso*) sowie die Ankunft von AkademikerInnen aus Ländern wie Brasilien und Argentinien, die vor ihren Diktaturen flüchteten, schufen ein für die Entwicklung neuer Ideen günstiges Klima. Die bemerkenswerteste davon war die sogenannte Dependenztheorie.

Sie war eine neue wirtschaftliche und soziale Denkschule, die auf Modernisierung und Entwicklung setzende Konzepte in Frage stellte und postulierte, dass Entwicklung und Wachstum der industrialisierten Länder untrennbar mit der Unterentwicklung der Peripherie verknüpft sind. In diesem Sinn war es nötig, mit diesen Abhängigkeiten zu brechen, um die Bedingungen für die Entwicklung im Süden zu schaffen. Diese Ansätze ebneten den Weg für neue Formen des Nachdenkens über Entwicklung und Befreiung in anderen Teilen der Welt. Sie brachten auch wichtige Beiträge über die Geschichte des Kapitalismus aus globaler Perspektive hervor.

Logik des Kalten Kriegs aufbrechen

Zusätzlich zur Kubanischen Revolution gab es auch andere politische Prozesse mit kontinentaler und globaler Relevanz. Ende der sechziger Jahre gewann das Konzept der Stadtguerilla als neue Form kollektiver Aktion in den stärker urbanisierten und über eine relativ starke Mittelschicht verfügenden Gesellschaften des lateinamerikanischen *Cono Sur* an Bedeutung. Das von der Kubanischen Revolution propagierte *Focus*-Konzept wurde dadurch in Frage gestellt. In Montevideo entwickelten die *Tupamaros* eine städtische Strategie, Theoretiker wie Regis Debray gaben „Schützenhilfe“. In der Folge übernahmen neue Guerillabewegungen in Südamerika diese Aktionsformen, die auch auf bewaffnete Gruppierungen in Europa und den USA ausstrahlten.



Tupamaro-Zentrale in Montevideo

Doch die politische Radikalisierung führte nicht nur zu bewaffneten politischen Projekten. Das wegen seines Veränderungspotenzials und seiner konzeptionel-

len Vielfalt vielleicht radikalste Projekt gab es in Chile. Es handelt sich um Salvador Allendes Vorschlag eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus. Die *Unidad Popular* (UP) war das Produkt eines Zusammentreffens der alten sozialistischen und kommunistischen Linken mit neuen AkteurInnen, die aus der Radikalisierung der ChristInnen hervorgegangen waren, und anderen Gruppen, die zwar dem bewaffneten Kampf nahe standen, sich aber auch dem politischen Prozess anschlossen.

Dieser Entwurf durchbrach die Mythen des Kalten Krieges und verkörperte das Beste beider Welten: Sozialismus und liberale Demokratie. Henry Kissinger, dem damaligen Außenminister der USA, war das von Anfang an klar, und deshalb ging er mit solcher Härte gegen Allendes Projekt vor. Er befürchtete, das chilenische Beispiel könnte nicht nur in Lateinamerika an Einfluss gewinnen, sondern auch in Westeuropa, vor allem in Ländern wie Italien und Frankreich, wo die Entwicklung in Chile als nachahmenswertes Vorbild studiert wurde.

Die Kubanische Revolution, Che Guevara, die Befreiungstheologie, die Dependenztheorie, die Stadtguerilla und der friedliche Übergang zum Sozialismus sind nur einige der relevantesten Elemente der sechziger Jahre in Lateinamerika. Es handelt sich zugleich um Ideen und Projekte, die politische und soziale Prozesse in anderen Weltgegenden beeinflusst haben. Zu verstehen, wie sie dort aufgenommen und neu interpretiert worden sind, wäre hilfreich beim Versuch, die Komplexität und die zahlreichen geographischen Zentren jener Revolte zu rekonstruieren.

Einer ihrer wichtigsten Aspekte war der Umsturz der Ordnung des Kalten Krieges. Das hatte großen Einfluss auf die Position, die Akteure und Akteurinnen der Dritten Welt in den globalen intellektuellen politischen und künstlerischen Debatten einnahmen. Sich an diese Revolte zu erinnern heißt auch, jenen, die sie ermöglicht haben, die gebührende Anerkennung zu geben. Lateinamerika hat dabei eine herausragen-

de Rolle gespielt. ■

Dieser Text wurde im Juni 2018 auf <http://nuso.org> erstveröffentlicht. Übersetzung aus dem Spanischen: Hermann Klosius.

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen; deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika, Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin
Tel: +49-30/789 913 61, Internet: <http://www.npla.de>
E-mail: poonal@npla.de; als Email-Abo kann POONAL bei obiger Adresse gegen Spende bestellt werden.

MEXIKO

Gesetz zur „Inneren Sicherheit“ aufgehoben

Eine zehnköpfige Expertengruppe der Vereinten Nationen hat die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Mexiko begrüßt, das umstrittene Gesetz zur Inneren Sicherheit für verfassungswidrig zu erklären. „Die zunehmenden Aufgaben der Militärs gegen die organisierte Kriminalität und der Mangel an Kontrollmechanismen sowie Rechenschaftspflicht haben zahlreiche Menschenrechtsverletzungen zur Folge gehabt“, so die UN-Gruppe.

Bereits nach Präsentation des Gesetzesentwurfs und später beim Erlass des Gesetzes hatten UN-Vertreter im Dezember 2017 Kritik geäußert. Es bestehe die Gefahr, dass Menschenrechte verletzt würden. Die Menschenrechtsexperten der UN hatten in den vergangenen Jahren mehrfach die Einschränkung von Militäreinsätzen angemahnt und immer wieder gefordert, die Aufgaben von Polizei und Militär klar zu definieren und zu trennen.

Die Nationale Menschenrechtskommission, das Nationale Institut für Transparenz sowie politische Akteure haben gegen das von Ex-Präsident Enrique Peña Nieto erlassene Gesetz Einspruch eingelegt. Am 15. November annullierten neun der zehn Richter des Obersten Gerichtshofs das Gesetz. Das Richterergremium begründete seine Entscheidung damit, dass das Gesetz den Einsatz des Militärs für die öffentliche Sicherheit als Standardmaßnahme legitimieren würde. Dies sei verfassungswidrig.

Über die andauernde Militärpräsenz im Land äußerte sich auch das Mitglied im UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen, Rainer Huhle, bei einer Pressekonferenz in Mexiko-Stadt. Huhle sieht auch den Vorschlag des neuen Präsidenten, Andrés Manuel López Obrador, einer mi-

litarisierten Nationalgarde Polizeiaufgaben zu übertragen, als eine Gefahr an. Durch das von Peña Nieto durchgesetzte Sicherheitsgesetz sollten der Exekutive weitgehende sicherheitsrechtliche Befugnisse eingeräumt werden. Umstritten war vor allem die

Möglichkeit, das Militär zur Wahrung der inneren Sicherheit einzusetzen.

Leticia Hillenbrand, amerika21

GUATEMALA

Maya-Umweltschützer verurteilt

Bernardo Caal Xol, Gemeindeführer der indigenen Maya-Q'eqchi, wurde am 9. November zu sieben Jahren und vier Monaten Haft verurteilt. Er soll eine „Widerstandsbewegung“ gegen ein Wasserkraftprojekt am *Río Cahabón* im Departement Alta Verapaz angeführt haben. Die ihm vorgeworfenen Vergehen, schwerer Raub und Anstiftung zu Straftaten, sollen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Schädigungen des Río Cahabón stehen, die der Bau der zwei Wasserkraftwerke verursacht hat.

Die Verteidigung sieht in dem Urteil einen Fall von Kriminalisierung ohne Beweise. Das „Vergehen“ Caals sei gewesen, die Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von Umweltlizenzen und Konzessionen anzuprangern. Darüber hinaus hätte der Staat die betroffenen Q'eqchi-Gemeinden vorher befragen und informieren müssen, bevor die Wasserwerke *Oxec* und *Renace* genehmigt wurden. *Renace* wird seit Jahren mit Beteiligung der spanischen Unternehmensgruppe *Cobra-ACS* gebaut.

COSTA RICA

Parlament stimmt trotz Protesten Sparplänen zu

Nach mehrmonatigen Auseinandersetzungen hat das Parlament in Costa Rica Anfang Dezember das „Gesetz zur Stärkung der öffentlichen Finanzen“ verabschiedet und damit den Weg für Sparmaßnahmen geebnet. Seit seinem Amtsantritt

am 1. April hatte der sozialdemokratische Präsident Carlos Alvarado die umfassendsten Budgetkürzungen der jüngeren Geschichte des Landes angekündigt. Neben seiner Partei der Bürgeraktion (PAC) stimmte auch die große Mehrheit der rechtssozialdemokratischen PLN und der christdemokratischen PUSC dem Gesetz zu. Nur 17 von 57 Abgeordneten votierten mit „Nein“. Die Befürworter sehen in den Plänen ein wesentliches Mittel, um die steigende Staatsverschuldung von 50 Prozent und das Haushaltsdefizit von sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu bekämpfen. Gegner kritisieren das Gesetz als neoliberale Austeritätsmaßnahme.

Nach einer ersten Zustimmung des Parlaments am 5. Oktober beriet der Verfassungssenat des obersten Gerichts über die Legalität des Vorhabens. Die nun erfolgte Zustimmung begründete Senatspräsident Fernando Castillo mit der „gravierenden Krise“ des Landes. Das Urteil wurde daraufhin von verschiedenen Seiten als politisch motiviert kritisiert. Der linke Parlamentarier José María Villalta, der einzige bedingungslose Unterstützer der Streikbewegung gegen die Reformen, sagte, dem Gericht sei es angesichts des starken medialen und politischen Drucks nicht möglich, die Pläne zu stoppen.

Präsident Alvarado begrüßte die Zustimmung. Er habe alles ihm Mögliche getan, um das Land vor einer Finanzkrise zu schützen. Die Auseinandersetzungen um die Reformpläne haben zu den schwerwiegendsten der letzten Jahre gehört.

Das nun verabschiedete Gesetz sieht vier wesentliche Neuerungen vor: die Umwandlung der bisherigen Umsatzsteuer von 13 Prozent in eine Mehrwertsteuer, mit geringeren Sätzen für bestimmte Güter des Grundbedarfs, eine erhöhte Besteuerung von Renten, strengere Richtlinien für den Haushalt sowie Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst.

Das Reformvorhaben wurde von schweren Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften begleitet. Ab dem 10. September riefen vor allem die Gewerkschaften des öffentlichen Diensts zum unbefristeten Generalstreik gegen die Sparmaßnahmen auf. Auch durch gerichtliche Verbote und öffentlichen Druck bedingt verlor die Streikbewegung jedoch langsam an Schwung. Zuletzt hatten nur noch die Gewerkschaften des Bildungssektors (*Apse*) den Arbeitskampf aufrechterhalten. Der Generalstreik war einer der längsten der Geschichte des Landes.

KOLUMBIEN

Indigene gewinnen Prozess gegen Ölfirma

Kolumbianische Awá-Indigene in Puerto Asís, Department Putumayo, sind direkt von der Erkundung und Ausbeutung von Erdölvorkommen durch die Ölfirma *Colombia Energy* betroffen, doch ist kein Abkommen mit dem Unternehmen zustande gekommen. Nach drei Jahren hat das kolumbianische Verfassungsgericht nun geurteilt, dass *Colombia Energy* innerhalb von sechs Monaten eine Befragung der indigenen Gemeinde *La Cabaña* durchführen muss, um herauszufinden, wie stark diese von den Arbeiten bereits betroffen wurde. Sollte keine Einigung erzielt werden, müsste das Unternehmen seine Ölbohrungen in der Gemeinde vorerst einstellen.

Die RichterInnen haben damit einen wichtigen Präzedenzfall geschaffen. Zwar gilt die Bohrlizenz des Unternehmens nicht direkt für das Awá-Schutzgebiet *La Cabaña*. Doch das bedeute nicht, so das Gericht, dass die durch die Bohrungen hervorgerufenen Verseuchungen nicht direkt das Leben der Indigenen beeinflussten. Zum direkten Einfluss gehören demzufolge auch Auswirkungen auf Umwelt, Gesundheit, Sozialstruktur und Kultur.

Da dieser direkte Einfluss auf die Indigenen gegeben sei, bekam der indigene Gemeindeführer Juvencio Nastacuas Pai Recht. Außerdem muss das Unternehmen Maßnahmen einleiten, um die Schäden durch Ölförderungen einzudämmen.

Colombia Energy hat die Bohrlizenz für 36.529 Hektar von *Ecopetrol* gekauft. Das Unternehmen betreibt in Puerto Asís drei Ölfelder mit insgesamt 27 Bohrlöchern und fördert täglich 14.000 Barrel Erdöl. Ein Bohrstopp würde dem kolumbianischen Staat Einnahmeverluste von 85 Milliarden Pesos (etwa 23 Millionen Euro) bringen, teilte das Finanzministerium mit.

BRASILIEN

Abholzung im Amazonasgebiet nimmt wieder zu

Nach Jahren des Rückgangs hat die Abholzung im brasilianischen Amazonasgebiet in den vergangenen Monaten wieder stark zugenommen. Grund dafür ist vermutlich ein verändertes politisches

Klima, das den brasilianischen Großgrundbesitzern zu Gute kommt. Diese wollen weiterhin große Flächen des Regenwaldes abholzen, um es in Weideland für Vieh oder Ackerland für Monokulturen umzuwandeln.

Die brasilianische Umweltschutzorganisation *Imazon* hat Zahlen veröffentlicht, wonach die Abholzung im Amazonasgebiet zwischen August 2017 und Mai 2018 im Vergleich zum selben Zeitraum ein Jahr zuvor um 22 Prozent zugenommen hat. Bemerkenswert dabei ist, dass die Waldschädigung zugleich sogar um 218 Prozent zugenommen hat. Sie gilt als Wegbereiter für die komplette Abholzung. Besonders betroffen ist der brasilianische Bundesstaat Pará mit einem Drittel der im Berichtszeitraum abgeholzten Fläche. Die Waldschädigung hat hier sogar um fast 2.000 Prozent zugenommen. Die am stärksten betroffenen Gemeinden in Pará sind Novo Progresso, bekannt für die illegale Aneignung von Land, sowie Altamira, wo sich der Staudamm Belo Monte befindet.

ExpertInnen zufolge ist der erneute Anstieg der Abholzung auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Die Großgrundbesitzer haben eine einflussreiche Lobby im Parlament und stehen der Regierung Temer nahe; daher haben sie kaum Repressalien zu befürchten. Temer hat das Budget für die wichtigsten staatlichen Umweltbehörden IBAMA und ICM-BIO drastisch gekürzt, ebenfalls jenes der Indigenenbehörde FUNAI. Zusätzlich hat der Oberste Gerichtshof im März eine Klage von UmweltschützerInnen gegen das neue Waldgesetz abgeschmettert. Teil des neuen Gesetzes ist eine weitgehende Amnestie für bereits erfolgte Abholzung.

Und die Wahl des künftigen Präsidenten Bolsonaro lässt Schlimmes befürchten. Er hat bereits eine Politik im Interesse der Großgrundbesitzer angekündigt. Das Wort „Umwelt“ kommt in seinem Programm nur einmal vor.

CHILE

Falschaussagen von Polizisten nach Mord an Mapuche

Nach einem politischen Mord in Chile hat ein beteiligter Polizist die Verwicklung der staatlichen Sicherheitskräfte in den Fall offenbar durch eine Falschaussage zu verschleiern versucht. In einem auf sozialen Netzwerken veröffentlichten Video erklärt

Carlos Alarcón, einer der am Mord an Camilo Catrillanca beteiligten Polizisten, er und weitere Angeklagte seien zu Falschaussagen gezwungen worden. Der Mapuche Catrillanca war am 13. November auf dem Weg von der Feldarbeit mit einem Kopfschuss von hinten getötet worden. Die dabei eingesetzte Spezialeinheit „Dschungelkommando“ hatte nach eigenen Angaben Autodiebe auf das Gebiet der indigenen Gemeinde Temucuicui verfolgt.

Nach einem ballistischen Gutachten kam die Kugel, die Catrillanca traf, aus Alarcóns Gewehr. In dem Video, das in einer Polizeistation aufgenommen wurde, bedankte sich dieser später für die Unterstützung, die er nach der Bluttat erhalten habe.

Alarcón sitzt – wie auch die drei weiteren beteiligten Polizisten – in Untersuchungshaft. Sie sind allerdings nicht in einem Gefängnis, sondern in verschiedenen Polizeistationen inhaftiert. Die Angeklagten haben mit einer Reihe von Falschaussagen zu den Geschehnissen am 13. November für Aufsehen gesorgt: So behaupteten sie, es habe keine Videoaufnahmen gegeben und Catrillanca sei an dem angeblichen Autodiebstahl beteiligt gewesen. Es habe auch einen Hinterhalt und ein Feuergefecht gegeben. Alle diese Aussagen wurden inzwischen als Lügen entlarvt.

Das jüngste Video von Alarcón hat die politische Krise in Chile nach dem Politmord weiter verschärft. Innenminister Andrés Chadwick erklärte in einer Pressekonferenz, Präsident Sebastián Piñera habe die Carabineros aufgefordert, rechtsstaatlich zu handeln und zu ermitteln. Außerdem zeigte er sich irritiert darüber, dass ein Beschuldigter in Untersuchungshaft ein Video aufnehmen und verbreiten kann.

Unterdessen gehen die Proteste wegen Catrillancas Ermordung unvermindert weiter. Nachdem Mapuchegemeinden zu einem „Monat des Ungehorsams“ aufgerufen hatten, finden im ganzen Land täglich Demonstrationen und Aktionen statt. Die Familie von Camilo Catrillanca fordert, wie viele der Demonstrationen, den Rücktritt von Innenminister Chadwick und Hermes Soto, dem Generaldirektor der Carabineros. „Wir sind schockiert darüber, wie polizeiliche und politische Stellen das Land mit immer absurderen und widersprüchlicheren Erklärungen hinters Licht zu führen versuchen“, so die Familie in einer Mitteilung.

David Rojas-Kienzle, amerika21



BUCHBESPRECHUNG

„SPURENMARKIERUNG“ IN BOLIVIEN

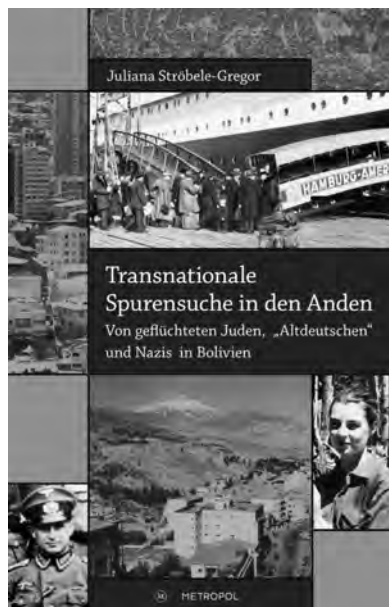
Juliana Ströbele-Gregor: *Transnationale Spurensuche in den Anden. Von geflüchteten Juden, „Altdeutschen“ und Nazis in Bolivien*

Metropol Verlag; Berlin 2018,
234 Seiten, EUR 22,70

„Spurenmarkierung“ nennt Juliana Ströbele-Gregor die Einleitung zu ihrer Auseinandersetzung mit düsteren Seiten der jüngeren bolivianischen Geschichte. Ihre Erzählung setzt mit einer Reise der Autorin nach Bolivien ein, die rasch Erinnerungen aus der eigenen Kindheit lebendig werden lässt. Juliane Ströbele-Gregor ist die Tochter des ersten deutschen Gesandten nach dem Zweiten Weltkrieg in Bolivien, Dr. Werner Gregor. Ihre Rückschauen sind als „Gedankensplitter“ immer wieder in die anthropologisch-historische Analyse eingeflochten. Damit folgt sie ein wenig dem Schema des austro-amerikanischen Historikers Leo Spitzer, der mit *„Hotel Bolivia“* (2003) ein wegweisendes Werk zum jüdischen österreichischen Exil im Andenstaat verfasste, in dem er Familienerinnerungen mit wissenschaftlicher Recherche verwebt.

Ströbele-Gregors Buch besticht durch eine andere thematische Vielfalt. In drei Teile gegliedert, widmet es sich zunächst den komplexen soziopolitischen und ethnischen Gegebenheiten zwischen 1933 und den fünfziger Jahren. So verweist die Autorin auf die Distanz, ja Verachtung, mit der die europäischen Einwanderer die Indigenen betrachteten. Sie beschreibt die Lebenswelten und Karrieren deutscher Einwanderer, der Zinnbarone, Militärbeter und Unternehmer, ihre Sympathien mit dem Dritten Reich, aber auch die Faszination, die der Nationalsozialismus auf die Partei des *Movimiento Nacionalista Revolucionario* (MNR) ausübte.

Dabei recherchierte Ströbele-Gregor im Auswärtigen Amt in Berlin, dass das Dritte Reich sogar den Wahlkampf des MRN mitfinanzierte. In den politischen Berichten des Vaters der Autorin, der als „Dr. Gregor“ firmiert, spiegeln sich die Spannungen zwischen Nazi-Sympathisanten und geflohenen deutschsprachigen Juden deutlich wider, die auch boliviani-



schen Antisemitismus zu spüren bekamen. Mit Margitta Salzmann, Guillermo Wiener, Eva Kassewitz u.a. werden individuelle Schicksale von KZ-Erfahrungen, Verfolgung, Flucht, Heimatsuche sowie weltanschauliche Gegensätze geschildert.

Der zweite Teil des Bandes ist Klaus Barbie, dem „Schlächter von Lyon“, gewidmet, der als Klaus Altmann mit dem Wissen und der Hilfe US-amerikanischer Institutionen in Bolivien Unterschlupf und präsidentiellen Schutz gefunden hatte. Seine Tochter Ute, so erfährt man, war eine Schulfreundin der Autorin, die erst durch die Enttarnung Barbies durch Beate Klarsfeld ihre „Gedankensplitter“ und emotionalen Erfahrungen zu interpretieren vermochte.

Wenn Peter Hammerschmidt in seinem Monumentalwerk über Klaus Barbie (2014) auch viele Details des Gestapo-Chefs ans Licht brachte, so vermag die Autorin durch ihre Schilderung einer Begegnung mit ihm ein sehr einprägsames, düsteres Bild des Kriegsverbrechers zu zeichnen. Nicht nur das. Sie kann nachweisen, dass Barbie sogar Freundschaften mit einigen Juden pflegte, die freilich von seiner wahren Identität nichts ahnten.

Der kürzeste Teil des Buches ist Monika Ertl, der Tochter des prominenten nationalsozialistischen Kameramannes und

Bergsteigers Hans Ertl gewidmet. Ihre Wandlung von einer behüteten Bürgerin einer rechtskonservativen Mittelschicht zu einer Guerillera der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) und ihre Ermordung durch die von Barbie ausgebildete Geheimpolizei wird eindrucksvoll erzählt.

Auf knapp 210 Seiten bietet Ströbele-Gregor ein vielschichtiges kulturpolitisches Panorama, das durch seine Verknüpfung von persönlichen Erinnerungen, historischen Bezügen, Täter- und Opferbiografien tiefe und neue Einblicke in die jüngere Geschichte des Andenstaates gibt. Sie zeigen zudem, dass die kritische Aufarbeitung der dunklen Flecken bolivianischer Geschichte gerade erst begonnen hat.

Ursula Prutsch

ANTIDOT ZUR HEGEMONIE

Pablo Solón u.a.: *Systemwandel. Alternativen zum globalen Kapitalismus*

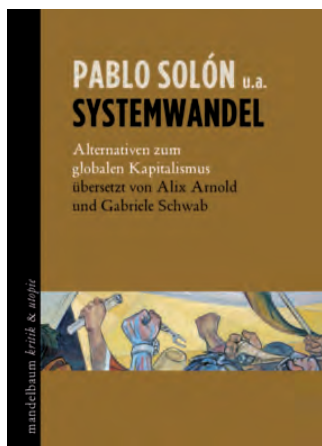
Verlag mandelbaum, Reihe kritik & utopie;
Wien, Berlin 2018, 272 Seiten, EUR 16,-

Der jüngste, wieder handliche Zuwachs der Reihe *kritik & utopie* widmet sich einem Thema, dessen bloße Erwähnung bei nicht wenigen ZeitgenossInnen Resignation auslöst. Der vorliegende Band kann dem sowohl inhaltlich als auch in der Person des Hauptautors Pablo Solón einiges entgegenhalten.

Der Bolivianer Solón ist nicht nur ein streitbarer Intellektueller, der Widersprüche zu einer Synthese zu führen vermag, sondern er kennt auch die politische Praxis, und zwar von mehreren Seiten: Er war Teil der frühen Regierung von Evo Morales, vertrat sein Land bei der UNO und ist in der globalisierungskritischen Bewegung aktiv.

Der Anspruch der AutorInnen ist die Skizzierung eines Systems, das aus den multiplen Krisen herausführt, die Ökosystem, Gesellschaft und Wirtschaft prägen und existenzbedrohende Ausmaße angenommen haben. Dazu enthält das Buch prägnante Darstellungen von sechs Gegenentwürfen: dem *Buen-Vivir*-Konzept, dem Konzept der *Commons*, dem Ökofeminismus, dem Ansatz der Rechte von Mutter Erde sowie jenem der Deglobalisierung und von *Degrowth*.

Grundlegend ist die Auffassung, dass der linke Ansatz der Veränderung von Produktions- und Eigentumsverhältnissen



nicht mehr ausreicht. Vielmehr muss in einem systemischen Ansatz Kapitalismus, Produktivismus, Extraktivismus, Plutokratie, Patriachat und Anthropozentrismus gleichzeitig begegnet werden.

Wer angesichts der vielen Ismen jetzt zurückschreckt, kann beruhigt werden: Stil und Sprache sind nicht abgehoben. Sicher ist es hilfreich, von den verschiedenen Alternativkonzepten schon einmal gehört zu haben, aber der Übersichtscharakter bleibt gewahrt und den einzelnen Kapiteln sind Literaturlisten mit gesonderten deutschsprachigen Leseempfehlungen zur eventuellen Vertiefung angefügt. Als Co-AutorInnen betätigen sich Christophe Aguiton (*Commons*), Genevieve Azam (*Degrowth*) und Elizabeth Beltrán (Ökofeminismus), allesamt ebenfalls in der globalisierungskritischen Bewegung aktiv.

Nach der kapitelweisen Darstellung der erwähnten Gegenentwürfe unternimmt Pablo Solón abschließend den Versuch einer Zusammenschau, eines Heraushebens der gemeinsamen Grundlagen, aber auch der (möglichen/notwendigen) Ergänzungen dieser Ansätze. Das Bewusstsein, dass es sich um Work-in-Progress handelt wird über den ganzen Band betont. Es wird also kein fertiges Ideologiegebäude angeboten, aber das Ziel, ein Instrumentarium vorzustellen, das der geistigen Hegemonie unserer Zeit entgegengesetzt werden kann, gelingt.

Weil es einen derartigen Sammelband im deutschsprachigen Raum bis dato nicht gab, hat es eine Gruppe von vier österreichischen NGOs übernommen, eine Übersetzung des spanischen Originals herauszugeben. Dafür wurde das hier besprochene Werk um eine Übersicht der Alternativen zum globalen Kapitalismus in ebendiesem Sprachraum erweitert – eine sinnvolle Ergänzung.

Jürgen Kreuzroither

➔ von Seite 31: PERU: PHÖNIX AUS DER ASCHE

Massakern durch Todesschwadronen (25 Tote) weiter abzubauen.

Der Schock sitzt tief bei *Fuerza Popular*. Ihres Schutzschildes im Justizapparat zusehends beraubt, die Parteiführerin angeklagt, einer kriminellen Organisation innerhalb der Partei vorzustehen, machen sich erste Absetzbewegungen bemerkbar. So ist die parlamentarische Fraktion mittlerweile von 73 auf 60 Kongressabgeordnete geschrumpft und die Verlockung wird größer, durch Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden den größten individuellen Konsequenzen zu entgehen.

AGP: Ende der Glücksträhne

Der nächste Schlag galt jedoch dem Juniorpartner des Oppositionsbündnisses. Alan García hatte sich längere Zeit im Madrider Exil von der Tagespolitik ferngehalten. Angesichts der innenpolitischen Erschütterungen sah der APRA-Veteran die Chance auf eine dritte Präsidentschaft und kehrte Mitte November für Sondierungen zurück. Unmittelbarer Anlass war zwar eine Befragung durch Staatsanwalt Pérez, doch fühlte sich AGP, offenbar mit Blick auf seine lange, ergebnislose Justizhistorie, sicher genug.

Eine Fehleinschätzung: Der Termin bei der Staatsanwaltschaft dauerte kaum zehn Minuten. Pérez war sich dank Informationen von *Odebrecht* inzwischen sicher, ein Vortragshonorar über USD 100.000 als Schmiergeldzahlung enttarnen zu

können und beantragte ein Ausreiseverbot für den Ex-Präsidenten. Noch am selben Abend begab sich García in die uruguayische Botschaft in Lima und beantragte Asyl. Diese Posse endete Anfang Dezember mit der von Uruguays Präsident Tabaré Vázquez verkündeten Verweigerung des Flüchtlingsstatus. Die Entscheidung, ob García nun vorbeugend in U-Haft genommen werden soll oder nicht, ist noch ausständig.

Modell Peru?

Die Volksabstimmung am 9. Dezember brachte die erwarteten Ergebnisse: Mehr als 24 Millionen Stimmberechtigten wurden vier Fragen vorgelegt, die in Reaktion auf die Skandale der letzten Jahre Neuregelungen des juristischen und politischen Betriebs vorschlugen. Drei der vier Fragen wurden mit um die 80% Zustimmung beantwortet, die vierte Frage mit ebenso hoher Rate abgelehnt. Diese letzte Frage betraf die Wiedereinführung einer zweiten Parlamentskammer. Ursprünglich von Vizcarra befürwortet, änderte er seine Meinung, nachdem die Oppositionsmehrheit eine Abänderung des Fragenkatalogs verfügt hatte, die einer Umgehung des ebenfalls abgefragten Verbots der unmittelbaren Wiederwahl von Abgeordneten (Frage 2) gleichgekommen wäre. Somit stimmte die Bevölkerung bei allen Punkten im Sinne der Regierung ab.

Die Rückenstärkung für Präsident Vizcarra ist eindrucksvoll ausgefallen. Er kann sie gebrauchen, denn nach wie vor verfügt die Regierung über keine Mehrheit im Parlament. Dies hat seit April 2018 schon fünf Minister ihre Ämter gekostet. Entschlossen und taktisch klug eingesetzt, kann Viz-



Foto: Flickr

Ex-Präsident Alan García droht Untersuchungshaft

carra dieses Kapital entweder direkt für die anvisierten Reformen einsetzen, oder aus Neuwahlen gestärkt hervorgehen.

Peru könnte ein Modell werden, wie es nach einem weitgehenden Versagen der staatlichen Gewalten einer anfangs kleinen Gruppe an aufrechten Verteidigern von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gelingt, den Pfad Richtung Demagogie und Autoritarismus abzuklemmen und stattdessen neue Hoffnung zu pflanzen.